EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 19.6.2024
SWD(2024) 620 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Länderbericht 2024 - Österreich

Begleitunterlage zur

Empfehlung für eine EMPFEHLUNG DES RATES

zur Wirtschafts-, Sozial-, Beschäftigungs-, Struktur- und Haushaltspolitik Österreichs

{COM(2024) 620 final} - {SWD(2024) 600 final}

European Commission

Austria

2024 Country Report

#EURO at 25



ÜBERBLICK ÜBER WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG

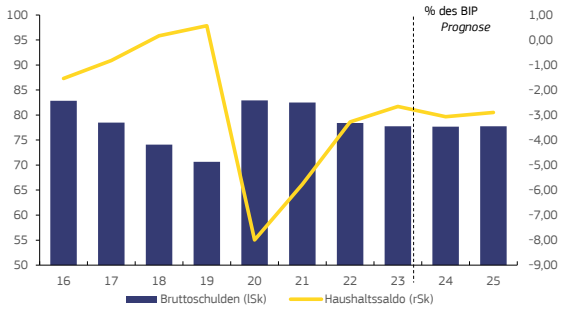
Die Wirtschaft Österreichs wird sich erst allmählich erholen

Die österreichische Wirtschaft schrumpfte im Jahr 2023 um 0,8 % und dürfte sich nur allmählich erholen.[1] Ausschlaggebend für den Rückgang waren vor allem die schwachen Verbraucherausgaben, die geringen Investitionen und die schwache Auslandsnachfrage. Die vergleichsweise hohe Inflation schmälerte die Kaufkraft der privaten Haushalte und verringerte die Ausgabenbereitschaft, während sich die Straffung der Geldpolitik und die ungewissen Aussichten negativ auf die Investitionen auswirkten. Die wirtschaftliche Erholung soll allmählich erfolgen, wobei das Wachstum 2024 auf 0,3 % und 2025 auf 1,6 % ansteigen wird. Die Verbraucherausgaben dürften der wichtigste Wachstumsmotor sein, gestützt durch ein stabiles Beschäftigungsniveau und ein starkes Reallohnwachstum aufgrund der bis Ende 2023 geschlossenen Tarifverträge. Die Investitionen dürften im Jahr 2024 aufgrund der Schwierigkeiten im Baugewerbe und der hohen Zinssätze das Wachstum bremsen.

Die Inflation gehörte 2023 zu den höchsten in der EU, dürfte aber nun sinken. Sie wird voraussichtlich von 7,7 % im Jahr 2023 auf 3,6 % im Jahr 2024 und 2,8 % im Jahr 2025 zurückgehen. Die Dienstleistungen haben die Energiepreise als Haupttreiber der Inflation im Jahr 2023 abgelöst und werden auch in den kommenden Jahren die Haupttreiber bleiben. Der kräftige Beitrag der Dienstleistungen zur Gesamtinflation lässt sich durch den kräftigen Anstieg der Löhne erklären, der sich auf arbeitsintensive Sektoren auswirkte, sowie durch die hohe Gewichtung des Dienstleistungssektors im Inflationsindex (dritthöchste Gewichtung in der EU).[2]

Im Jahr 2023 führten steigende Zinssätze zu einem erheblichen Rückgang der Bautätigkeit. Der Wohnungsmarkt kühlte sich nach einer Phase starker Preiserhöhungen ab. Neue Wohnungsbaudarlehen gingen vom zweiten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2023 um 62 % zurück[3] (siehe Anhang 18). Die Investitionstätigkeit im Baugewerbe ließ weiter nach. Um dem entgegenzuwirken, kündigte die österreichische Regierung im Februar 2024 ein dreijähriges Unterstützungspaket für den Wohnungsbau in Höhe von 1 Mrd. EUR (0,2 % des BIP) für die Sanierung, Instandhaltung und den Bau von Wohngebäuden an. Im Rahmen des Pakets wurde eine Reform beschlossen, die es den Bundesländern ermöglicht, Steuern auf leerstehende Wohnungen einzuführen.

Abbildung 1.1: **Gesamtstaatlicher Haushaltssaldo und Bruttoschuldenstand**



Quelle: Frühjahrsprognose 2024 der Europäischen Kommission

Die als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise

[1] Stichtag für die zur Erstellung der 27 Länderberichte verwendeten Daten war der 15. Mai 2024.

[2] Eurostat prc_hicp_inw.

[3] OeNB (2023), Wirtschaftliche Aussichten für Österreich.

ergriffenen fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen wurden schrittweise abgeschafft, die Defizite gingen jedoch nur langsam zurück. Im Jahr 2023 ging das Defizit auf von 3,3 % im Jahr 2022 auf 2,7 % zurück. Für 2024 wird ein Anstieg des Haushaltsdefizits auf 3,1 % des BIP erwartet, bevor es 2025 wieder zurückgehen soll. Dies ist das Ergebnis neuer politischer Maßnahmen, einschließlich zusätzlicher Ausgaben für Verteidigung, Klimaschutz, Langzeitpflege und Gesundheitsversorgung. Nach der Einführung der ökosozialen Steuerreform und der Abschaffung der schleichenden Steuerprogression dürfte das Einnahmenwachstum schwächer ausfallen als in der Vergangenheit. Nach einem drastischen Anstieg der öffentlichen Schuldenquote – um 12,4 Prozentpunkte im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie – nimmt die Schuldenlast aufgrund des starken nominalen BIP-Wachstums allmählich ab. Die gesamtstaatliche Schuldenquote ging von 83 % des BIP im Jahr 2020 auf projizierte 77,7 % des BIP im Jahr 2024 zurück. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die Schuldenquote in absehbarer Zeit das Niveau von vor der Pandemie erreichen wird.

Die Alterung der Bevölkerung und die damit verbundenen Kosten stellen eine erhebliche Herausforderung für die öffentlichen Finanzen dar. Da der Altersabhängigkeitsquotient[4] voraussichtlich von 29,8 % im Jahr 2023 auf 46,4 % im Jahr 2050 ansteigen wird, dürften die alterungsbedingten Kosten von 27,7 % des BIP im Jahr 2022 auf 29,5 % im Jahr 2050 steigen[5]. Diese Entwicklungen werden die öffentlichen Finanzen trotz potenzieller Migration und eines Anstiegs der Beschäftigungsquote von Frauen und älteren Arbeitskräften belasten. Dies gilt insbesondere für die Pensions-, Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme, für die weitere Anpassungen erforderlich sind, um langfristig Effizienz, Angemessenheit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Der Arbeitsmarkt hat sich angesichts des Konjunkturabschwungs im Jahr 2023 als widerstandsfähig erwiesen. Die Beschäftigungsquote hat sich im Laufe des Jahres 2023 stetig verbessert und lag im vierten Quartal 2023 bei 77,3 %. Die Arbeitslosigkeit nahm leicht zu, aber die negativen Auswirkungen der insgesamt schwachen Wirtschaftsleistung können immer noch als moderat angesehen werden. Die Beschäftigungsquote dürfte sich 2024 aufgrund des Anstiegs der Zahl der erwerbstätigen Frauen und älteren Menschen positiv entwickeln. Es wird erwartet, dass sich die Arbeitslosenquote im Jahr 2024 bei etwa 5,3 % stabilisiert und 2025 wieder zu sinken beginnt.

Die österreichischen Instrumente der umweltgerechten Haushaltsplanung, wie klimabezogene Ausgabenüberprüfungen und die Förderung eines grünen Finanzwesens, gelten in der EU als vorbildlich.[6] Der strategische Ansatz zur Einbeziehung von Klima- und Umweltaspekten in die Haushaltsplanung weist den Weg zu einer stärkeren Wirkungsorientierung. Österreich erprobt zudem die Entwicklung von Wirkungsindikatoren für sein Konzept der umweltgerechten Haushaltsplanung.

Im Jahr 2023 blieb der österreichische Finanzsektor trotz einer Großinsolvenz im Immobiliensektor und des anhaltenden Engagements in Russland robust. Trotz des schwachen Wirtschaftswachstums und der hohen Inflation ging die Quote notleidender Kredite leicht zurück. Die Rentabilität des Bankensektors war aufgrund der höheren Zinssätze hoch. Zu den Themen, denen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, gehört das anhaltende Engagement in Russland, wo die zweitgrößte Bank Österreichs weiterhin aktiv ist. Die Insolvenz von Signa, dem größten privaten Immobilienunternehmen Österreichs, veranschaulicht die Risiken im

[4] Personen im Alter von 65 Jahren im Verhältnis zu den 15- bis 64-Jährigen.

[5] Europäische Kommission (2024), Bericht über die Bevölkerungsalterung 2004.

[6] Europäische Kommission (2023), „Green Budgeting in the EU".

Bereich der gewerblich genutzten Immobilien angesichts des Gegenwinds bei der Bonität der Kreditnehmer und der Immobilienbewertung (Anhang 18).

Eine langsame Diversifizierung weg von russischem Gas behindert den ökologischen Wandel und die Sicherheit der Energieversorgung

Trotz einer gewissen Diversifizierung ist Österreich nach wie vor von russischem Gas abhängig. Die Erdgasversorgung wurde 2023 durch Einfuhren aus Russland, insbesondere während der Heizperiode, dominiert. Um die Transportkapazitäten aus Nachbarländern wie Deutschland auszubauen, kündigte die Regierung gezielte Investitionen zur Modernisierung der Gasfernleitungsinfrastruktur an. Ohne eine klare Strategie zur Abkehr von russischem Gas ist die Sicherheit der Energieversorgung Österreichs nach wie vor gefährdet. Dies gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Anteil des Erdgases am Energiemix 21 %[7] beträgt. Die installierte Kapazität für erneuerbare Energien stieg im Jahr 2022 um 6 % (um 10 % in der EU), was auch durch Maßnahmen im Rahmen des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans begünstigt wurde.

Österreich verfolgt das ehrgeizige Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden. Die Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen zeigen zwar erste Erfolge, reichen aber noch nicht aus, um die Klima- und Energieziele für 2030 zu erreichen. Die Treibhausgasemissionen außerhalb des Emissionshandelssystems der EU gingen 2022 gegenüber 2021 um 5,0 % zurück. Mit den derzeitigen (Ende 2021 angenommenen) Maßnahmen bleibt eine Lücke von 21 Prozentpunkten bis zum österreichischen Lastenteilungsziel von 48 % bis 2030 gegenüber dem Stand von 2005 (siehe Anhang 6). Seither wurden einige zusätzliche Maßnahmen ergriffen, andere werden derzeit im Rahmen der Aktualisierung des nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) erörtert. Österreich muss noch seinen aktualisierten NECP vorlegen, der im Juni 2024 fällig ist und in dem dargelegt wird, wie es diese Lücke schließen will.

Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und die Finanzierung von Wachstum sind für die Verbesserung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung.

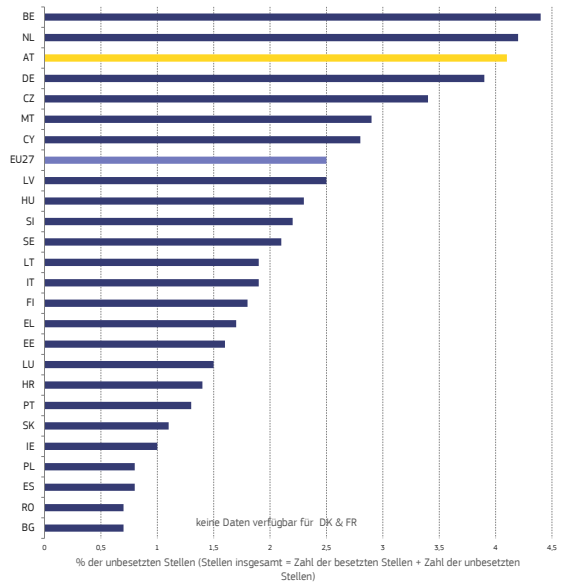
Es wird erwartet, dass sich der kurzfristige Rückgang der Kostenwettbewerbsfähigkeit abschwächt. Die nominalen Lohnstückkosten stiegen im Jahr 2023 um 9,7 % und dürften 2024 weiter steigen, da ein starkes nominales Lohnwachstum die Arbeitnehmer für die hohe Inflation entschädigt. Dieser Anstieg liegt über dem Durchschnitt im Euro-Währungsgebiet und trug zu kurzfristigen Einbußen bei der Kostenwettbewerbsfähigkeit bei.
Die realen Ausfuhren stiegen im Jahr 2023 jedoch weiter an (+ 0,3 %), und Österreich hat seinen Exportmarktanteil trotz der schwachen Nachfrage auf seinen wichtigsten Ausfuhrmärkten erhalten.[8] Dies deutet darauf hin, dass die Unternehmen in der Lage waren, die steigenden Lohnstückkosten durch eine Verringerung der Gewinnspannen aufzufangen, da sie zuvor von Preiserhöhungen profitiert hatten.[9] Der sich stark erholende Tourismussektor scheint dem steigenden Kostendruck relativ gut standzuhalten, da er wenig preissensibel ist. Da die Inflation sinkt und das Wachstum allmählich anzieht, dürfte sich die Kostenwettbewerbsfähigkeit insgesamt erholen.

[7] Eurostat (2022), Vereinfachte Energiebilanzen.

[8] FIW (2024), FIW Jahresgutachten Die österreichische Außenwirtschaft 2024.

[9] WIFO (2023), WIFO KONJUNKTURPROGNOSE 04/2023.

Abbildung 1.2: **Quote der unbesetzten Stellen in den EU-Mitgliedstaaten, viertes Quartal 2023**



1) Unbesetzte Stellen in der Industrie, im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor (ausgenommen private Haushalte mit Hauspersonal und exterritoriale Organisationen und Körperschaften)
Quelle: Eurostat.

Der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel gehört zu den gravierendsten in der EU und wirkt sich auf Wachstum, Investitionen und Innovation aus. Die Quote der unbesetzten Stellen ist nach wie vor eine der höchsten in der EU (siehe Abbildung 1.2), was hauptsächlich auf den demografischen Wandel, den industriellen Wandel, die steigende Nachfrage nach neuen Kompetenzen angesichts des grünen und des digitalen Wandels und das derzeitige Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage zurückzuführen ist. Die Kluft zwischen offenen Stellen und dem Arbeitskräfteangebot ist auch auf regionale Diskrepanzen zurückzuführen. Die Nutzung des ungenutzten Arbeitsmarktpotenzials, insbesondere durch Weiterbildung und Umschulung, kann dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel zu beheben und die Ziele für 2030 in den Bereichen Beschäftigung und Kompetenzen (Anhang 8) zu erreichen.

Die geringe Unternehmensdynamik und der eingeschränkte Zugang zu Risikokapital behindern Innovation und Produktivitätssteigerung. Im Jahr 2022 war die Forschungs- und Entwicklungsintensität Österreichs mit 3,2 % des BIP die dritthöchste in der EU. Die hohen öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Innovation schlagen sich jedoch nicht in vollem Umfang in höheren Innovationsergebnissen nieder, was auf das geringe Maß an Unternehmensgründungen und den Mangel an Risikokapital zurückzuführen ist, den schnell wachsende Unternehmen bei der Expansion benötigen.

Zwar schneidet Österreich bei fast allen Indikatoren gut ab, doch weist das sozialpolitische Scoreboard, das der europäischen Säule sozialer Rechte zugrunde liegt, auf Herausforderungen im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) hin. Weniger als jedes vierte Kind unter 3 Jahren ist in einer Einrichtung der FBBE eingeschrieben. Die unzureichende Bereitstellung hochwertiger Einrichtungen für die FBBE stellt für Frauen, insbesondere für Mütter von Kleinkindern, ein großes Hindernis für eine Vollzeitbeschäftigung dar, sodass ihr Arbeitsmarktpotenzial nicht voll ausgeschöpft wird. Auch wenn erhebliche Investitionen geplant sind, um die Verfügbarkeit von FBBE zu erhöhen, bleibt deren Auswirkung doch abzuwarten (siehe Anhang 14 und Kapitel 3).

Kasten 1:

Österreichs Wettbewerbsfähigkeit kurz gefasst

Die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hat sich im Jahr 2023 aufgrund steigender Lohnstückkosten leicht verschlechtert. Andererseits profitierte sie in den letzten fünf Jahren von hohen öffentlichen und privaten Investitionen (die Unternehmensinvestitionen beliefen sich 2022 auf 15,7 % des BIP und lagen damit 2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt). Als starker Innovator tätigt Österreich erhebliche Investitionen in Forschung und Entwicklung (3,2 % des BIP im Jahr 2022) und schneidet in den Bereichen Digitalisierung, grüne Technologie, Qualität der Infrastruktur und Integration in globale Lieferketten gut ab. Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan und die kohäsionspolitischen Programme der EU dürften die langfristige Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen in die Energie und den industriellen Wandel, strategische Innovationen und in Menschen sowie in Maßnahmen zur Verbesserung des Unternehmensumfelds weiter fördern.

Dennoch bestehen nach wie vor Herausforderungen im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit:

- **der Fachkräftemangel und das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage stellen Hindernisse** für die unternehmerische Tätigkeit **dar** und werden auch aufgrund der Alterung der Bevölkerung und der Bildungsergebnisse von Menschen aus benachteiligten Verhältnissen zu einer zentralen Herausforderung;
- **die geringe Unternehmensdynamik und der eingeschränkte Zugang zu Risikokapital** beeinträchtigen die Wirksamkeit des österreichischen Innovationssystems und behindern das Wachstum junger innovativer Unternehmen.

Kasten 2:

Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung (SDG)

Österreich schneidet bei allen SDG im Zusammenhang mit Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität (SDG 4, 8, 9) gut oder sehr gut ab. Österreichs hohe Punktzahl bei hochwertiger Bildung (SDG 4) ist auf seine relativ gute Leistung im Bereich der digitalen Kompetenzen zurückzuführen. Die Indikatoren für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung (SDG 8) liegen über dem EU-Durchschnitt, insbesondere weil der österreichische Arbeitsmarkt durch niedrige Arbeitslosigkeit und relativ hohe Löhne gekennzeichnet ist und die Beschäftigungsquote über dem EU-Durchschnitt liegt. Bei dem SDG 9, das sich auf Innovation, Industrie und nachhaltige Infrastruktur bezieht, liegt Österreich deutlich über dem EU-Durchschnitt, insbesondere aufgrund seiner Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die zu den höchsten in der EU gehören (Anhang 1).

Von den 17 Indikatoren liegen diejenigen, die sich auf vier SDG beziehen, unter dem EU-Durchschnitt. Diese beziehen sich auf Fairness (SDG 10), einige Aspekte der Energie und der ökologischen Nachhaltigkeit (SDG 2 und SDG 7) und die Partnerschaft zur Erreichung der Ziele (SDG 17).

UMSETZUNG WICHTIGER REFORMEN UND INVESTITIONEN MITHILFE VON EU-INSTRUMENTEN

Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) und der Kohäsionspolitik verstärken gegenseitig die Bemühungen Österreichs, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Im Rahmen des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (ARP) hat die Kommission nach dem ersten Zahlungsantrag 1,19 Mrd. EUR ausgezahlt, was rund 30 % der Österreich zugewiesenen Mittel entspricht. Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 der Kohäsionsfonds standen Österreich 1,3 Mrd. EUR zur Verfügung (siehe Anhang 4), wovon 1,12 Mrd. EUR ausgezahlt wurden, während sich die derzeitige Finanzausstattung 2021-2027 auf mehr als 1,1 Mrd. EUR beläuft.

Im Rahmen seines Aufbau- und Resilienzplans (ARP) hat Österreich erhebliche politische Maßnahmen ergriffen, die seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern dürften. Der Aufbau- und Resilienzplan umfasst insbesondere wichtige Reformen wie die ökosoziale Steuerreform sowie Reformen zur Entlastung von Kleinunternehmen und zur Modernisierung des Pensionssystems sowie Investitionen in den Bereichen Forschung, Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft und erneuerbare Energiequellen. Österreich hat auch erhebliche Investitionen in nachhaltige Mobilität, die Dekarbonisierung der Industrie und der Heizungssysteme, das Gesundheitswesen und das Bildungswesen getätigt.

Die Umsetzung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans kommt voran, doch muss noch mehr getan werden, wenn sie planmäßig zum Abschluss gebracht werden soll. Österreich hat einen Zahlungsantrag eingereicht, der 44 Etappenziele und Zielwerte des Plans betrifft und am 20. April 2023 zu einer Gesamtauszahlung von 700 Mio. EUR führte. Sich abzeichnende Verzögerungen bei der Umsetzung der ARP-Maßnahmen könnten die rechtzeitige und wirksame Umsetzung des Plans gefährden. Mit Blick auf den zweiten Zahlungsantrag ist noch eine Reihe von Reformen zu verabschieden.

Die kohäsionspolitischen Mittel tragen dazu bei, die Herausforderungen Österreichs in den Bereichen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu bewältigen und die territorialen und sozialen Ungleichheiten des Landes zu verringern. Im kohäsionspolitischen Programmplanungszeitraum 2014-2020 konzentrierte sich die Unterstützung auf Forschung und Innovation, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Bildung und Kompetenzen. Im laufenden Programmplanungszeitraum 2021-2027 wird die Kohäsionspolitik die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, seinen ökologischen Wandel und sozialen Zusammenhalt sowie die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen weiter unterstützen.

Beschleunigung des ökologischen Wandels

Die Annahme der ökosozialen Steuerreform im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans ist ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und eine willkommene Verlagerung im Steuermix. Diese im Februar 2022 angenommene Reform zielt darauf ab, den Klimawandel zu bekämpfen, indem sie zur Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen auf null bis 2040 beiträgt. Zu diesem Zweck wurde mit der Reform ein nationaler CO_2 -Preis eingeführt,

der Anreize für einen klimafreundlicheren Verbrauch schaffen sollte. Sie trägt auch dazu bei, die Steuerbemessungsgrundlage zu diversifizieren und die Steuerlast von der Besteuerung des Faktors Arbeit auf wachstumsfreundlichere und integrativere Steuern zu verlagern. Um die finanzielle Belastung der Haushalte durch die CO_2-Besteuerung abzufedern, wird einmal jährlich ein regionaler Klimabonus an alle Einwohner gezahlt. Steuererleichterungen für Menschen und Unternehmen, die beispielsweise einen niedrigeren Einkommensteuersatz und einen höheren „Familienbonus Plus“ umfassen, tragen zur Stärkung der sozialen Inklusion bei.

Österreich hat Reformen eingeführt, um den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Mit dem 2021 verabschiedeten Gesetz zum Ausbau erneuerbarer Energien werden neue Rahmenbedingungen für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen festgelegt. Zusammen mit der Überarbeitung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist dies ein wichtiger Schritt, um das Ziel des Landes zu erreichen, bis 2030 zu 100 % Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Das im Jahr 2023 verabschiedete Erneuerbare-Wärme-Gesetz konzentriert sich auf die Verringerung der Nutzung fossiler Energiequellen für Heizzwecke. Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität werden auch für den Ersatz von Öl- und Gasheizsystemen, für Photovoltaik-Anlagen auf Dächern sowie für Speichersysteme verwendet. Im Rahmen von fünf Projekten unterstützt der ARP auch die Teilnahme Österreichs an wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse im Bereich Wasserstoff.

Mit der Kohäsionspolitik und dem Aufbau- und Resilienzplan werden ergänzende Energieeffizienzmaßnahmen finanziert, um Österreich dabei zu unterstützen, sein ehrgeiziges Ziel der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Mit den Österreich zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) werden Unternehmen und Kommunen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz unterstützt. Gleichzeitig werden im Rahmen des ARP Großprojekte in großen Unternehmen und Anlagen finanziert, die unter das Emissionshandelssystem der EU fallen, z. B. zur Umstellung auf erneuerbare Energiequellen. Die kohäsionspolitischen Mittel für Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen und kommunalen Infrastrukturen dürften die Treibhausgasemissionen um fast 270 000 Tonnen CO_2-Äquivalent pro Jahr verringern.

Österreich unternimmt wichtige Schritte hin zu nachhaltiger Mobilität durch Reformen und Investitionen in den Schienenverkehr und emissionsfreie Busse und Nutzfahrzeuge. Im Rahmen seines Aufbau- und Resilienzplans hat Österreich den Mobilitätsmasterplan 2030 angekündigt und das „Klimaticket“ eingeführt, eine pauschale Zeitkarte, um Anreize für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu schaffen Die Finanzierung aus der Fazilität „Connecting Europe“ wird durch Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität ergänzt, um einen Teil der Koralmbahn-Eisenbahnstrecke zu vollenden, einschließlich der Elektrifizierung einiger Zubringerstrecken. Darüber hinaus sollen 579 emissionsfreie Busse und 167 Nutzfahrzeuge sowie Ladeinfrastruktur aus der Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert werden, um dazu beizutragen, die Dekarbonisierung des Straßenverkehrs zu beschleunigen, der am schwersten zu dekarbonisieren ist und auf den 28 % der gesamten Treibhausgasemissionen Österreichs entfallen.

Mobilisierung von Mitteln für den digitalen Wandel, Forschung und Innovation

Österreich nutzt Mittel aus dem Aufbau- und Resilienzplan und der Kohäsionspolitik, um die Forschung und die wirtschaftliche Nutzung der Forschung in Hochtechnologiesektoren weiter zu stärken. Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sind für

Forschungsinfrastrukturen und Forschungszusammenarbeit im Bereich der Quantenwissenschaften und die Einrichtung eines österreichischen Zentrums für Präzisionsmedizin bestimmt. Darüber hinaus werden Mittel aus dem EFRE und dem Fonds für einen gerechten Übergang zur Unterstützung von Forschungs- und Innovationsprojekten sowie für Ausrüstung und Gründerzentren verwendet, die unter anderem den Übergang zu emissionsarmen und emissionsfreien Technologien ermöglichen. Zur Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs unterstützt der ARP im Rahmen wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse fünf Großprojekte zur Entwicklung hochinnovativer Produkte in den Bereichen Halbleiter, fortgeschrittene Prozessoren, Leistungselektronik und Sensoren.

Mit den im ARP enthaltenen Reformen geht Österreich die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Konnektivität an, um die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern. Mit den Reformen wird der digitale Wandel in einer Vielzahl von Bereichen vorangetrieben, darunter Konnektivität, öffentliche Verwaltung und Bildung. So wurde beispielsweise mit der Änderung des Unternehmensserviceportalgesetzes der bürokratische Aufwand für Unternehmen und die Öffentlichkeit verringert. Darüber hinaus hat die Regierung erfolgreich mit der Umsetzung von Projekten zur Förderung der digitalen Infrastruktur durch den Digitalisierungsfonds für die öffentliche Verwaltung und den Ausbau von Gigabyte-fähigen Netzen begonnen. Mit der Unterstützung von mindestens 7 000 Unternehmen sollen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans finanzierte Investitionen der schwachen Einführung digitaler Technologien und digitaler Geschäftsmodelle in kleineren Unternehmen entgegenwirken.

Investitionen in Menschen für mehr Wachstum, Fairness und soziale Inklusion

Mit einer Kombination von Reformen und Investitionen will Österreich die Qualifikationen von Arbeitslosen und Geringqualifizierten verbessern, um dem wachsenden Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken. Mit der Reform zur Einführung des Bildungsbonus werden die Rahmenbedingungen für Arbeitslose für die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen verbessert. Mit Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität sollen in Österreich mindestens 94 000 Menschen von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen profitieren. Um den Arbeitskräftemangel im Bereich des ökologischen Wandels zu beheben, ergänzt der Fonds für einen gerechten Übergang die Maßnahmen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans durch die Förderung der Entwicklung grüner Kompetenzen. Dazu gehören auch eine Öko-Tech-Akademie, Schulungen zu ökologischer Nachhaltigkeit, Photovoltaiktechnologie und Elektromobilität, gezielte Berufsberatung und Unterstützung für Arbeitgeber in Bezug auf grüne Kompetenzen. Im Bereich der sozialen Inklusion werden Mittel in Höhe von 114 Mio. EUR aus dem Europäischen Sozialfonds Plus dazu beitragen, die aktive Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen und die aktive Inklusion, auch von Menschen mit Behinderungen, zu fördern. Die Schließung von Qualifikationslücken und die Behebung des Arbeitskräftemangels werden dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu steigern.

Die sich gegenseitig verstärkende Unterstützung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität und dem Kohäsionsfonds verbessert die Bildungsergebnisse. Der österreichische ARP enthält bedeutende Reformen und Investitionen, um die Zahl der Plätze in der frühkindlichen Bildung zu erhöhen und den Zugang zur Bildung zu verbessern, unter anderem durch die Festlegung von Kriterien zur Definition der sozioökonomischen

Kasten 3:

Kombinierte Maßnahmen für eine größere Wirkung der EU-Mittel

Um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Wirkung der EU-Finanzierung zu maximieren, enthält der österreichische ARP Reformen, die Investitionen im Rahmen anderer EU-Instrumente unterstützen und erhebliche Synergien und Komplementaritäten zwischen den verschiedenen Fonds schaffen. So wird beispielsweise eine im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans durchgeführte Reform, die darauf abzielt, Start-up-Unternehmen in der Frühphase zu unterstützen, unter anderem durch die Einführung einer neuen Rechtsform für Start-up-Unternehmen und die Prüfung weiterer steuerlicher Anreize, durch EFRE-Unterstützung für Start-up-Dienstleistungen in den Regionen wie Coaching für wissensintensive Start-up-Unternehmen und die Bereitstellung von Einrichtungen zur Gründung neuer Unternehmen ergänzt.

Ausgangslage von Schulen als Richtschnur für die Zuweisung von Humanressourcen. Diese gezielten Reformen und Investitionen werden durch Unterstützung aus dem Europäischen Sozialfonds Plus ergänzt, mit dem die Bildungsergebnisse verbessert werden sollen, um vorzeitige Schulabbrüche, insbesondere bei benachteiligten Schülern, zu verhindern. Im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans wurden für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I rund 160 000 digitale Geräte bereitgestellt, um den Zugang zu digitaler Bildung unter fairen und angemessenen Bedingungen zu gewährleisten, ohne dass ihr sozioökonomischer Hintergrund eine Rolle spielt. Die Verbesserung der Bildungsergebnisse fördert die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Mit einer Reihe von Maßnahmen im Aufbau- und Resilienzplan werden die Herausforderungen für das Gesundheitssystem angegangen. Ergänzend zu den Reformen zur Stärkung der primären Gesundheitsversorgung und Prävention wird mit dem Aufbau- und Resilienzplan ein verstärktes Angebot von Primärversorgungseinheiten mit dem Ziel finanziert, den Schwerpunkt von der Krankenhausversorgung wegzuverlagern. Dazu gehören auch Investitionen zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens und zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit, indem der Zugang zum Eltern-Kind-Pass erweitert und digitalisiert wird, auch durch die Verbesserung der „Frühen Hilfen“ für sozial benachteiligte Schwangere.

Ausgabenüberprüfungen sind ein wesentliches Mittel, um potenzielle Einsparungen bei den öffentlichen Finanzen zu ermitteln und so die öffentliche Verwaltung effizienter und wirksamer zu machen. Die Reform des Ausgabenüberprüfungsverfahrens, wie sie im Aufbau- und Resilienzplan vorgesehen ist und seit 2021 läuft, besteht aus fünf aufeinander aufbauenden Modulen mit den Schwerpunkten „ökologischer Wandel“ und „digitaler Wandel“. Ausgabenüberprüfungen helfen dabei, die öffentlichen Ausgaben in verschiedenen Bereichen daraufhin zu bewerten, ob mit ihnen die gewünschten Ergebnisse erzielt werden, wo nützliche Ansatzpunkte für Kürzungen und Einsparungen zu finden sind und wo die Ausgaben umstrukturiert werden könnten oder sollten, um die Ergebnisse von Synergien besser zu nutzen. Die sich daraus ergebenden Vorschläge können in das Haushaltsverfahren einbezogen werden.

WEITERE KÜNFTIGE PRIORITÄTEN

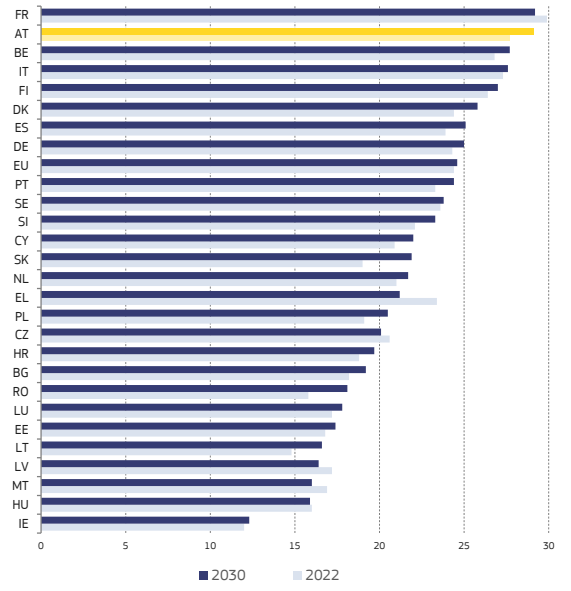
Österreich steht vor Herausforderungen im Zusammenhang mit der Tragfähigkeit und Effizienz der öffentlichen Finanzen, fairen und wachstumsfördernden Steuern, der Diversifizierung der Energieeinfuhren, der Unternehmensdynamik sowie dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wird dazu beitragen, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zu steigern und sicherzustellen, dass seine Wirtschaft widerstandsfähig bleibt. Sie wird auch dazu beitragen, weitere Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung zu erzielen.

Die ermittelten Herausforderungen müssen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene angegangen werden, um die regionalen Unterschiede zu verringern.

Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bleibt eine Priorität

Der steigende Ausgabenbedarf wird den Steuerdruck im Laufe der Zeit erhöhen. Die öffentlichen Finanzen werden weiterhin von der Bevölkerungsalterung betroffen sein. Schätzungen zufolge wird Österreich bis 2030 mit 29,1 % des BIP die zweithöchsten alterungsbedingten Kosten in der EU haben (siehe Abbildung 3.1).[10] Die Bevölkerungsalterung wird die öffentlichen Haushalte mit Blick auf Pensionen, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege stärker unter Druck setzen. Dies erfordert weitere Maßnahmen, um die langfristige Tragfähigkeit des Pensionssystems, die Effizienz der Gesundheitsversorgung sowie die finanzielle Tragfähigkeit und den Zugang zur Langzeitpflege sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene sicherzustellen (siehe unten). Solche Maßnahmen sind erforderlich, um die öffentliche Schuldenquote Österreichs einzudämmen, auf die die COVID-19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine starke Auswirkungen hatten.

Abbildung 3.1: **Alterungsbedingte Gesamtausgaben – Basisprojektionen für 2030 in Prozent des BIP**



Quelle: Europäische Kommission, Bericht über die Bevölkerungsalterung 2024.

Das komplexe System der zwischenstaatlichen Transfers zwischen der föderalen und der subnationalen Ebene stellt eine Herausforderung für die Gewährleistung effizienter öffentlicher Ausgaben dar. Fast ein Drittel der gesamten Steuereinnahmen wird von der

[10] Bericht über die Bevölkerungsalterung 2024: Wirtschafts- und Haushaltsprojektionen für die EU-Mitgliedstaaten enthalten Projektionen, aus denen die alterungsbedingten Gesamtausgaben für 2030 hervorgehen.

Bundesregierung auf die verschiedenen subnationalen Ebenen übertragen, und zwar über eine Vielzahl von Verteilungsmechanismen.[11] Länder und Gemeinden nehmen viele wichtige öffentliche Aufgaben wahr, wie z. B. Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung oder Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, aber sie haben nur eine begrenzte Steuerautonomie und sind von einem komplexen Transfersystem abhängig. Viele dieser Dienstleistungen dürften aufgrund des demografischen Wandels und der für den ökologischen Wandel erforderlichen Investitionen einem zunehmenden Kostendruck ausgesetzt sein. Mit der im November 2023 beschlossenen Finanzausgleichsregelung (österreichischer mehrjähriger haushaltspolitischer Rahmen) für 2024-2028 wurden zusätzliche Ausgaben in Schlüsselbereichen zugewiesen. Insbesondere mit dem „Zukunftsfonds", der mit quantitativen und qualitativen Zielen verknüpft ist, werden zusätzliche Mittel für Kinderbetreuung, Langzeitpflegewohnungen und Renovierungen sowie für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen bereitgestellt. Die Gewährleistung der Einhaltung der angenommenen Ziele ist jedoch nur durch unverbindliche Überwachungsinstrumente vorgesehen. In seinem nationalen Aufbau- und Resilienzplan verpflichtete sich Österreich, eine Reihe von Ausgabenüberprüfungen durchzuführen. Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen aus diesen Überprüfungen werden dazu beitragen, ineffiziente oder klimaunfreundliche öffentliche Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Weitere Schritte wie eine Reform des Immobiliensteuersystems könnten die regionale Steuerautonomie und das Steuersystem insgesamt stärken.

Das Steuersystem ist nach wie vor stark von Arbeitseinkommen und Verbrauch abhängig, wobei Steuern auf Grundbesitz und Umweltsteuern im Steuermix eine untergeordnete Rolle spielen. Trotz mehrfacher Steuerreformen bleibt Österreich ein Hochsteuerland mit einer deutlich über dem EU-Durchschnitt liegenden Abgabenquote (siehe Anhang 19). Seit 2023 sind die Einkommensteuerklassen an die Inflation gekoppelt[12] (siehe Kasten 4), wodurch eine weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung durch eine schleichende Steuerprogression[13] verhindert wird. Dennoch gehört die Steuer- und Abgabenbelastung in Österreich immer noch zu den höchsten in der EU[14], was die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Teilhabe am Arbeitsmarkt behindert. Im Gegensatz dazu gehören periodische Immobiliensteuern zu den niedrigsten in der EU, und auch die MwSt-Lücke ist vergleichsweise hoch.[15] Die kürzlich angekündigte Reform zur Beseitigung rechtlicher Hürden für Länder bei der Einführung von Steuern auf leerstehende Wohnungen könnte dazu beitragen, die Steuerlücken zu schließen. Darüber hinaus behindern erhebliche Subventionen, z. B. für den Verkehr, die schädliche Auswirkungen auf

11 Mitterer & Pichler (2023).

12 Ab 2023 werden die Steuerklassen der Einkommensteuer (mit Ausnahme von Einkommen über 1 Mio. EUR) jährlich an zwei Drittel der Inflation indexiert, während das verbleibende Drittel diskretionären Entlastungsmaßnahmen (weitere Senkung der Einkommensteuer, Unterstützung für Personen, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen usw.) unterliegt, die von der Regierung jedes Jahr beschlossen werden.

13 Zu einer schleichenden Steuerprogression kommt es, wenn die Inflation die Verdiener in höhere Steuerklassen drängt und ihre effektive Steuerlast erhöht. Inflationsbereinigte Steuerklassen könnten hinter steigenden Einkommen zurückbleiben, was dazu führen würde, dass Einzelpersonen einen größeren Anteil ihres Einkommens an Steuern zahlen. Diese zunehmende Steuer- und Abgabenbelastung kann den realen Wert des Einkommens im Laufe der Zeit untergraben.

14 Die Steuer- und Abgabenbelastung ist das Verhältnis zwischen der Einkommensteuer und den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber (abzüglich Familienfreibeträgen), geteilt durch die Gesamtarbeitskosten. Im Jahr 2022 betrug die Steuer- und Abgabenbelastung einer alleinstehenden Person mit einem Durchschnittseinkommen 46,8 % gegenüber einem EU-Durchschnitt von 39,7 %. Siehe die Indikatoren-Datenbank für Steuern und Sozialleistungen der EU (https://europa.eu/economy_finance/db_indicators/tab). Österreich weist die dritthöchste Steuer- und Abgabenbelastung in der OECD auf (OECD 2024, „Taxing Wages 2024").

15 Europäische Kommission, CASE, Poniatowski, G., Bonch-Osmolovskiy, M., Śmietanka, A., Pechcińska, A., „VAT gap in the EU – Report 2022", Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, 2022.

die Umwelt haben, den Fortschritt des ökologischen Wandels. Gleichzeitig waren in der jüngsten ökosozialen Steuerreform Entlastungsmaßnahmen im Bereich Steuern und Sozialversicherung sowie die Einführung von CO_2-Bepreisungen im Verkehrs- und Wärmesektor vorgesehen, was den Steuermix verbessert.

Der Bedarf an Langzeitpflege nimmt zu und setzt die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unter Druck, während gleichzeitig ein erheblicher Personalmangel in diesem Sektor besteht. In den Jahren 2022 und 2023 verabschiedete Österreich ein Reformpaket zur Bewältigung der dringendsten Herausforderungen bei der Gewährleistung eines angemessenen Zugangs zur Langzeitpflege. Die jüngsten Maßnahmen, z. B. Investitionen in Langzeitpflegepersonal, die Unterstützung von informell Pflegenden und die Pilotphase des Community-Nurse-Systems (im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans), werden zu einer Erhöhung des Pflegefonds[16] von 455,6 Mio. EUR auf 1,1 Mrd. EUR mit jährlicher Valorisierung führen.[17] Bei der Verbesserung des Rechts- und Steuerungsrahmens, der nach wie vor durch eine Aufteilung der Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen den Ländern und den subnationalen Ebenen gekennzeichnet ist, könnten weitere große strukturelle Herausforderungen auftreten. Zusätzlicher Druck auf die öffentlichen Finanzen entsteht durch die Abschaffung des Pflegeregresses[18], da nun nicht mehr auf das Vermögen von Menschen in Langzeitpflege zugegriffen werden darf. Dies stellt einen finanziellen Anreiz dar, die verhältnismäßig teurere Pflege in Heimen anstelle der häuslichen Pflege in Anspruch zu nehmen.

Trotz der jüngsten Reformen bestehen nach wie vor Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Gesundheitsausgaben. Die Gesundheitsausgaben, insbesondere für Krankenhäuser, gehören zu den höchsten in der EU. Die öffentlichen Mittel für die Gesundheitsversorgung dürften von 7,8 % des BIP im Jahr 2022 auf 8,8 % des BIP im Jahr 2050 steigen.[19][20] Im Gegensatz dazu ist die ambulante medizinische Grundversorgung nach wie vor unterentwickelt, sodass die Patienten direkt die Krankenhäuser aufsuchen, die die teuersten Leistungserbringer sind. Die Zersplitterung bei der Verwaltung und Finanzierung besteht nach wie vor und trägt zur Ineffizienz des Gesundheitssystems bei. Gleichzeitig werden die jüngste Gesundheitsreform und die Investitionen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans dazu beitragen, die medizinische Grundversorgung weiter zu stärken, insbesondere durch die Unterstützung neuer und bestehender Einrichtungen der medizinischen Grundversorgung im ganzen Land. Darüber hinaus dürfte die Reform zur Fortsetzung der Strukturreformen im Krankenhaussektor, zur Verbesserung der Arzneimittelversorgung, der Impfprogramme sowie der Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention beitragen.

Angesichts des projizierten Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dürften die staatlichen Pensionsausgaben weiter steigen. Die Pensionsausgaben dürften von 13,7 % des BIP im Jahr 2022 auf 15 % des BIP im Jahr 2030 steigen und sich langfristig bei 14 % des BIP stabilisieren. Auch wenn die gesetzlichen Pensionsansprüche insgesamt als adäquat angesehen werden und das Einkommensniveau in relativ hohem Maße erhalten, bestehen mit Blick auf die Einkommensungleichheit im Alter doch nach wie vor Herausforderungen. Insbesondere angesichts des sehr hohen Anteils von Frauen,

[16] Der Pflegefonds ist ein Finanzierungsinstrument, mit dem sichergestellt werden soll, dass angesichts der Bevölkerungsalterung angemessene Langzeitpflegedienste finanziert werden können. Er wird zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden finanziert.

[17] Budgetdienst (2023), Finanzausgleich 2024. Analyse.

[18] Der Pflegeregress bezeichnet im Fall der Langzeitpflege einer Person den Rückgriff der Sozialdienste auf das Privatvermögen der Betroffenen (Pflege-Eigenregress) und deren Angehörigen (Pflegeregress).

[19] Europäische Kommission (2024), Bericht über die Bevölkerungsalterung 2024.

[20] In diesen Projektionsergebnissen sind die jüngsten Reformen der Finanzausgleichsregelung 2024-2028 nicht berücksichtigt.

die in Teilzeit arbeiten, lag das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle 2022 bei 34,4 % und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 26 % (siehe Anhang 14). Angesichts der verschiedenen Vorruhestandsregelungen bleibt das tatsächliche Pensionsantrittsalter insgesamt deutlich unter dem Pensionsalter. Ab 2024 wird das gesetzliche Pensionsantrittsalter für Frauen schrittweise an das für Männer angeglichen und im Jahr 2033 auf 65 Jahre angehoben. Trotz der steigenden Lebenserwartung besteht jedoch kein Zusammenhang zwischen dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter und dem Anstieg der Lebenserwartung. Der Aufbau- und Resilienzplan enthält zwar Maßnahmen zur Bewältigung dieser steigenden Kosten, wie etwa die Aufteilung der Pensionen, doch sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Druck auf die Staatsausgaben, der sich aus der Bevölkerungsalterung ergibt, zu verringern. Dazu gehört, dass Frauen mit Pflege- und Betreuungspflichten, ältere Arbeitnehmer und andere Gruppen mit geringem Beschäftigungsniveau unterstützt und Anreize für sie geschaffen werden, ihre Arbeitszeit zu erhöhen, sowie dass Eltern ermutigt werden, ihre Pensionen aufzuteilen.

Förderung von Risikokapital zur Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit

Eine stärkere Unternehmensdynamik täte Österreich gut, da sie eine effiziente Ressourcenallokation und das Produktivitätswachstum beflügeln könnte. Die Rate der Unternehmensgründungen und -schließungen ist eine der niedrigsten in der EU. Der Anteil von Start-up-Unternehmen und jungen Unternehmen, die tendenziell höhere jährliche Produktivitätszuwächse erzielen als ältere Unternehmen[21], ist stetig zurückgegangen (3,8 % im Jahr 2020), und der Anteil der schnell wachsenden Unternehmen lag unter dem EU-Durchschnitt (7,29 % nach Beschäftigtenzahl gegenüber 12,4 % in der EU im Jahr 2021). Das im Aufbau- und Resilienzplan enthaltene Start-up-Paket, insbesondere die neue Rechtsform „Flexible Kapitalgesellschaft“, zielt darauf ab, die Gründung und den Ausbau von Technologie-Start-ups durch mehr Flexibilität bei der Zuteilung von Anteilen und bei Beteiligungsverhältnissen zu erleichtern. Erste Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die neuen Möglichkeiten in erheblichem Maße in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus könnten gezielte Änderungen des Insolvenzrahmens, die den rechtzeitigen Ausstieg nicht lebensfähiger Unternehmen mit geringer Produktivität ermöglichen, auch die Unternehmensdynamik fördern. Die Lockerung von Unternehmensvorschriften, die den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen und Berufen derzeit einschränken, könnte auch weitere Produktivitätsgewinne und mehr Wettbewerb, auch im Einzelhandel, bewirken (siehe Anhang 12).

Ein besserer Zugang zu Risikokapital könnte dazu beitragen, Investitionen in Forschung und Innovation in ein höheres Unternehmenswachstum und eine höhere Produktivität umzusetzen. Österreich verfügt zwar über einen günstigen Innovationsrahmen und hohe FuE-Ausgaben (3,2 % des BIP) im Vergleich zu anderen Ländern, doch behindert ein Mangel an Risikokapital das Wachstum innovativer Start-up-Unternehmen und KMU. Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren war die private Beteiligungsfinanzierung (0,14 %) und die Risikokapitalfinanzierung (0,041 %) im Verhältnis zum BIP im Jahr 2022 gegenüber einem EU-Durchschnitt von 0,42 % bzw. 0,09 % im internationalen Vergleich nach wie vor unterentwickelt (siehe Anhang 12). Um die Finanzierung von Technologie-Start-ups mit hohem Expansionspotenzial zu verbessern, hat die österreichische Förderbank AWS 2023 einen neuen Risikokapitalfonds in Höhe von

[21] Peneder, M. (2021), Entwicklung der Produktivität österreichischer Unternehmen von 2008 bis 2018. Auswertung von Mikrodaten für Österreich im Rahmen von Multiprod 2.0, WIFO.

72 Mio. EUR[22] und eine neue Initiative „Startup Invest" ins Leben gerufen (siehe Anhang 11). Die Finanzierung in der späteren Phase, einschließlich der Bedingungen für Investitionen institutioneller Anleger in Risikokapital, kann noch verbessert werden.

Investitionen in Menschen zur Behebung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels

Der Fachkräftemangel und das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit. Der weitverbreitete Arbeitskräftemangel und das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage gehören zu den dringlichsten Problemen Österreichs, und die Alterung der Bevölkerung dürfte die Lage weiter verschärfen. Die Quote der unbesetzten Stellen in Österreich gehört nach wie vor zu den höchsten in der EU und liegt seit Ende 2021 bei über 4 %. Besonders ausgeprägt ist der Arbeitskräftemangel im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe, aber auch in den Bereichen IT, Tourismus, Gesundheitswesen und Langzeitpflege. Auf regionaler Ebene sind Vorarlberg, Salzburg und Oberösterreich besonders betroffen, da die Zahl der Arbeitsuchenden pro unbesetzte Stelle unter 1,5 liegt, während sie in Wien beinahe bei 6 liegt. Infolgedessen berichten Unternehmer in Österreich über Innovationshemmnisse und sinkende Einnahmen (Anhänge 10 und 14). Die Vollzeitbeschäftigungsquote von Frauen liegt unter dem EU-Durchschnitt, wenngleich ein Aufwärtstrend zu beobachten ist. Da sie über weniger digitale Fähigkeiten verfügen und häufig aufgrund ihres Alters diskriminiert werden, ist es für Arbeitskräfte ab 55 schwierig, Arbeit zu finden. Gering qualifizierte Personen sind besonders gefährdet und stellen den größten Anteil der Arbeitslosen. Auch Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen aus benachteiligten sozioökonomischen Verhältnissen sind bei der Beschäftigung mit besonderen Hindernissen konfrontiert, unter anderem aufgrund von Problemen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Um den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden, investiert Österreich in die Weiterbildung und Umschulung (einschließlich Alphabetisierung und Sprachunterricht) von Personen, die Anspruch auf Asyl und subsidiären Schutz haben. Für Flüchtlinge, eine besonders schutzbedürftige Gruppe, ist es jedoch schwierig, in Regionen mit Arbeitskräftemangel, in denen ihre Integration in den Arbeitsmarkt einfacher wäre, eine Wohnung zu finden. Gleichzeitig nimmt der Fachkräftemangel in Schlüsselsektoren für den ökologischen Wandel zu (Anhang 8).

Eine Verbesserung der Verfügbarkeit und der Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) könnte es Eltern, insbesondere Frauen, ermöglichen, mehr Stunden zu arbeiten. Die Teilnahmequote an FBBE in Österreich liegt unter dem EU-Durchschnitt (34,9 %) und dem nationalen Barcelona-Ziel (31,9 %) für Kinder unter drei Jahren. Im Jahr 2023 wurden nur 24,1 % der Kinder unter drei Jahren formal betreut (siehe Anhang 14). Die unzureichende Bereitstellung hochwertiger FBBE-Einrichtungen sowie die großen regionalen Unterschiede spielen eine Schlüsselrolle für den hohen Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung, der zu den höchsten in der EU zählt. Die Doppelbelastung durch Erwerbsarbeit und Betreuungspflichten betrifft Frauen deutlich stärker als Männer.[23] Es besteht ein Personalmangel in der FBBE, und die kontinuierliche Ausweitung des Angebots in Verbindung mit politischen Maßnahmen zur Qualitätssteigerung bedeutet, dass bis 2030 mindestens 20 200 zusätzliche Mitarbeiter benötigt werden (siehe Anhang 15). Die Regierung ergreift Maßnahmen zur Verbesserung der Verfügbarkeit und Qualität der FBBE, unter anderem im Rahmen ihres Aufbau- und Resilienzplans und durch zusätzliche nationale Mittel, sowie durch die Verbesserung der Attraktivität des

[22] AWS Gründungsfonds II.

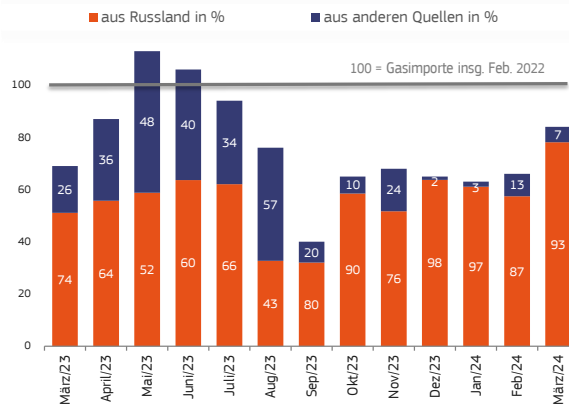
[23] Statistik Austria (2023), Zeitverwendung 2021/22.

Lehrerberufs[24], doch bestehen nach wie vor Herausforderungen. Während die Unterstützung durch den kürzlich eingerichteten Zukunftsfonds (durchschnittlich 527 Mio. EUR pro Jahr) an quantitative und qualitative Ziele, auch für die Kinderbetreuung, gebunden ist, könnte die Einführung verbindlicher Qualitätsstandards in der FBBE die Bereitstellung einer hochwertigen Betreuung im ganzen Land besser gewährleisten.

Die Grundfertigkeiten, insbesondere von Schülern und jungen Menschen aus benachteiligten Verhältnissen und mit Migrationshintergrund, können verbessert werden. Die Bildungsergebnisse in Österreich entsprechen in etwa oder liegen leicht über dem EU-Durchschnitt. So liegt beispielsweise der Anteil der österreichischen Schüler, die in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften die höchsten Niveaus erreichen, in allen drei Bereichen über dem EU-Durchschnitt. Den Ergebnissen der internationalen Schülerbewertung (PISA) für das Jahr 2022 zufolge ist der Anteil der Schüler mit schlechten Leistungen in Mathematik und Lesen jedoch seit 2012 kontinuierlich gestiegen (Anhang 15). Vor allem bei Schülern aus benachteiligten Verhältnissen und mit Migrationshintergrund haben die Leistungen abgenommen. Etwa jeder vierte 15-Jährige erwirbt keine Mindestkenntnisse. Darüber hinaus ist die Wahrscheinlichkeit, dass außerhalb der EU geborene junge Menschen (18-24 Jahre) die Schule vorzeitig verlassen, fast doppelt so hoch, was ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und ihre soziale Integration stark beeinträchtigt (siehe Anhang 14). Zu verhindern, dass junge Menschen die allgemeine und berufliche Bildung vorzeitig abbrechen, ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, verschiedene Risiken in ihrer Zukunft zu verringern, darunter Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit und schlecht bezahlte Beschäftigung mit nur geringen oder gar keinen Aussichten auf eine Ausbildung und einen beruflichen Aufstieg. Hinzu kommt, dass die Zunahme der unzureichenden Leistungen im Bereich der Grundfertigkeiten und der höhere Anteil der vorzeitigen Schulabgänger in einigen Gruppen Risiken für die erfolgreiche Bewältigung des Fachkräftemangels auf lange Sicht darstellen und somit die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit des Landes beeinträchtigen könnten. Der Aufbau- und Resilienzplan enthält Maßnahmen zur Verbesserung des Qualifikationsangebots und der Bildungsergebnisse benachteiligter Schüler (Abschnitt 2). Zusätzliche Maßnahmen können jedoch auch hilfreich sein, u. a.: i) Verbesserung des Angebots an hochwertiger FBBE, ii) gezielte Unterstützung für Schulen mit besonderen Bedürfnissen, iii) ausreichendes und gut ausgebildetes Personal im Bildungsbereich, iv) mehr Investitionen in Bildung. Solche Maßnahmen könnten insbesondere auch dazu beitragen, die Herausforderungen der zunehmenden Vielfalt zu bewältigen, z. B. durch Deutschfördermaßnahmen, und maßgeschneiderte Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung bereitzustellen.

Intensivierung des ökologischen Wandels und der Diversifizierung zur Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung

Abbildung 3.2: **Die Gaseinfuhren gehen allmählich zurück, aber Russland ist nach wie vor die vorherrschende Bezugsquelle.**



Quelle: Im Klimaministerium, Energieportal, Mai 2024

[24] Europäische Kommission (2023), Europäisches Semester – Länderbericht Österreich.

Größere Anstrengungen sind erforderlich, um die Abhängigkeit Österreichs von russischem Gas zu verringern. Die Sicherheit der österreichischen Energieversorgung hat sich verbessert, was gestiegenen Gaseinfuhren aus Norwegen und, in geringerem Maße, aus Nordafrika und Zentralasien über Transportkapazitäten in Deutschland und Italien, einschließlich Flüssigerdgas, sowie der 2022 geschaffenen strategischen Gasreserve zu verdanken ist. Der monatliche Anteil der Gaseinfuhren aus Russland blieb jedoch im Laufe des Jahres 2023 beträchtlich (siehe Abbildung 3.2). Eine Entkopplung vom langfristigen Liefervertrag zwischen dem österreichischen Energieunternehmen OMV und dem russischen Gasunternehmen Gazprom würde weitere Anstrengungen zur Diversifizierung der Energiequellen erleichtern. Deswegen hat das Klimaministerium einen Vorschlag vorgelegt, den Vertrag zu kündigen und inländische Gasversorger gesetzlich dazu zu verpflichten, den Bezug von russischem Gas schrittweise einzustellen. Die Regierung beabsichtigt ferner, Investitionsbeihilfen in Höhe von 70 Mio. EUR für den Ausbau der West-Austria-Gasleitung bereitzustellen, wodurch die Kapazität für den Gastransport aus Deutschland um 30 % erhöht und in Zukunft auch der Transport von Wasserstoff ermöglicht würde. Im Jahr 2022 ging der Erdgasverbrauch Österreichs auf 7,9 Mrd. Kubikmeter zurück (12,2 % weniger als 2021)[25], was 21,8 %[26] des Bruttoenergieverbrauchs entspricht und damit nahe am EU-Durchschnitt (2022) liegt.

Der Ausbau erneuerbarer Energien wurde beschleunigt, aber das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 ist anspruchsvoll und erfordert mehr Tempo und Investitionen in die Windenergie sowie in die Modernisierung und den Ausbau der Netze. Die installierte Kapazität für erneuerbare Energien stieg 2022 um 6 %, wobei im Falle der Solarenergie eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen war; die derzeitige Ausbaugeschwindigkeit reicht jedoch nicht aus, damit Österreich sein nationales Ziel von 100 % Strom aus erneuerbaren Quellen bis 2030 erreichen kann. Mit der Änderung seines Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Jahr 2023 und durch die Möglichkeit von Investitionen in kleinere Photovoltaik-Anlagen ohne Genehmigung hat Österreich einige Schritte unternommen, um die Umsetzung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Allerdings sind weitere (Rechtsetzungs-)Initiativen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erforderlich, um die verbleibenden Engpässe zu beseitigen, etwa bei der Personalausstattung und mit Blick auf die komplexe Zuständigkeitsverteilung zwischen der föderalen und der regionalen Ebene. Darüber hinaus bleibt die Modernisierung und der Ausbau der Übertragungs- und Verteilernetze, insbesondere zwischen Ost- und Westösterreich, eine Priorität, einschließlich der grenzüberschreitenden Infrastrukturinvestitionen, wie im ersten Integrierten Netzinfrastrukturplan vom April 2024 dargelegt (siehe Anhang 7). Österreich geht davon aus, dass bis 2030 18 GW an zusätzlichen Kapazitäten für erneuerbare Energien installiert werden. Dies erfordert sowohl mehr Investitionen als auch eine schnellere Umsetzung von Maßnahmen zur Integration zusätzlicher Stromerzeugung in das Übertragungsnetz.

Es besteht nach wie vor ein erhebliches Potenzial für zusätzliche Energieeinsparungen im Gebäudesektor und für die Verringerung der verkehrsbedingten Emissionen. Im Jahr 2022 gingen die Treibhausgasemissionen im Zusammenhang mit Gebäuden aufgrund der relativ geringen Zahl von Heiztagen, der hohen Energiepreise und der Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, einschließlich Investitionen und Reformen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans, um 17 % zurück. Allerdings wurden 76 % der österreichischen Gebäude gebaut, bevor strengere Vorgaben für die Gesamtenergieeffizienz eingeführt wurden, und der österreichische Gebäudebestand liegt im Hinblick auf den Endenergieverbrauch in

[25] Energy Institute, „Statistical Review of World Energy 2023".

[26] Eurostat, Vereinfachte Energiebilanzen.

der EU im unteren Drittel.[27] Die Emissionen aus dem Verkehr liegen pro Kopf über dem EU-Durchschnitt[28], auch weil umweltschädliche Steueranreize den sogenannten „Tanktourismus“ fördern. Das Klimaticket hat den öffentlichen Verkehr attraktiver gemacht, doch in ländlichen und abgelegenen Regionen, in denen 40 % der Bevölkerung leben, besteht nach wie vor Spielraum für eine Stärkung der öffentlichen Verkehrsdienste und Alternativen zur privaten Pkw-Nutzung.

Weitere Investitionen sind erforderlich, um die Industrie umweltfreundlicher zu machen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Industrie in Österreich ist breit gestreut und macht 21,9 % der Bruttowertschöpfung (20,6 % in der EU) aus. Seit dem Jahr 2000 verzeichnete die Industrieproduktion ein starkes Wachstum, das von der dynamischen Entwicklung in Schlüsselsektoren des verarbeitenden Gewerbes profitierte, die ebenfalls deutlich besser abschneiden als ihre deutschen Konkurrenten.[29] Die Industrieproduktion, die „schwer zu dekarbonisierende“ Sektoren wie die Stahlerzeugung und die chemische Industrie umfasst, macht mehr als ein Fünftel der gesamten Treibhausgasemissionen aus. Im Jahr 2022 gingen die Energie- und Industrieemissionen, die unter das Emissionshandelssystem der EU fallen, um 7,2 % zurück, was auf einen Rückgang der Stahlproduktion und einen Vorfall in der wichtigsten Ölraffinerie Österreichs zurückzuführen ist, durch den sie mehrere Monate lang außer Betrieb gesetzt wurde. Emissionsarme Technologien und Verbesserungen der Energieeffizienz sind daher von entscheidender Bedeutung, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Eine verstärkte Nutzung kreislauforientierter Materialien in der Industrie und im Baugewerbe würde auch dazu beitragen, weniger Ressourcen zu nutzen und die strategische Autonomie Österreichs zu stärken (siehe Anhang 9). Zusätzlich zu den aus dem österreichischen ARP, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Fonds für einen gerechten Übergang finanzierten Projekten wird die neue Initiative der Regierung für die Klimawandel (5,7 Mrd. EUR bis 2030) zur Unterstützung klimaneutraler Projekte dazu beitragen, die starke Position Österreichs in den schnell wachsenden Sektoren, die klimaneutrale Technologien produzieren, zu stärken.

Die Verringerung des Netto-Flächeninanspruchnahme und der Bodenversiegelung stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar, und das System der bebauten Umwelt verschärft den Druck auf die Ressourcen weiter. Die Landnutzung in Österreich belief sich im Jahr 2022 auf insgesamt 17,3 % der Dauersiedlungsfläche, wovon 52 % versiegelt sind.[30] Trotz offensichtlicher Verbesserungen bei den Erhaltungs- und Wiederherstellungsanstrengungen verschlechtert sich der Zustand vieler Lebensräume und Arten weiter. Die Priorisierung der effizienten Nutzung von Land und Gebäuden würde dazu beitragen, dem Verlust an biologischer Vielfalt und der Zersplitterung von Ökosystemen entgegenzuwirken, die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Klimaresilienz zu stärken (siehe Anhang 5).

[27] Odyssee-Mure-Datenbank, 2024: Durchschnittlicher Energieverbrauch je Wohnung.

[28] Europäische Kommission, 2023, Bericht über die Lage der Energieunion 2023.

[29] Scheiblecker M., WIFO 05/2023, „Austrian Industrial Production in a Country Comparison“.

[30] Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) 2023: Flächeninanspruchnahme und Versiegelung in Österreich.

Kasten 4:

Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Mittel für Österreich

Die Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Mittel bietet die Gelegenheit, die kohäsionspolitischen Programme zu bewerten und neu entstehende Bedürfnisse und Herausforderungen in den EU-Mitgliedstaaten und ihren Regionen anzugehen. Die Mitgliedstaaten überprüfen jedes Programm und berücksichtigen dabei unter anderem die im Rahmen des Europäischen Semesters, einschließlich in den länderspezifischen Empfehlungen 2024, ermittelten Herausforderungen. Diese Überprüfung bildet die Grundlage für einen Vorschlag des Mitgliedstaats für die endgültige Zuweisung von 15 % der in jedem Programm enthaltenen EU-Mittel.

Österreich hat Fortschritte bei der Umsetzung der kohäsionspolitischen Programme und der Europäischen Säule sozialer Rechte erzielt, doch bestehen nach wie vor Herausforderungen, wie in diesem Bericht, insbesondere auch in den Anhängen 14 und 17, dargelegt wird. Obwohl die regionalen Unterschiede in Österreich zu den geringsten in der EU gehören, besteht die Gefahr, dass die bestehenden Unterschiede beim Pro-Kopf-BIP, der Arbeitsproduktivität und der Verteilung der FuE-Investitionen in Zukunft durch demografische Herausforderungen, die sich aus Problemen wie dem derzeitigen Übergang von nichtstädtischen zu städtischen Gebieten ergeben, verstärkt werden. Vor diesem Hintergrund ist es nach wie vor wichtig, die Umsetzung der geplanten Prioritäten fortzusetzen und dabei insbesondere Folgendes zu berücksichtigen: i) integrierte territoriale Entwicklungskonzepte zur Unterstützung einer inklusiven und nachhaltigen lokalen Entwicklung; ii) Verbesserung der Effizienz des Forschungs- und Innovationssystems im Einklang mit den nationalen und regionalen Strategien für eine intelligente Spezialisierung und Nutzung der Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft; iii) Energieeffizienz und Verringerung des CO_2-Fußabdrucks, auch durch neue grüne Technologien; iv) Qualität und Inklusivität der allgemeinen und beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens, insbesondere für benachteiligte Gruppen, um Veränderungen besser zu antizipieren und den Menschen Kompetenzen zu vermitteln, die für den derzeitigen Arbeitsmarkt relevant sind; v) aktive Inklusion und Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere für benachteiligte Gruppen.

Österreich könnte von den Möglichkeiten profitieren, die sich im Rahmen der Verordnung über die Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP)[31] bieten, um die Entwicklung oder Herstellung kritischer Technologien, einschließlich sauberer und ressourceneffizienter Technologien, zu unterstützen.

[31] Verordnung (EU) 2024/795.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Mit seinem breiten politischen Anwendungsbereich enthält der österreichische Aufbau- und Resilienzplan (ARP) Maßnahmen zur Bewältigung einer Reihe struktureller Herausforderungen – in Synergie mit anderen EU-Fonds, einschließlich der kohäsionspolitischen Fonds – durch

- die **Förderung des ökologischen Wandels** durch eine Reform des Steuersystems, die Beschleunigung des Einsatzes erneuerbarer Energien (einschließlich Wasserstoff) und Investitionen in Energieeffizienz, saubere Mobilität, Dekarbonisierung der Industrie, biologische Vielfalt und Kreislaufwirtschaft;

- die **Unterstützung des digitalen Wandels und der Wettbewerbsfähigkeit** durch Investitionen in strategische Innovationen wie Quanteninformatik, Mikroelektronik und Präzisionsmedizin, den Ausbau der digitalen Infrastrukturen und Kompetenzen und den Abbau regulatorischer Hindernisse, die die Produktivität der Unternehmen behindern;

- die **Verbesserung der Kompetenzen von Arbeitskräften und des Arbeitskräfteangebots** durch Erhöhung der Verfügbarkeit hochwertiger Kinderbetreuungsplätze, Verbesserung der Bildungsergebnisse, insbesondere für benachteiligte Schüler, und Investitionen in Weiterbildung und Umschulung, um den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts gerecht zu werden;

- die **Verbesserung des Zugangs zum Gesundheitssystem und seiner Effizienz** durch Verbesserung der primären Gesundheitsversorgung und Digitalisierung der Gesundheitsdienste.

Bei der Umsetzung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans stellen sich zunehmend Herausforderungen. Wenn alle Maßnahmen des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans bis August 2026 erfolgreich umgesetzt werden sollen, sind neuerliche Anstrengungen unerlässlich.

Über die Reformen und Investitionen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans und der Kohäsionsprogramme hinaus würde Österreich von folgenden Vorteilen profitieren:

- **Konsolidierung der öffentlichen Finanzen** durch Gewährleistung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Angemessenheit der Langzeitpflege- und Gesundheitssysteme und durch Vereinfachung des haushaltspolitischen Rahmens auf den verschiedenen Regierungsebenen, um die Effizienz der öffentlichen Ausgaben zu erhöhen;

- **weitere Verbesserung des Steuermixes**, um das Wachstum zu fördern, indem die Steuerlast weg vom Faktor Arbeit verlagert und umweltschädliche Steuerregelungen abgeschafft werden;

- **Verbesserung seiner Innovationsleistung und Wettbewerbsfähigkeit** durch Förderung der Gründung und des Wachstums neuer Unternehmen, unter anderem durch einen besseren Zugang zu Risikokapital;

- **Behebung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels** durch Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen (insbesondere auch Vollzeitbeschäftigung), durch Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmer, Geringqualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund, Verbesserung der Qualität und Verfügbarkeit der

frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung, und durch die Verbesserung der Grundfertigkeiten benachteiligter Schüler;

- **Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung** durch Festlegung einer klaren Strategie zur Diversifizierung gegenüber nichtrussischen Gaslieferanten und durch Modernisierung des Netzes, um dem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien gerecht zu werden;

- **weitere Investitionen in die Verringerung der Emissionen und in Energieeinsparungen**, insbesondere im Verkehrs- und im Gebäudesektor.

ANHÄNGE

LISTE DER ANHÄNGE

Bereichsübergreifende Indikatoren 28

A1. Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) 28

A2. Fortschritte bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 30

A3. Aufbau- und Resilienzplan – Umsetzung 34

A4. Andere EU-Instrumente für Erholung und Wachstum 36

A5. Resilienz 39

Ökologische Nachhaltigkeit 41

A6. Europäischer Grüner Deal 41

A7. Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit 46

A8. Fair transition to climate neutrality 52

Produktivität 55

A9. Ressourcenproduktivität, Effizienz und Kreislaufwirtschaft 55

A10. Digitaler Wandel 58

A11. Innovationen 61

A12. Industrie und Binnenmarkt 63

A13. Öffentliche Verwaltung 69

Fairness 72

A14. Herausforderungen in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialpolitik bei der europäischen Säule sozialer Rechte 72

A15. Allgemeine und berufliche Bildung 75

A16. Gesundheit und Gesundheitssysteme 78

A17. Economic and social performance at regional level 81

Makroökonomische Stabilität 85

A18. Wichtige Entwicklungen im Finanzsektor 85

A19. Besteuerung 88

A20. Tabelle mit Wirtschafts- und Finanzindikatoren 91

A21. Schuldentragfähigkeitsanalyse 92

TABELLENVERZEICHNIS

A2.1. Übersichtstabelle zu den länderspezifischen Empfehlungen 2019-2023 31

A3.1. Wichtigste Fakten des österreichischen ARP 34
A3.2. Maßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan 35
A4.1. Unterstützung aus EU-Instrumenten in Österreich 38
A5.1. Resilienzindizes in verschiedenen Bereichen für Österreich und die EU-27 39
A6.1. Indikatoren für den Fortschritt beim europäischen Grünen Deal aus makroökonomischer Sicht 45
A7.1. Schlüsselindikatoren – Energie 51
A8.1. Wichtige Indikatoren für einen gerechten Übergang in Österreich 53
A9.1. Kreislaufwirtschaftsindikatoren 57
A10.1. Wichtigste Ziele der digitalen Dekade, die durch die Indikatoren des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft überwacht werden 60
A11.1. Wichtige Innovationsindikatoren 62
A12.1. Binnenmarkt und Industrie 68
A13.1. Indikatoren für die öffentliche Verwaltung 70
A14.1. Sozialpolitisches Scoreboard für Österreich 72
A14.2. Stand Österreichs bei den Zielen für Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung bis 2030 73
A15.1. EU-Zielvorgaben und andere kontextbezogene Indikatoren des strategischen Rahmens für den europäischen Bildungsraum 76
A16.1. Wichtige Gesundheitsindikatoren 79
A17.1. Ausgewählte Indikatoren auf regionaler Ebene in Österreich 83
A18.1. Indikatoren für finanzielle Solidität 86
A19.1. Indikatoren zur Besteuerung 89
A20.1. Wichtige Wirtschafts- und Finanzindikatoren 91
A21.1. Schuldentragfähigkeitsanalyse – Österreich 94
A21.2. Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Österreich 94

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

A1.1. Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in Österreich 29
A2.1. Österreichs Fortschritte bei den länderspezifischen Empfehlungen 2019-2023 (Europäisches Semester 2024) 30
A3.1. Im Rahmen der ARF insgesamt ausgezahlte Zuschüsse 35
A4.1. Verteilung der kohäsionspolitischen Mittel auf die politischen Ziele in Österreich 37
A4.2. Verteilung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität nach Säulen in Österreich 38
A6.1. THG-Emissionen aus den Lastenteilungssektoren in Mio. t CO2-Äq., 2005-2022 41
A6.2. Veränderungen der Viehbesatzdichte und des biologischen Landbaus 43
A6.3. Investitionslücke im Umweltbereich, Jahresdurchschnitt 44
A7.1. Österreichische Energieeinzelhandelspreise für Haushalte sowie Industrie und Dienstleistungen 46
A7.2. Entwicklung der Strompreise für Nichthaushaltskunden (EU- und ausländische Partner) 47
A7.3. Österreichs installierte Kapazität an erneuerbaren Energien (links) und Stromerzeugungsmix (rechts) 48
A8.1. Herausforderungen für einen gerechten ökologischen Wandel in Österreich 53
A8.2. Quote unbesetzter Stellen in vom Wandel betroffenen Sektoren sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 53
A9.1. EHS-Emissionen nach Sektoren seit 2013 55
A9.2. Behandlung von Siedlungsabfällen 56
A11.1. Beschäftigungsanteil wachstumsstarker Unternehmen gemessen an der Beschäftigung (%) 61
A12.1. Reale Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde auf Branchenebene (Index, 2015 = 100) 63
A12.2. Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie (in % insgesamt) 66
A13.1. Leistungsfähigkeit der Regierung 69
A15.1. Quoten der unterdurchschnittlichen Leistung nach Bereichen, PISA 2012, 2018 und 2022 75
A16.1. Lebenserwartung bei der Geburt, Jahre 78
A16.2. Voraussichtlicher Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben im Zeitraum 2024-2070 78
A17.1. Österreich, NUTS 2: Durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum im Vergleich zum Pro-Kopf-BIP 81
A17.2. Entwicklung der Arbeitsproduktivität (tatsächliche BWS je Arbeitnehmer) in Österreich 82
A18.1. Wohnimmobilienpreise und Hypothekarkredite 87
A19.1. Steuereinnahmen aus verschiedenen Steuerarten, % der gesamten Einnahmen 89
A19.2. Steuer- und Abgabenbelastung für Allein- und Zweitverdiener als Prozentsatz der Gesamtarbeitskosten, 2023 89

VERZEICHNIS DER EINGEFÜGTEN KARTEN

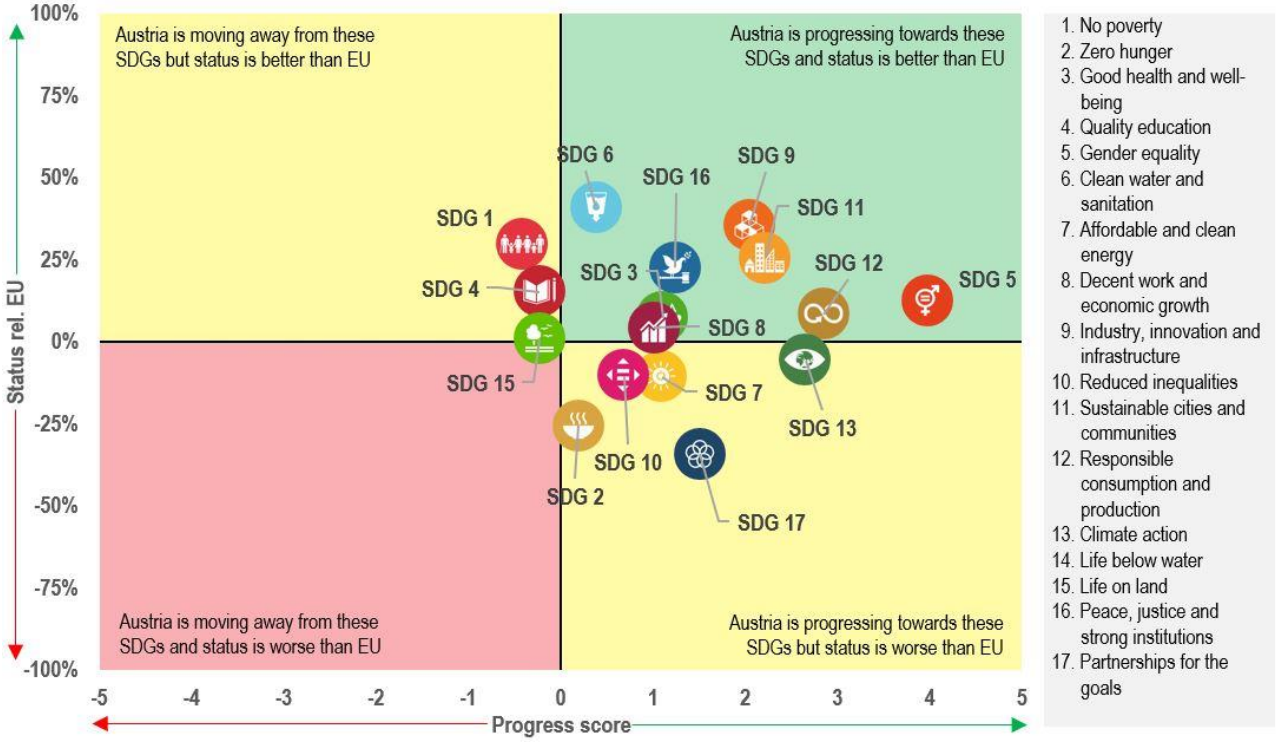
A17.1. Österreich, NUTS 2: BIP-Wachstum pro Kopf 2013-2022 82

ANHANG 1: ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (SDG)

In diesem Anhang werden die Fortschritte Österreichs bei den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) anhand der vier Dimensionen der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit bewertet. Die 17 SDG und die dazugehörigen Indikatoren bilden den politischen Rahmen für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Ziel ist es, alle Formen der Armut zu beseitigen, Ungleichheiten zu bekämpfen, den Klimawandel und die Umweltkrise anzugehen und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich diesem historischen globalen Rahmenabkommen verpflichtet und sind entschlossen, die Verwirklichung der SDG bestmöglich voranzutreiben. Die folgende Abbildung beruht auf dem EU-SDG-Indikatorensatz, mit dem die Fortschritte bei den SDG im EU-Kontext überwacht werden.

Österreich schneidet in Bezug auf die meisten SDG-Indikatoren zur *ökologischen Nachhaltigkeit* gut ab oder erzielt Fortschritte (SDG 2, 6, 7, 9, 11, 12, 13, 14), allerdings entfernt es sich vom Ziel „Leben an Land" (SDG 15). In der Vergangenheit hat Österreich beim Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch sehr gut abgeschnitten. Es konnte diesen Anteil von 33,1 % im Jahr 2017 auf 33,8 % im Jahr 2022 erhöhen, was deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt (23,0 % im Jahr 2022). Mit mehreren Maßnahmen des ARP wird das Ziel verfolgt, weitere Einsparungen bei den THG-Emissionen zu erzielen, und sie dürften sich positiv auf die ökologische Nachhaltigkeit Österreichs auswirken. Zu diesen Maßnahmen gehören die ökosoziale Steuerreform, das Gesetz zum Ausbau erneuerbarer Energien und Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, die emissionsfreie Mobilität und die biologische Vielfalt. Im Hinblick auf SDG 15 (Leben an Land) entfernt sich Österreich etwas

Abbildung A1.1: **Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele in Österreich**



Detaillierte Datensätze zu den einzelnen SDG enthält der jährliche Eurostat-Bericht „Sustainable Development in the European Union"; für Einzelheiten zu umfangreichen länderspezifischen Daten über die kurzfristigen Fortschritte der Mitgliedstaaten: Key findings – Sustainable development indicators - Eurostat (europa.eu). Ein hoher Status impliziert nicht, dass ein Land kurz vor der Verwirklichung eines bestimmten SDG steht, sondern signalisiert, dass es besser abschneidet als der EU-Durchschnitt. Der Fortschrittswert ist ein absolutes Maß, das sich aus den Trends bei den Indikatoren in den letzten fünf Jahren ergibt. Bei der Berechnung werden keine Zielwerte berücksichtigt, da die meisten politischen Ziele der EU für die EU insgesamt gelten. Abhängig von den Daten, die für jedes Ziel verfügbar sind, werden nicht alle 17 SDG für jedes Land angezeigt. Quelle:
Quelle: Eurostat, Datum der letzten Aktualisierung: 25. April 2024. Die Daten beziehen sich hauptsächlich auf die Zeiträume 2017-2022 oder 2018-2023. Die Daten zu den Nachhaltigkeitszielen können innerhalb dieses Berichts und seiner Anhänge wegen unterschiedlicher Stichtage variieren.

vom Ziel, vor allem aufgrund der anhaltenden Bodenversiegelung (der Index stieg von 103,3 im Jahr 2015 auf 106,7 im Jahr 2018) und der zunehmenden Auswirkungen der Dürre auf die Ökosysteme. Die 2022 von Österreich veröffentlichte Biodiversitätsstrategie und der im Rahmen des österreichischen ARP eingerichtete Biodiversitätsfonds werden dazu beitragen, diesen Rückstand aufzuholen.

Während Österreich bei den SDG-Indikatoren zur *Fairness* (SDG 1, 3, 5, 7, 8, 10) im Allgemeinen gut abschneidet bzw. Fortschritte erzielt, sind bei einigen Indikatoren in Bezug auf hochwertige Bildung (SDG 4) negative Entwicklungen zu verzeichnen. Österreich schneidet beim Indikator der Lebenserwartung bei guter Gesundheit besser ab (SDG 3; 61,8 Jahre im Jahr 2021 gegenüber 57 Jahren im Jahr 2016; EU-Durchschnitt: 63,6 Jahre im Jahr 2021). Österreich hat den Kurs Quote der Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit umgekehrt (SDG 1; 8,2 % im Jahr 2022 gegenüber 7,7 % im Jahr 2017), aber die Langzeitarbeitslosenquote hat sich weiter verbessert (SDG 8; 1,1 % im Jahr 2023 gegenüber 1,7 % im Jahr 2018; EU-Durchschnitt: 2,1 %). In Bezug auf das SDG 4 (hochwertige Bildung) stieg die Beteiligungsquote an der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (für 3- bis 5-Jährige) im Jahr 2021 auf 89 %, und der Anteil der Erwachsenen mit Hochschulabschluss wuchs kontinuierlich von 40,3 % im Jahr 2017 auf 43,1 % im Jahr 2022. Allerdings gibt es noch Verbesserungsbedarf, wenn es darum geht, Chancengleichheit in der Bildung zu gewährleisten, insbesondere für benachteiligte junge Menschen. Verbesserungspotenzial besteht ferner in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion. Diesen Aspekten wird durch mehrere Maßnahmen im österreichischen ARP Rechnung getragen, die ausgerichtet sind auf: i) Zugang zu Bildung, Weiterbildung und Umschulung, ii) Unterstützung für sozial benachteiligte Frauen.

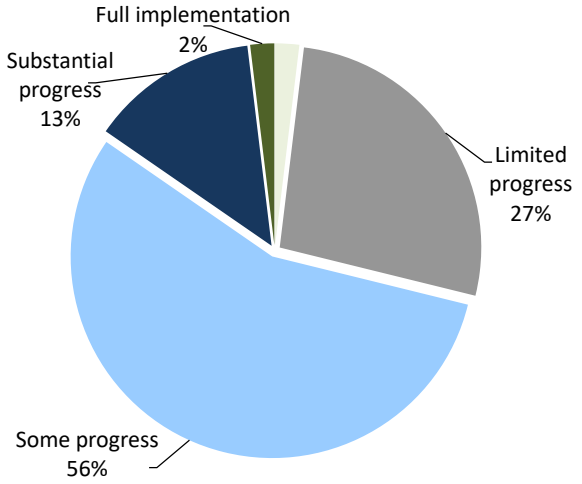
Österreich schneidet bei den meisten SDG-Indikatoren im Zusammenhang mit *Produktivität* (SDG 8 und 9) und bei den produktivitätsbezogenen Indikatoren im Bereich der hochwertigen Bildung (SDG 4) gut oder sehr gut ab. Im Vergleich zum EU-Durchschnitt (55,6 %) schneidet Österreich bei den digitalen Kompetenzen verhältnismäßig gut ab: 64,7 % der Erwachsenen verfügten 2023 über zumindest grundlegende digitale Kompetenzen. Österreich schneidet beim SDG 8 (menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) und SDG 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) gut ab. Mit einem Anteil von 3,2 % des BIP im Jahr 2022 zählt Österreich zu den Ländern in der EU, die am meisten für FuE ausgeben. Der Anteil des FuE-Personals an der Erwerbsbevölkerung stieg von 1,71 % im Jahr 2016 auf 2,02 % im Jahr 2022 (EU-Durchschnitt: 1,53 % im Jahr 2022). Der österreichische ARP umfasst mehrere Maßnahmen, die auf die Beseitigung von Engpässen bei der Digitalisierung und auf erhebliche Investitionen in strategische Forschung und Innovation (FuI) abzielen. Dies dürfte zur Verwirklichung dieser SDG beitragen.

Insgesamt schneidet Österreich bei den Indikatoren für *makroökonomische Stabilität* (SDG 8 und 16) gut ab, während bei den Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (SDG 17) Aufholbedarf besteht. Österreich schneidet in Bezug auf das SDG 8 gut ab und hat seinen Anteil der Investitionen am BIP von 23,6 % im Jahr 2017 auf 25,3 % im Jahr 2022 deutlich gesteigert (EU-Durchschnitt 22,9 % im Jahr 2022). Darüber hinaus erreicht Österreich hohe Werte bei den Indikatoren für „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen" (SDG 16), was ein stabiles und berechenbares Unternehmensumfeld belegt. Der ARP umfasst mehrere gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Pensionssystems und der Qualität der öffentlichen Ausgaben, und er dürfte somit auch in gewissem Maße zur langfristigen makroökonomischen Stabilität Österreichs beitragen. Bei den Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (SDG 17) hat Österreich zwar Fortschritte erzielt, schneidet aber im Vergleich zum EU-Durchschnitt immer noch schlecht ab, insbesondere im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe und dem Anteil der Haushalte mit Hochgeschwindigkeits-Internetanschluss.

Da die SDG einen übergreifenden Rahmen bilden, werden alle Verbindungen zu relevanten SDG in den anderen Anhängen entweder erläutert oder mit Symbolen dargestellt.

Die Kommission hat die an Österreich gerichteten länderspezifischen Empfehlungen 2019-2023[32] **im Rahmen des Europäischen Semesters bewertet.** Diese Empfehlungen betreffen ein breites Spektrum von Politikbereichen, die mit 14 der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Zusammenhang stehen (siehe Anhänge 1 und 3). In der Bewertung werden die bisher von Österreich ergriffenen politischen Maßnahmen[33] und die Zusagen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans (ARP) ([34]) berücksichtigt. In diesem Stadium der Umsetzung des ARP wurden bei 71 % der länderspezifischen Empfehlungen für die Jahre 2019-2023, die strukturelle Fragen betreffen, zumindest „einige Fortschritte" festgestellt, während bei 29 % „begrenzte Fortschritte" oder „keine Fortschritte" verzeichnet wurden (siehe Abbildung A2.1). Mit der weiteren Umsetzung des ARP werden in den kommenden Jahren beträchtliche Fortschritte bei den strukturellen länderspezifischen Empfehlungen erwartet.

Abbildung A2.1: **Österreichs Fortschritte bei den länderspezifischen Empfehlungen 2019-2023 (Europäisches Semester 2024)**



Quelle: Europäische Kommission.

[32] Länderspezifische Empfehlungen 2023: EUR-Lex – 32023H0901(20) – DE – EUR-Lex (europa.eu).

Länderspezifische Empfehlungen 2022: EUR-Lex – 32022H0901(20) – DE – EUR-Lex (europa.eu).

Länderspezifische Empfehlungen 2021: EUR-Lex – 32021H0729(20) – DE – EUR-Lex (europa.eu).

Länderspezifische Empfehlungen 2020: EUR-Lex – 32020H0826(20) – DE – EUR-Lex (europa.eu).
Länderspezifische Empfehlungen 2019: EUR-Lex – 32019H0905(20) – DE – EUR-Lex (europa.eu).

[33] Einschließlich der in der Berichterstattung über die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) gemeldeten politischen Maßnahmen (halbjährlich veröffentlichte Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung der Etappenziele und Zielwerte auf der Grundlage der Bewertung der Zahlungsanträge).

[34] Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, in ihren Aufbau- und Resilienzplänen alle oder einen wesentlichen Teil der einschlägigen länderspezifischen Empfehlungen des Rates wirksam zu behandeln. Bei der dargestellten Bewertungsübersicht zu den länderspezifischen Empfehlungen wird der Grad der Umsetzung der im ARP enthaltenen Maßnahmen sowie der Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Bewertung außerhalb des ARP durchgeführt wurden, berücksichtigt. Die im Anhang des angenommenen Durchführungsbeschlusses des Rates zur Billigung der Bewertung des Aufbau- und Resilienzplans festgelegten Maßnahmen, die noch nicht angenommen oder umgesetzt wurden, aber gemäß der Bewertungsmethodik der länderspezifischen Empfehlungen als glaubhaft angekündigt gelten, werden als „begrenzter Fortschritt" eingestuft. Sobald diese Maßnahmen umgesetzt wurden, können sie je nach ihrer Relevanz zu „einigen/substanziellen Fortschritten" oder zur „vollständigen Umsetzung" führen.

Tabelle A2.1: **Übersichtstabelle zu den länderspezifischen Empfehlungen 2019-2023**

Austria	Assessment in May 2024*	RRP coverage of CSRs until 2026**	Relevant SDGs
2019 CSR 1	**Limited progress**		
Ensure the sustainability of the health,	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022 and 2023.	SDG 3
long-term care,	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 3
and pension systems, including by adjusting the statutory retirement age in view of expected gains in life expectancy.	Limited progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 8
Simplify and rationalise fiscal relations and responsibilities across layers of government and align financing and spending responsibilities.	Limited progress	Relevant RRP measures planned as of 2022.	SDG 8, 16
2019 CSR 2	**Limited progress**		
Shift taxes away from labour to sources less detrimental to inclusive and sustainable growth.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 10, 12
Support full-time employment among women, including by improving childcare services,	Limited progress	Relevant RRP measures planned as of 2023.	SDG 4, 5, 8, 10
and boost labour market outcomes for the low skilled in continued cooperation with the social partners.	Limited progress	Relevant RRP measures planned as of 2020.	SDG 8, 10
Raise the levels of basic skills for disadvantaged groups, including people with a migrant background.	Limited progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2025.	SDG 4, 8, 10
2019 CSR 3	**Some progress**		
Focus investment-related economic policy on research and development, innovation,	Substantial Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022 and 2024.	SDG 9, 10, 11
digitalisation,	Some progress	Relevant RRP measures planned as of 2021 and 2022.	SDG 9, 10, 11
and sustainability, taking into account regional disparities.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and 2021 and planned as of 2022, 2023 and 2024.	SDG 1, 7, 8, 9, 10, 11, 13
Support productivity growth by stimulating digitalisation of businesses and company growth	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022.	SDG 8, 9
and by reducing regulatory barriers in the service sector.	Limited progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 9
2020 CSR 1	**Some progress**		
Take all necessary measures, in line with the general escape clause of the Stability and Growth Pact, to effectively address the COVID-19 pandemic, sustain the economy and support the ensuing recovery. When economic conditions allow, pursue fiscal policies aimed at achieving prudent medium-term fiscal positions and ensuring debt sustainability, while enhancing investment.	Not relevant anymore	Not applicable	SDG 8, 16
Improve the resilience of the health system by strengthening public health and primary care.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022 and 2023.	SDG 3
2020 CSR 2	**Some progress**		
Ensure equal opportunities in education	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2025.	SDG 4, 8, 10
and increased digital learning.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and 2021.	SDG 4
2020 CSR 3	**Substantial Progress**		
Ensure an effective implementation of liquidity and support measures, in particular for small and medium-sized enterprises,	Full Implementation	Not applicable	SDG 8, 9
and reduce administrative and regulatory burden.	Substantial Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 9
Front-load mature public investment projects	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 16
and promote private investment to foster the economic recovery.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 9
Focus investment on the green and digital transition, in particular on basic and applied research, as well as innovation,	Substantial Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022 and 2024.	SDG 9
sustainable transport,	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and 2021 and planned as of 2022.	SDG 11
clean and efficient production and use of energy.	Some progress	Relevant RRP measures planned as of 2021 and 2022.	SDG 7, 9, 13
2020 CSR 4	**Some progress**		
Make the tax mix more efficient and more supportive to inclusive and sustainable growth.	Some progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 10, 12

(Fortsetzung nächste Seite)

Tabelle (Fortsetzung)

2021 CSR 1	**Substantial progress**		
In 2022, maintain a supportive fiscal stance, including the impulse provided by the Recovery and Resilience Facility, and preserve nationally financed investment. Keep the growth of nationally financed current expenditure under control.	Not relevant anymore	Not applicable	SDG 8, 16
When economic conditions allow, pursue a fiscal policy aimed at achieving prudent medium-term fiscal positions and ensuring fiscal sustainability in the medium term.	Not relevant anymore	Not applicable	SDG 8, 16
At the same time, enhance investment to boost growth potential. Pay particular attention to the composition of public finances, on both the revenue and expenditure sides of the budget, and to the quality of budgetary measures in order to ensure a sustainable and inclusive recovery. Prioritise sustainable and growth-enhancing investment, in particular investment supporting the green and digital transition.	Not relevant anymore	Not applicable	SDG 8, 16
Give priority to fiscal structural reforms that will help provide financing for public policy priorities and contribute to the long-term sustainability of public finances, including, where relevant, by strengthening the coverage, adequacy and sustainability of health and social protection systems for all.	Not relevant anymores	Not applicable	SDG 8, 16
2022 CSR 1	**Some progress**		
In 2023, ensure that the growth of nationally-financed primary current expenditure is in line with an overall neutral policy stance, taking into account continued temporary and targeted support to households and firms most vulnerable to energy price hikes and to people fleeing Ukraine. Stand ready to adjust current spending to the evolving situation.	Substantial progress	Not applicable	SDG 8, 16
Expand public investment for the green and digital transitions, and for energy security taking into account the REPowerEU initiative, including by making use of the Recovery and Resilience Facility and other Union funds.	Substantial progress	Not applicable	SDG 8, 16
For the period beyond 2023, pursue a fiscal policy aimed at achieving prudent medium-term fiscal positions.	Substantial Progress	Not applicable	SDG 8, 16
Ensure the adequacy and fiscal sustainability of the long-term care system.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 3
Simplify and rationalise fiscal relations and responsibilities across layers of government and align financing and spending responsibilities.	Limited Progress	Relevant RRP measures planned as of 2022.	SDG 8, 16
Improve the tax mix to support inclusive and sustainable growth.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 10, 12
2022 CSR 2			
Proceed with the implementation of its recovery and resilience plan, in line with the milestones and targets included in the Council Implementing Decision of 13 July 2021.	RRP implementation is monitored by assessing RRP payment requests and analysing reports published twice a year on the achievement of the milestones and targets. These are to be reflected in the country reports.		
Swiftly finalise the negotiations with the Commission of the 2021-2027 cohesion policy programming documents with a view to starting their implementation.	Progress on the cohesion policy programming documents is monitored under the EU cohesion policy.		
2022 CSR 3	**Limited Progress**		
Boost labour market participation of women, including by enhancing quality childcare services,	Limited Progress	Relevant RRP measures planned as of 2023.	SDG 4, 5, 8, 10
and improve labour market outcomes for disadvantaged groups.	Limited Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2025.	SDG 8, 10
2022 CSR 4	**Some Progress**		
Reduce overall reliance on fossil fuels, and diversify imports of fossil fuels,	Limited Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 7, 9, 13
by accelerating the deployment of renewable energy and of the necessary infrastructure, in particular by simplifying planning and further streamlining permitting procedures,	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 7, 8, 9, 13
and enhancing energy efficiency, in particular in the industry and building sectors	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022.	SDG 7
and diversifying energy supplies, as well as increasing flexibility and reverse-flow capacity of interconnections	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 7, 9

(Fortsetzung nächste Seite)

Tabelle (Fortsetzung)

2023 CSR 1	**Some Progress**		
Wind down the emergency energy support measures in force, using the related savings to reduce the government deficit, as soon as possible in 2023 and 2024. Should renewed energy price increases necessitate new or continued support measures, ensure that these are targeted at protecting vulnerable households and firms, fiscally affordable and preserve incentives for energy savings.	Some Progress	Not applicable	SDG 8, 16
Ensure prudent fiscal policy, in particular by limiting the nominal increase in nationally-financed net primary expenditure in 2024 to not more than 4.6%.	No Progress	Not applicable	SDG 8, 16
Preserve nationally-financed public investment and ensure the effective absorption of RRF grants and other EU funds, in particular to foster the green and digital transitions.	Some Progress		SDG 8, 16
For the period beyond 2024, continue to pursue a medium-term fiscal strategy of gradual and sustainable consolidation, combined with investments and reforms conducive to higher sustainable growth, to achieve a prudent medium-term fiscal position.	Substantial Progress	Not applicable	SDG 8, 16
Ensure the adequacy and fiscal sustainability of the long-term care system	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 3, 8
and the fiscal sustainability of the health care system.	Some Progress		SDG 3, 8
Simplify and rationalise fiscal relationships and responsibilities across layers of government and align financing and spending responsibilities.	Limited Progress	Relevant RRP measures planned as of 2022.	SDG 8, 16
Improve the tax mix to support inclusive and sustainable growth.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021.	SDG 8, 10, 12
2023 CSR 2			
Continue the steady implementation of its recovery and resilience plan and swiftly finalise the REPowerEU chapter with a view to rapidly starting its implementation. Proceed with the speedy implementation of cohesion policy programmes, in close complementarity and synergy with the recovery and resilience plan.	RRP implementation is monitored through the assessment of RRP payment requests and analysis of the bi-annual reporting on the achievement of the milestones and targets, to be reflected in the country reports. Progress with the cohesion policy is monitored in the context of the Cohesion Policy of the European Union.		
2023 CSR 3	**Limited Progress**		
Boost labour market participation of women, including by enhancing quality childcare services,	Limited Progress	Relevant RRP measures planned as of 2023.	SDG 4, 5, 8, 10
and of older workers, and improve labour market outcomes for disadvantaged groups, such as low-skilled jobseekers and people with a migrant background, including by raising their levels of basic skills.	Limited Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2025.	SDG 4, 5, 8, 10
2023 CSR 4	**Some Progress**		
Reduce overall reliance on fossil fuels and	Limited Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 7, 9, 13
diversify gas supply sources to significantly decrease dependence on Russia.	Limited Progress		SDG 7, 8, 9
Accelerate the deployment of renewable energy and the necessary infrastructure, in particular by simplifying permitting procedures and putting in place dedicated acceleration areas.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2020 and planned as of 2022.	SDG 7, 9, 13
Improve energy efficiency.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2022.	SDG 7, 9, 13
Reduce emissions, in particular in the transport sector.	Some Progress	Relevant RRP measures planned as of 2023.	SDG 7, 9, 13
Step up policy efforts aimed at the provision and acquisition of skills and competences needed for the green transition.	Some Progress	Relevant RRP measures being implemented as of 2021 and planned as of 2024.	SDG 4, 7, 13

Anmerkung:

* Siehe Fußnote [34].

** Die ARP-Maßnahmen in dieser Tabelle tragen zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen bei. Es könnten jedoch zusätzliche Maßnahmen außerhalb des ARP erforderlich sein, um die länderspezifischen Empfehlungen vollständig umzusetzen und die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen. Die als „in Umsetzung" bezeichneten Maßnahmen sind nur jene, die in den bei der Europäischen Kommission eingereichten und von ihr positiv bewerteten Zahlungsanträgen für die Aufbau- und Resilienzfazilität enthalten sind.

Quelle: Europäische Kommission.

Dieser Anhang enthält eine Momentaufnahme der Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans (ARP) Österreichs nach der Hälfte der Laufzeit der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Die Aufbau- und Resilienzfazilität hat sich als zentral für die Erholung der EU von der COVID-19-Pandemie, als Beitrag zur Beschleunigung des ökologischen und digitalen Wandels bei gleichzeitiger Anpassung an geopolitische und wirtschaftliche Entwicklungen und für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Schocks erwiesen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität trägt auch zur Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und zur Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen bei (siehe Anhang 2).

Der Aufbau- und Resilienzplan ebnet den Weg für die Auszahlung von bis zu 3,96 Mrd. EUR an Zuschüssen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität im Zeitraum 2021-2026, was 0,8 % des österreichischen BIP entspricht.[35] Bis Mitte Mai 2024 wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität 1,19 Mrd. EUR an Österreich ausgezahlt.

Zuschüsse im Umfang von 2,8 Mrd. EUR aus der Aufbau- und Resilienzfazilität stehen Österreich noch zur Verfügung. Ihre Auszahlung wird nach der Bewertung der künftigen Erfüllung der im Durchführungsbeschluss des Rates[36] (CID) festgelegten 134 Etappenziele und Zielwerte[37] erfolgen, bevor die für die Aufbau- und Resilienzfazilität festgelegte Frist 2026 endet.

Die von Österreich bei der Umsetzung seines Plans erzielten Fortschritte werden im Aufbau- und Resilienzscoreboard erfasst.[38] Das Scoreboard gibt einen Überblick über die Fortschritte bei der Durchführung der Aufbau- und Resilienzfazilität insgesamt. Abbildung A3.1 zeigt den aktuellen Stand der Dinge, wie er im Scoreboard zum Ausdruck kommt.

Der Aufbau- und Resilienzplan Österreichs enthält ein REPowerEU-Kapitel, das darauf abzielt, die Abhängigkeit des Landes von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden, seine Energieversorgung zu diversifizieren und in den kommenden Jahren mehr saubere Energie zu erzeugen. Um die Umsetzung des REPowerEU-Kapitels anzustoßen, wurde am 21. Dezember 2023 ein Betrag von 42,1 Mio. EUR als Vorfinanzierung ausgezahlt. Dies trug dazu bei, einschlägige Reformen einzuleiten, wie die Straffung der Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere für Windparks.

Der Plan legt den Schwerpunkt in hohem Maße auf den grünen Wandel und sieht 56 % der verfügbaren Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung der Klimaschutzziele sowie 36 % der Gesamtmittel für die Unterstützung des digitalen Wandels vor. Zugleich bleibt mit Sozialschutzmaßnahmen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Kompetenzen, Gesundheitsversorgung, Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie Forschung und Innovation, eine starke soziale Dimension erhalten.

Tabelle A3.1: **Wichtigste Fakten des österreichischen ARP**

Initial plan CID adoption date	13 July 2021
Scope	Revised plan with REPowerEU chapter
Last major revision	9 November 2023
Total allocation	EUR 3.96 billion in grants (0.8% of 2023 GDP)
Investments and reforms	34 investments and 29 reforms
Total number of milestones and targets	178
Fulfilled milestones and targets	44 (24.7% of total)

Quelle: Aufbau- und Resilienzscoreboard

Ein Zahlungsantrag ist vollständig abgewickelt, d. h. die Umsetzung des österreichischen ARP läuft. Um eine

[35] Die Angaben zum BIP basieren auf Daten aus dem Jahr 2023. Quelle: https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html?lang=en

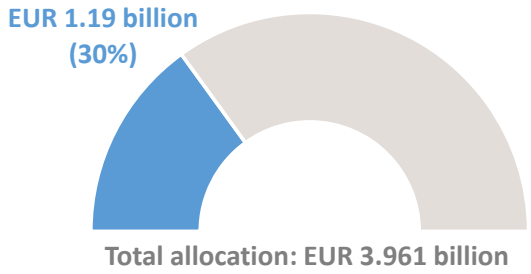
[36] https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10159-2021-ADD-1/en/pdf

[37] Ein Etappenziel oder Zielwert gilt als zufriedenstellend erreicht, wenn ein Mitgliedstaat gegenüber der Kommission nachgewiesen hat, dass er das Etappenziel oder den Zielwert erreicht hat, und die Kommission dies in einem Durchführungsbeschluss positiv bewertet hat.

[38] https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/country_overview.html

rechtzeitige Vollendung sicherzustellen, muss jedoch noch mehr getan werden. Die Kommission gab am 10. März 2023 nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Finanzausschusses eine positive Bewertung zum Zahlungsantrag Österreichs ab, woraufhin am 20. April 2023 finanzielle Unterstützung in Höhe von 700 Mio. EUR ausgezahlt wurde.[39] Die entsprechenden 44 Etappenziele und Zielwerte umfassten Reformen und Investitionen wie das Inkrafttreten eines Gesetzes zum Ausbau erneuerbarer Energien, mit dem der Ausbau der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen beschleunigt werden soll, und andere in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Energieeffizienz und Digitalisierung von Schulen.

Abbildung A3.1: **Im Rahmen der ARF insgesamt ausgezahlte Zuschüsse**



Anmerkung: Diese Abbildung zeigt die bisher im Rahmen der ARF ausgezahlten Zuschüsse, einschließlich Vorfinanzierung. Zuschüsse sind nicht rückzahlbare Finanzhilfen. Der Gesamtbetrag der jedem Mitgliedstaat gewährten nicht rückzahlbaren Finanzhilfen wird durch einen Verteilungsschlüssel und die geschätzten Gesamtkosten des jeweiligen ARP bestimmt.
Quelle: Aufbau- und Resilienzscoreboard

Zum 15. Mai 2024 befand sich der zweite Zahlungsantrag Österreichs in Vorbereitung. Tabelle A3.2 enthält einige einschlägige Maßnahmen, die bereits verwirklicht wurden, und einige, die vor 2026 umgesetzt werden sollen, um die österreichische Wirtschaft umweltfreundlicher, digitaler, inklusiver und widerstandsfähiger zu machen.

Tabelle A3.2: **Maßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan**

Reforms and investments implemented
• Introduction of 1-2-3 climate ticket • Eco-social tax reform • Exchange of oil and gas heating systems
Upcoming reforms and investments
• Reform of the long-term care system • Cultural and art objects digitalisation programme • Start-up package

Quelle: FENIX

[39] Bei Auszahlung der beantragten Zahlungen wird die Vorfinanzierung anteilig verrechnet. Hier sind die Nettobeträge angegeben.

Mit den EU-Finanzierungsinstrumenten werden den EU-Mitgliedstaaten beträchtliche Mittel für die Erholung und das Wachstum ihrer Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Zusätzlich zu den in Anhang 3 beschriebenen 3,96 Mrd. EUR an Mitteln aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) werden Österreich aus den kohäsionspolitischen Fonds[40] für den Zeitraum 2021-2027 1,1 Mrd. EUR bereitgestellt[41]. Die Unterstützung aus diesen beiden Instrumenten macht zusammen rund 1,05 % des BIP des Landes im Jahr 2023 aus, verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 5,38 % des BIP.[42] Die Kohäsionspolitik unterstützt die regionale Entwicklung, die wirtschaftliche, soziale und territoriale Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit durch langfristige Investitionen im Einklang mit den Prioritäten der EU und mit nationalen und regionalen Strategien.

Im Programmplanungszeitraum 2014-2020 wurde die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs durch die kohäsionspolitischen Mittel gestärkt, insbesondere in den Bereichen Forschung und Innovation, Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Bildung und Kompetenzen. Bis zum Ende des Förderzeitraums im Dezember 2023 waren Österreich aus den kohäsionspolitischen Fonds 2014-2020[43] Mittel in Höhe von 1,3 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt worden[44], von denen 762,4 Mio. EUR seit dem Beginn der COVID-19-Pandemie im März 2020 ausgezahlt wurden[45]. Zu den Errungenschaften der kohäsionspolitischen Fonds im Programmplanungszeitraum gehörte die Unterstützung für die Entwicklung von Forschungs- und Innovationsinfrastrukturen und -projekten, durch die bislang mehr als 400 neue Arbeitsplätze in der Forschung geschaffen wurden. Insgesamt 780 Unternehmen haben Finanzmittel erhalten, hauptsächlich für produktive Investitionen und die Steigerung der Energieeffizienz, was zu mehr als 1,4 Mrd. EUR an privaten Investitionen geführt hat. Die Förderung der Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien hat zu einer jährlichen Verringerung der Treibhausgasemissionen um 124 000 Tonnen CO_2-Äquivalent geführt. Im selben Zeitraum erhielten mehr als 109 000 junge Menschen in Österreich Unterstützung im Rahmen von Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF), wobei 265,4 Mio. EUR für die Prävention vorzeitiger Schulabbrüche bereitgestellt wurden. Darüber hinaus wurden mehr als 313 000 Teilnehmer mit ESF-finanzierten Maßnahmen erreicht, einschließlich der Unterstützung für arbeitsmarktferne Menschen, um Qualifikationen zu erwerben und Arbeitsplätze zu finden.

Im laufenden Programmplanungszeitraum 2021-2027 wird die Kohäsionspolitik die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, den ökologischen Wandel und den sozialen Zusammenhalt weiter stärken und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der österreichischen Bevölkerung verbessern. Im Zeitraum 2021-2027 wird der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) die Effizienz und die wirtschaftliche Nutzung wissenschaftlicher Leistungen erhöhen und die Produktivität steigern, indem Forschungs- und Innovationsausrüstung gefördert wird, was 741 Forschern zugutekommt. Unterstützung für Energieeffizienzmaßnahmen in Unternehmen und kommunalen Stellen wird die Treibhausgasemissionen um nahezu 270 000 CO_2-Äquivalent pro Jahr verringern. Durch Investitionen in KMU und die Stärkung des Umfelds für Start-up-Unternehmen wird der Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) die Diversifizierung hin zu nachhaltigen und innovationsorientierten Wirtschaftstätigkeiten im Einklang mit den Zielen des Grünen Deals fördern. Zu diesem Zweck werden aus dem Fonds für einen gerechten Übergang 60 Unternehmen unterstützt und Gründungskapazitäten für 29 Unternehmen

[40] Im Zeitraum 2021-2027 umfassen die kohäsionspolitischen Fonds den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus und den Fonds für einen gerechten Übergang.

[41] Programme der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) sind nicht in der Abbildung enthalten. Im Zeitraum 2021-2027 belaufen sich die Gesamtinvestitionen, einschließlich der nationalen Finanzierung, auf 2,9 Mrd. EUR.

[42] Die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität umfassen gegebenenfalls sowohl Zuschüsse als auch Darlehen. Der EU-Durchschnitt wird für die kohäsionspolitischen Fonds ohne ETZ-Programme berechnet. Die BIP-Zahlen basieren auf Eurostat-Daten für 2022.

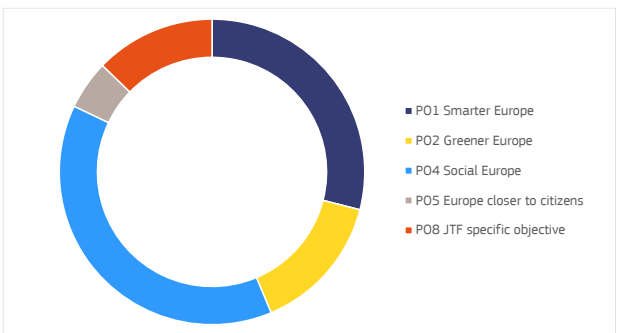
[43] Im Zeitraum 2014-2020 umfassten die kohäsionspolitischen Fonds den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds. REACT-EU-Mittel sind enthalten, ETZ-Programme sind jedoch ausgeschlossen.

[44] Im Zeitraum 2014-2020 belief sich die Gesamtinvestitionen, einschließlich der nationalen Finanzierung, auf 3,6 Mrd. EUR.

[45] Stichtag: 14. Mai 2024.

geschaffen. Ergänzt wird dies durch eine JTF-Unterstützung für Forschungs- und Innovationsprojekte, die den Übergang zu emissionsarmen und emissionsfreien Technologien ermöglichen und 210 Forschern zugutekommen. Aus dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), der mit Mitteln in Höhe von insgesamt 393 Mio. EUR ausgestattet ist, werden 128 Mio. EUR für die Durchführung von Maßnahmen bereitgestellt, die darauf abzielen, die Bildungsergebnisse zu verbessern und vorzeitige Schulabbrüche zu verhindern, insbesondere für Schüler, die in der Schule Schwierigkeiten haben (vor allem Schüler aus benachteiligten sozioökonomischen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund). Im Bereich der sozialen Inklusion werden 114 Mio. EUR aus ESF+-Mitteln zur Finanzierung von Maßnahmen zur Unterstützung der Integration in den Arbeitsmarkt und zur Förderung der aktiven Inklusion, einschließlich von Menschen mit Behinderungen, verwendet. Aus dem Fonds für einen gerechten Übergang werden auch rund 60 Mio. EUR in ESF+-ähnliche Maßnahmen investiert, z. B. i) die Einrichtung einer Öko-Tech-Akademie, ii) Durchführung von Schulungen in den Bereichen ökologische Nachhaltigkeit, Photovoltaik und Elektromobilität, und iii) gezielte Berufsberatung und Unterstützung von Arbeitgebern bei der Vermittlung grüner Kompetenzen. Mit dieser Arbeit trägt die Kohäsionspolitik zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Österreich bei, insbesondere SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), SDG 9 (Industrie, Innovation, Infrastruktur) und SDG 1 (Keine Armut).

Abbildung A4.1: **Verteilung der kohäsionspolitischen Mittel auf die politischen Ziele in Österreich**



Quelle: Europäische Kommission.

Durch kombinierte Maßnahmen verstärken sich die Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzplan (ARP) in Österreich gegenseitig. So unterstützt der EFRE beispielsweise Start-up-Dienstleistungen in allen Regionen des Landes, z. B. Dienstleistungen zur Betreuung wissensintensiver Start-up-Unternehmen und zur Bereitstellung von Inkubationskapazitäten. Ergänzt wird dies durch eine Reform im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans, die Start-up-Unternehmen in der Anfangsphase ihrer Tätigkeit unterstützt, z. B. durch die Einführung einer neuen Rechtsform für Start-up-Unternehmen und die Prüfung weiterer steuerlicher Anreize. Darüber hinaus erhöhen die Kohäsionspolitik und der Aufbau- und Resilienzplan zusammen die Energieeffizienz, um Österreich dabei zu unterstützen, sein ehrgeiziges Ziel, bereits 2040 klimaneutral zu werden, zu erreichen. Das österreichische EFRE- und JTF-Programm unterstützt Unternehmen und Kommunen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz, während mit dem Aufbau- und Resilienzplan Großprojekte in großen Unternehmen und Anlagen im Rahmen des Emissionshandelssystems finanziert werden, damit sie beispielsweise auf erneuerbare Energien umstellen können. Der Beitrag der Kohäsionspolitik und des Aufbau- und Resilienzplans nach politischen Zielen wird in den Abbildungen A4.1 und A4.2 veranschaulicht.

Das Instrument für technische Unterstützung (TSI) unterstützt Österreich bei Investitionen in seine öffentliche Verwaltung und schafft bessere Rahmenbedingungen für EU- und nationale Investitionen. Im Rahmen des Instruments für technische Unterstützung werden seit 2018 Projekte zur Konzeption und Umsetzung wachstumsfördernder Reformen in Österreich finanziert. Die im Rahmen des TSI 2023 geleistete Unterstützung umfasste: i) die Stärkung der Steuerehrlichkeit durch Bereitstellung von verhaltensbezogenen Erkenntnissen für die Steuerverwaltung durch die Umsetzung eines Mehrländerprojekts; ii) die Förderung der TSI-Leitinitiative „Renovierungswelle“ durch Förderung der Dekarbonisierung; iii) die Verbesserung der Qualität und Gerechtigkeit der Schulbildung in Österreich durch Stärkung der Personalplanung und der Personalpolitik für den Lehrerberuf. Das Instrument für technische Unterstützung hilft Österreich auch, seine Gesamtkapazität zu stärken, den Grundsatz der „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ (DNSH) in öffentliche Förderprogramme im Zusammenhang mit seinem Aufbau- und Resilienzplan und Umweltaspekte in die öffentlichen Finanzen zu integrieren.

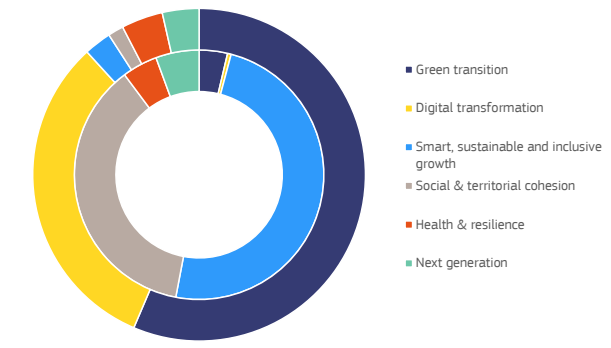
Tabelle A4.1: **Unterstützung aus EU-Instrumenten in Österreich**

EU grants		
	Amount 2014-2020 (EUR million)	Amount 2021-2027 (EUR million)
Cohesion policy	1 250.2	1 066.8
RRF grants (1)	-	3 961.2
Public sector loan facility (grant component) (2)	-	10.3
Common agricultural policy (3)	11 100.0	6 084.0
EMFF/EMFAF (4)	7.0	6.7
Connecting Europe Facility (5)	962.7	238.9
Horizon 2020 / Horizon Europe (6)	1 959.5	1 027.9
LIFE programme (7)	57.8	91.6
EU guarantees		
	EU Guarantee (EUR million)	Volume of operations (EUR million)
European Fund for Strategic Investment 2015-2020 (8)	643.0	1 978.1
InvestEU 2021-2027 (9)	67.2	204.7

(1) Der Durchführungszeitraum der Aufbau- und Resilienzfazilität ist 2021-2026.
(2) Der Programmplanungszeitraum der Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor ist 2021-2025 und der Betrag spiegelt den nationalen Anteil an der bis zum Ende des Zeitraums reservierten Zuschusskomponente wider.
(3) Programmplanungszeiträume der gemeinsamen Agrarpolitik sind die 2014–2022 und 2023-2027.
(4) EMFF – Europäischer Meeres- und Fischereifonds, EMFAF – Europäischer Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds.
(5) Die Daten zur Fazilität „Connecting Europe" beziehen sich auf Verkehr und Energie und haben den 15. Mai 2024 zum Stichtag.
(6) Daten zu Horizont Europa (2021-2027) haben den Stichtag 13. Mai 2024.
(7) Daten für den Zeitraum 2021-2027 für das LIFE-Programm haben den Stichtag 15. Mai 2024.
(8) Der Betrag der im Rahmen des EFSI-Finanzierungsfensters „Infrastruktur und Innovation" unterzeichneten EU-Garantie wurde auf der Grundlage des unterzeichneten Betrags der Vorhaben und des durchschnittlichen internen Multiplikators ermittelt, wie von der EIB gemeldet (Stichtag: 31. Dezember 2023).
(9) Der Betrag der EU-Garantie und das Volumen der im Rahmen von InvestEU unterzeichneten Vorhaben umfassen sowohl die EU-Komponente als auch die Mitgliedstaaten-Komponenten (Stichtag: 31. Dezember 2023).
Quelle: Europäische Kommission.

Österreich erhält auch Mittel aus mehreren anderen EU-Instrumenten, einschließlich der in Tabelle A4.1 aufgeführten.

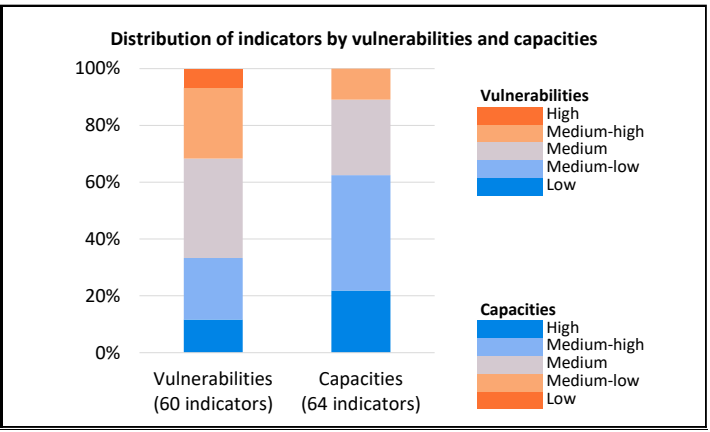
Abbildung A4.2: **Verteilung der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität nach Säulen in Österreich**



(1) Jede Maßnahme des Aufbau- und Resilienzplans trägt dazu bei, die Ziele von zwei der sechs politischen Säulen der Aufbau- und Resilienzfazilität zu erreichen. Der primäre Beitrag wird im äußeren Kreis dargestellt, während der sekundäre Beitrag im inneren Kreis dargestellt wird. Jeder Beitrag entspricht 100 % der ARF-Mittel. Daher beläuft sich der Gesamtbeitrag zu allen in dieser Abbildung dargestellten Säulen auf 200 % der Österreich zugewiesenen ARF-Mittel.
Quelle: Europäische Kommission.

Tabelle A5.1: **Resilienzindizes in verschiedenen Bereichen für Österreich und die EU-27**

Dimension		AT 2023 RDB	AT 2024 RDB	EU-27 2024 RDB
Overall resilience	Vulnerabilities			
	Capacities			
Social and economic	Vulnerabilities			
	Capacities			
Green	Vulnerabilities			
	Capacities			
Digital	Vulnerabilities			
	Capacities			
Geopolitical	Vulnerabilities			
	Capacities			



(1) In den synthetischen Indizes wird die relative Resilienz der Länder über alle berücksichtigten Indikatoren hinweg aggregiert. Zur Ermittlung eines Indikators wird die relative Situation des betreffenden Landes im letzten verfügbaren Jahr mit den Werten dieses Indikators für alle Mitgliedstaaten sowie alle Jahre im Bezugszeitraum verglichen.
Quelle: Resilienz-Dashboard – Version Frühjahr 2024, Daten bis 2022

In diesem Anhang werden die Resilienz-Dashboards (RDB)[46] der Kommission verwendet, um die relativen Resilienzkapazitäten und Anfälligkeiten[47] Österreichs aufzuzeigen, die für den gesellschaftlichen, den wirtschaftlichen, den digitalen und den grünen Wandel sowie für den Umgang mit künftigen Schocks und geopolitischen Herausforderungen von Bedeutung sein können. [48]

Den Resilienzindikatoren der Resilienz-Dashboards zufolge weist Österreich insgesamt mittlere Anfälligkeiten und mittlere bis hohe Gesamtkapazitäten auf, die beide im Vergleich zum Resilienz-Dashboard 2023 stabil geblieben sind. Dies spiegelt sich in der Verteilung der Indikatoren auf die verschiedenen Resilienzkategorien wider: mehr als 60 % der Kapazitätsindikatoren sind mittel- bis hoch oder hoch, während etwa 70 % der Anfälligkeitsindikatoren zwischen mittel und niedrig liegen. In Bezug auf das Resilienz-Dashboard 2023 haben sich die österreichischen Indikatoren für die Gesamtresilienzlage weder verbessert noch verschlechtert.

Österreich weist in der sozialen und wirtschaftlichen Dimension eine mittlere bis geringe Anfälligkeit und mittlere bis hohe Kapazitäten auf. Das Land hat sich gegenüber dem Vorjahr bei den Anfälligkeitsindikatoren für das geschlechtsspezifische Beschäftigungsgefälle und die Langzeitarbeitslosenquote verbessert. Die Anfälligkeit im Zusammenhang mit dem gesamtstaatlichen Schuldenstand ist nach wie vor mittel bis hoch. Zu den Kapazitätsindikatoren, die sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert haben, zählen die Auswirkungen sozialer Transferleistungen auf die Armutsbekämpfung, die Sparquote der Haushalte und die gesamtstaatlichen Investitionen im Verhältnis zum BIP. Umgekehrt haben sich die Beschäftigungsquote, die aktive Arbeitsmarktpolitik pro arbeitswilliger Person und die absolute Zahl der gesunden Lebensjahre bei der Geburt verbessert.

[46] Https://ec.europa.eu/info/strategy/strategic-planning/strategic-foresight/2020-strategic-foresight-report/resilience-dashboards_de. Resilienz steht nicht nur für die Fähigkeit, „Herausforderungen standzuhalten und zu meistern, sondern auch, fälligen Wandel nachhaltig, gerecht und demokratisch zu gestalten“. Strategische Vorausschau 2020: *Weichenstellung für ein resilienteres Europa* (COM(2020) 493).

[47] Anfälligkeiten beziehen sich auf Merkmale, die die negativen Auswirkungen von Krisen und Übergängen verstärken können, oder Hindernisse für die Erreichung langfristiger strategischer Ziele, während sich Kapazitäten auf Wegbereiter oder Fähigkeiten zur Bewältigung von Krisen und strukturellen Veränderungen und zur Bewältigung von Übergängen beziehen.

[48] Dieser Anhang ist verknüpft mit Anhang 1 über die SDG, Anhang 6 über den Grünen Deal, Anhang 8 über den gerechten Übergang zur Klimaneutralität, Anhang 9 über Ressourcenproduktivität, -effizienz und Kreislaufwirtschaft, Anhang 10 über den digitalen Wandel und 14 über die europäische Säule der sozialen Rechte.

In Bezug auf die grüne Dimension hat Österreich seine hohen Kapazitäten aufrechterhalten, aber seine allgemeine Anfälligkeit hat sich nicht verbessert und bleibt mittel bis hoch. Der Feldvogelindex, wasserbedingte Bodenerosion und der harmonisierte Risikoindikator 1 für Pestizide sind die Indikatoren, die eine hohe Anfälligkeit aufweisen. Gleichzeitig weist Österreich sehr geringe Anfälligkeiten bei der Wassernutzung auf, womit es an letzter Stelle in der EU steht. Es verfügt über starke Kapazitäten, einschließlich seiner Energieproduktivität, und schneidet bei den Indikatoren für den biologischen Landbau und nationale Ausgaben für den Umweltschutz am besten ab.

In Bezug auf Resilienz-Dashboard 2023 weist Österreich in der digitalen Dimension nach wie vor mittlere Anfälligkeiten und mittlere bis hohe Kapazitäten auf. Viele seiner Kapazitätsindikatoren haben sich verbessert, sodass das Land bei den Investitionen je Beschäftigten in Hochtechnologiesektoren an erster Stelle in der EU steht. Darüber hinaus verfügt es über mittlere bis hohe Kapazitäten bei der Nutzung von Online-Kursen und Online-Lernaktivitäten durch junge Menschen. Anfälligkeitsindikatoren, bei denen Österreich unter dem EU-Durchschnitt liegt, sind Cybersicherheitsvorfälle, der Mangel an Cloud-Diensten, die Zahl der Unternehmen ohne Schulungsprogramme im Bereich Information und Kommunikation (IKT) und die Lücke beim Breitbandanschluss nach Unternehmensgröße.

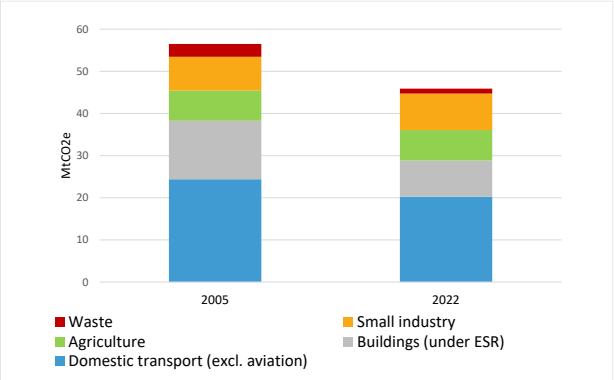
In der geopolitischen Dimension weist Österreich eine mittlere Anfälligkeit und mittlere Kapazitäten auf. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich mehrere seiner Kapazitätsindikatoren, wie der Handel mit Energie innerhalb der EU und seine Offenheit gegenüber dem Extra-EU-Handel, verbessert. Betrachtet man die Anfälligkeit Österreichs, so liegt Österreich in Bezug auf seinen Material-Fußabdruck pro Kopf hinter anderen EU-Ländern, wobei sich die Verringerung des Material-Fußabdrucks pro Kopf verschlechtert.

Österreich hat Fortschritte beim ökologischen Wandel erzielt, wobei weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die Strategien zur Erreichung seines Ziels der Lastenteilung für 2030 festzulegen, potenzielle Verluste durch Klimagefahren zu bewältigen, die biologische Vielfalt und die Ökosysteme zu schützen und andere Bereiche anzugehen. Dieser Anhang enthält eine Momentaufnahme der Klima-, Energie- und Umweltaspekte der Transformation in Österreich.[49]

Österreich hat noch keinen Entwurf eines aktualisierten nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP) für den Zeitraum 2021-2030 vorgelegt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Österreich der Kommission diesen Plan zur Bewertung vorlegt, in dem dargelegt wird, wie es die Klima- und Energieziele für 2030 und die Ziele der Energieunion zu erreichen beabsichtigt. Um sicherzustellen, dass die Strategien und Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele für 2030 erforderlich sind, wirksam umgesetzt werden, ist eine detaillierte Zuordnung des Investitionsbedarfs im Vergleich zu den verfügbaren Finanzierungsquellen von entscheidender Bedeutung.

Österreich hat noch keine Informationen über die Strategien und Maßnahmen vorgelegt, mit denen die Emissionen im Rahmen der Lastenteilung auf sein Ziel für 2030[50] gesenkt werden sollen. Im Jahr 2022 dürften die Treibhausgasemissionen Österreichs aus seinen Lastenteilungssektoren um 19 % unter dem Niveau von 2005 liegen.[51] Mit den derzeitigen Strategien dürfte Österreich seine Emissionen im Rahmen der Lastenteilung bis 2030 um 27 % gegenüber dem Stand von 2005 senken, aber es fehlen Informationen über zusätzliche Strategien und Maßnahmen, um weitere Reduktionen zu erreichen. Damit liegt Österreich 21 Prozentpunkte hinter seinem Lastenteilungsziel, eine Verringerung um 48 % gegenüber dem Stand von 2005 zu erreichen, zurück, was deutlich macht, wie wichtig es ist, dass das Land in seinem am 30. Juni 2024 vorzulegenden endgültigen aktualisierten NEKP ehrgeizigere Strategien und Maßnahmen plant.

Abbildung A6.1: **THG-Emissionen aus den Lastenteilungssektoren in Mio. t CO_2-Äq., 2005-2022**



Quelle: Europäische Umweltagentur.

Österreichs Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz könnten in seinem aktualisierten NEKP angehoben werden, da der in seinem vorherigen NEKP festgelegte Beitrag nicht mit den ehrgeizigeren Energiezielen der EU für 2030 in Einklang steht.

Österreichs Verkehrsmix ist relativ ausgewogen zwischen Straße und Schiene, und die Verlagerung auf einen nachhaltigen

[49] Dieser Anhang wird durch Anhang 7 über die Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit, Anhang 8 über den gerechten Übergang zur Klimaneutralität, Anhang 9 über Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und Produktivität sowie einschlägige Themen in anderen Anhängen dieses Länderberichts ergänzt.

[50] Das nationale Ziel für die Verringerung der Treibhausgasemissionen ist in der Verordnung (EU) 2023/857 (Lastenteilungsverordnung) festgelegt. Ziel ist es, die Maßnahmen in den betreffenden Sektoren mit dem Ziel in Einklang zu bringen, das gesamtwirtschaftliche Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 auf EU-Ebene zu erreichen. Das Ziel gilt auch für Sektoren außerhalb des derzeitigen Emissionshandelssystems der EU, insbesondere Gebäude (Heizung und Kühlung), Straßenverkehr, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft und kleine Industrie (sogenannte Lastenteilungssektoren).

[51] Die Emissionen im Rahmen der Lastenteilung für 2022 basieren auf ungefähren Inventardaten. Die endgültigen Daten werden 2027 nach einer umfassenden Überprüfung erstellt. Die Informationen zu den Prognosen für Emissionen im Rahmen der Lastenteilung „mit bestehenden Maßnahmen" (WEM) und „mit zusätzlichen Maßnahmen" (WAM) beruhen auf den neuesten Daten, die gemäß Artikel 18 der Verordnung (EU) 2018/1999 (Governance-Verordnung) bis zum 15. März 2023 gemeldet werden mussten.

Straßenverkehr gewinnt an Dynamik.[52] Im Jahr 2022 machten batteriebetriebene Elektrofahrzeuge 2,1 % der österreichischen Pkw-Flotte aus und lagen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 1,2 %. Im Jahr 2023 stellten rund 19 600 öffentlich zugängliche Ladestationen für jedes achte E-Fahrzeug einen Ladepunkt bereit, was über dem EU-Durchschnitt von 1:10 liegt. Auf Pkw-Fahrten entfallen 75 % der zurückgelegten Strecken (EU-Durchschnitt: 85 %), während der Anteil des Schienenverkehrs bei 9 % liegt (EU-Durchschnitt: 6 %). Im Güterverkehr liegt der Anteil der beförderten Güter auf der Straße unter dem EU-Durchschnitt (62 % gegenüber 75 %), wobei 27 % des Güterverkehrs auf der Schiene[53] und 10 % in Pipelines befördert werden. 71 % des österreichischen Schienennetzes sind elektrifiziert (deutlich über dem EU-Durchschnitt von 56 %).

Österreich hat das Potenzial, seine Kapazitäten zur Entfernung von Kohlenstoff aus der Atmosphäre durch Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) **zu erhöhen**. Seine Wälder spielen eine wichtige Rolle beim CO_2-Abbau. Im Jahr 2018 ging Österreichs Landnutzungssektor von der Kohlenstoffentnahme zur Kohlenstoffabgabe über, aber seit 2020 erzielt das Land Nettoentnahmen. Um das LULUCF-Ziel für 2030 zu erreichen, sind zusätzliche CO2-Entnahmen von 879 kt CO2-Äq erforderlich.[54]

Österreichs große Klimaschutzlücken[55] **bei Hochwasser und Waldbränden erfordern ein Monitoring.** Die durch diese Risiken verursachten Schäden und Verluste werden den Projektionen zufolge bis 2030 auf mindestens 3-6 Mrd. EUR und bis 2050 auf 6-12 Mrd. EUR ansteigen. Ein relativ großer Teil der Vermögenswerte ist nach wie vor nicht gegen Klimagefahren versichert. Österreich ist auch aufgrund häufigerer und extremer Wetterereignisse wie Hitzewellen und Dürren anfällig für klimawandelbedingte Auswirkungen. Die Anpassung an diese Auswirkungen erfordert erhebliche zusätzliche Vorsorgemaßnahmen, insbesondere in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit der Wälder, die biologische Vielfalt, die Infrastruktur, das Bauwesen (auch durch naturbasierte Lösungen), den Verkehr, die Landwirtschaft, die (Wasser-)Energie, den Tourismus und den Schutz der menschlichen Gesundheit.[56]

Trotz klarer Verbesserungen bei der Erhaltung und Wiederherstellung hat sich der Zustand vieler Lebensräume und Arten weiter verschlechtert. Österreich schützt 29 % seiner Flächen. Allerdings befanden sich nur 18 % der Lebensräume und fast 15 % der Arten in einem günstigen Zustand. Der größte Rückgang der biologischen Vielfalt wurde in Agrarlandschaften verzeichnet. Gleichzeitig stieg der gemeinsamer Feldvogelindex langsam von 55 im Jahr 2018 auf 63 im Jahr 2020, was immer noch unter dem EU-Durchschnitt liegt. Positiv zu vermerken ist, dass Österreichs grüne Infrastruktur in städtischen und Pendlergebieten auf einem guten Niveau ist. Seine Biodiversitätsstrategie beinhaltet Zielvorgaben für mehr Grünflächen in urbanen Gebieten, die Umnutzung von brachliegenden Industrie-, Gewerbe- und Wohngebäuden sowie die Schaffung von Merkmalen, die die biologische Vielfalt in neu angelegten Grünflächen fördern. Nach Daten der Europäischen Umweltagentur für die sechs größten österreichischen Städte lag der durchschnittliche Baumbestand im Jahr 2018 bei 36,5 % (über dem EU-Durchschnitt von 30,3 %).

[52] Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Daten in diesem Abschnitt auf das Jahr 2021. Siehe Europäische Kommission, 2023, EU transport in figures, transport.ec.europa.eu.

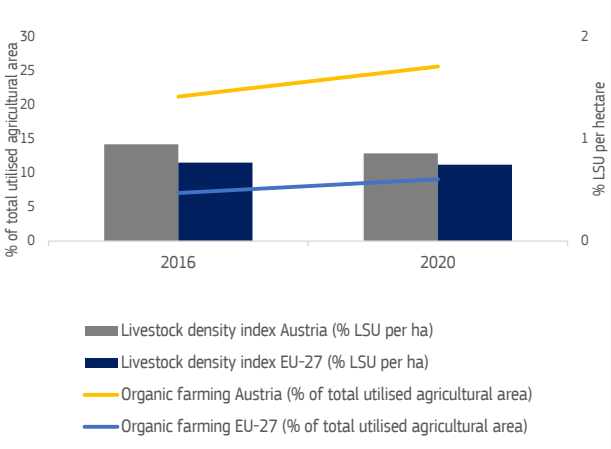
[53] Österreich verfolgt eine proaktive Verkehrsverlagerungspolitik mit Mautgebühren für den Straßengüterverkehr sowie Subventionen und Förderung eines kombinierten Verkehrsträgers für den Schienengüterverkehr.

[54] Nationale LULUCF-Ziele der Mitgliedstaaten im Einklang mit der Verordnung (EU) 2023/839.

[55] Zur Klimaschutzlücke siehe die Anmerkungen zu Tabelle A6.1.

[56] Siehe Bewertung und Empfehlung der Kommission zu den Fortschritten Österreichs bei der Anpassung an den Klimawandel aus dem Jahr 2023.

Abbildung A6.2: **Veränderungen der Viehbesatzdichte und des biologischen Landbaus**



Großvieheinheit (GVE)/ha LF: misst den in GVE pro Hektar LF umgerechneten Tierbestand (Rinder, Schafe, Ziegen, Equiden, Schweine, Geflügel und Kaninchen).
Quelle: Eurostat.

Die Ammoniakemissionen aus der Landwirtschaft sind nach wie vor hoch, und zusätzliche Anstrengungen könnten dazu beitragen, die in der Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen festgelegten Emissionsreduktionsziele zu erreichen. Die Jahresproduktion des österreichischen Agrarsektors belief sich 2023 auf 7,3 Mrd. EUR.[57] Österreich hat mit 25,7 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) im Jahr 2021 den größten Anteil am biologischen Landbau in der EU (EU-Durchschnitt: 9,1 %). In der österreichischen Viehwirtschaft gibt es große regionale Unterschiede: In einigen Gebieten wird die Produktion intensiviert, während in anderen Gebieten die Viehhaltung aufgegeben wird. Diese Situation gefährdet bestimmte Ökosysteme. Während die meisten EU-Mitgliedstaaten ihre Besatzdichteindizes zwischen 2010 und 2020 senkten, meldete Österreich einen geringfügigen Anstieg von 0,85 % auf 0,86 %.[58] Die intensive Tierhaltung ist eine der Hauptursachen für Schadstoffemissionen wie Ammoniak. Auf die Landwirtschaft entfielen 93,1 % der gesamten Ammoniakemissionen (EU-Durchschnitt: 90,9 %). Zusätzliche Anstrengungen könnten dazu beitragen, die im Rahmen der NEC-Richtlinie festgelegten Emissionsreduktionsziele zu erreichen, wie im aktualisierten Nationalen Luftreinhalteprogramm (NAPCP) Österreichs 2023 beschrieben. Der Folgenabschätzung zum Bodenüberwachungsgesetz[59] zufolge könnten 26 % des österreichischen Bodens als ungesund angesehen werden[60]. 68 % der Ackerflächen sind von der Bodenerosion betroffen, während 47 % der Ackerfläche und des Grünlands vom Verlust an organischem Kohlenstoff betroffen sind. Österreich hatte mit 1,4 % der gesamten LF einen der niedrigsten Anteile an bewässerten Flächen, von denen der größte Teil im Nordosten des Landes liegt. Das für landwirtschaftliche Zwecke entnommene Wasser machte 2019 nur 0,8 % der gesamten Wasserentnahme aus, fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. In Österreich wurden im Jahr 2021 134 kg Lebensmittelabfälle pro Person erzeugt, was über dem EU-Durchschnitt von 131 lag.

Die Nährstoffbelastung in den österreichischen Gewässern liegt über dem EU-Durchschnitt. Nach den jüngsten Zahlen zur Bruttostickstoffbilanz auf landwirtschaftlichen Flächen weist Österreich einen durchschnittlichen Überschuss von 34,1 kg Stickstoff pro Hektar und Jahr auf, der jedoch stetig rückläufig ist. Der Nitratgehalt im Grundwasser ging im Laufe der Zeit zurück, liegt aber immer noch über dem EU-Durchschnitt von 20,5 mg Nitrat/l. Darüber hinaus wiesen 7,2 % der Grundwassermessstellen Werte über dem Höchstwert von 50 mg Nitrat/l im Zeitraum 2016-2019 auf. Auch die Bruttophosphorbilanz ist rückläufig und liegt nach den jüngsten jährlichen Daten bei 1,3 kg/ha. Die Wasserverschmutzung durch Pestizide ist in Österreich weniger besorgniserregend als in anderen EU-Ländern, und es wurde gemeldet, dass im Jahr 2021 keine Oberflächenüberwachungsstellen die in der Wasserrahmenrichtlinie festgelegten Schwellenwerte überschreiten.

Mit einigen Ausnahmen ist die Luftqualität in Österreich im Allgemeinen gut. Die Zahl der durch die Exposition gegenüber Schadstoffen wie $PM_{2,5}$ und NO_2 verlorenen Lebensjahre lag 2020

[57] Produktionswert zum Herstellungspreis (2015=100).

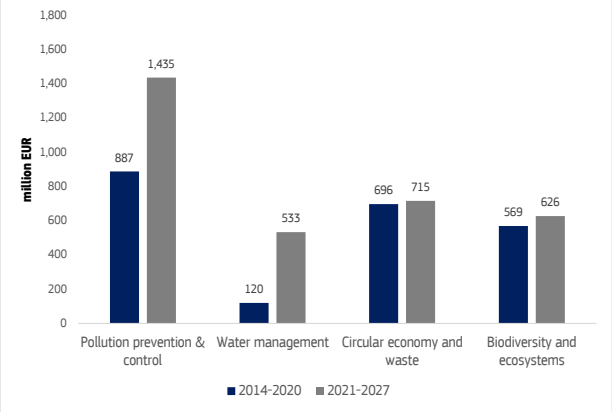
[58] Nach einem Höchststand von 0,95 % im Jahr 2016.

[59] SWD 417 final vom 5.7.2023 – Folgenabschätzung für die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Bodenüberwachung und -resilienz (Bodenüberwachungsgesetz) (vgl. S. 10, S. 189-190, S. 835-845).

[60] Allerdings konnten nicht alle bodenschädigenden Prozesse für alle Landnutzungen quantifiziert werden. Diese Zahl gibt lediglich eine Größenordnung an.

mit 362 bzw. 95 Jahren je 100 000 Einwohner unter dem EU-Durchschnitt. Die Intensität der Smog-Vorstufeemissionen ging von 2008 bis 2021 um 32,9 % auf 0,43 Tausend Tonnen/10 EUR zurück (EU-Durchschnitt: 0,86).

Abbildung A6.3: **Investitionslücke im Umweltbereich, Jahresdurchschnitt**



Die Zahlen werden von der Europäischen Kommission auf der Grundlage der neuesten internen Berichte, Eurostat, der EIB und nationaler Datenquellen berechnet.
Quelle: Europäische Kommission.

Österreich würde von mehr Investitionen in Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung profitieren. Den jüngsten Schätzungen zufolge beläuft sich der Gesamtbedarf an Umweltinvestitionen für den Zeitraum 2021-2027 auf mindestens 10,4 Mrd. EUR pro Jahr, während die Finanzierungs-Baseline bei 7,3 Mrd. EUR liegt. Die sich daraus ergebende Lücke von 3,1 Mrd. EUR ist größer als im vorangegangenen Finanzierungszeitraum. Nach wie vor könnte mehr investiert werden, insbesondere in die Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (1,4 Mrd. EUR pro Jahr) und die nachhaltige Wasserbewirtschaftung (533 Mio. EUR pro Jahr). Österreich täte auch gut daran, in die Bereiche Kreislaufwirtschaft und Abfall sowie biologische Vielfalt und Ökosysteme zu investieren, wo die Lücken auf 715 Mio. EUR bzw. 626 Mio. EUR angewachsen sind.

Tabelle A6.1: **Indikatoren für den Fortschritt beim europäischen Grünen Deal aus makroökonomischer Sicht**

							Target	Distance	
		2005	2019	2020	2021	2022	2030	WEM	WAM
Progress to climate and energy policy targets									
Greenhouse gas emission reductions in effort sharing sectors [1]	Mt CO_{2eq} %, pp	56,992.0	-12%	-18%	-14%	-19%	-48%	-21	-21
Net greenhouse gas removals from LULUCF [2]	Kt CO2eq	-18 099	2 437	-5 843	-11 076	-4 474	-5,650	n/a	n/a
Share of energy from renewable sources (1) [3]	%	24%	34%	37%	35%	34%	0.57	-	-
Energy efficiency: primary energy consumption [3]	Mtoe	32.7	32.3	29.9	31.6	30.2	24.9		
Energy efficiency: final energy consumption [3]	Mtoe	27.9	28.3	26.1	27.9	26.3	21.612		
							EU-27		Projected
		2018	2019	2020	2021	2022	2021	2022	2030
Green transition: mobility									
Greenhouse gas emissions: road transport	Mt CO2e	-	-	-	21.5	20.3	769.0	786.6	18.8
Share of zero-emission vehicles in new registrations [4]	%	2	2.8	6.4	13.9	15.7	9	12.1	n/a
Number of publicly accessible AC/DC charging points		-	-	8587	11737	17455	299178	446956	n/a
Share of electrified railways	%	71.5%	70.8%	71.2%	71.4%	-	56.1%	-	n/a
Green transition: buildings									
Greenhouse gas emissions: buildings	Mt CO2e	-	-	-	10.1	8.6	537.0	486.7	7.4
Final energy consumption in buildings	2015=100	100.0%	102.4%	103.1%	114.2%	100.6%	104.0%	97.2%	
Climate adaptation									
Climate protection gap [5]	score 1-4	-	-	2.0	1.6	1.5	1.5	1.5	n/a
		2018	2019	2020	2021	2022	2020	2021	2022
State of the environment									
Water | Water exploitation index (WEI+) (1) [6]	% of renewable freshwater	1.9	0.1	-	-	-	3.6	-	-
Circular economy | Material footprint [7]	tonnes per person	23.9	23.5	22.7	24.7	23.5	14.2	14.8	14.9
Pollution | Years of life lost due to air pollution by PM2.5 [8]	per 100.000 inhabitants	591	429	344	362	-	545	584	-
Biodiversity | Habitats in good conservation status [9]	%	18.0					14.7		
Common farmland bird index [10]	2000=100	55	62	63	-	-	78	-	-
Green transition: agri-food sector									
Organic farming	% of total utilised agricultural area	24.08	25.33	25.69	-	-	9.1	-	-
Nitrates in groundwater	mg NO_3/litre	-	-	-	-	-	20.42	-	-
Food waste per capita	Kg per capita			136	134	-	130	131	-
Share of soil in poor health [11]	%					26			41
Soil organic matter in agricultural land [12]	Mt per ha	232	-	-	-	-	7,904	-	-

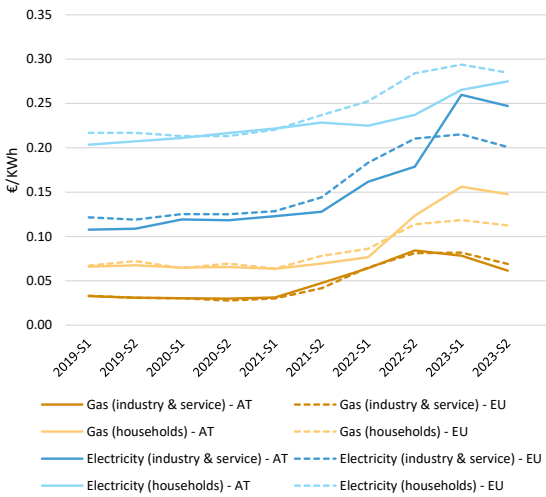
Quellen: (1) Die Emissionsdaten der Mitgliedstaaten für 2019 und 2020 entsprechen den Werten des Treibhauspotenzials (GWP) aus dem 4. Sachstandsbericht (AR4) des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC). Die Emissionen der Mitgliedstaaten im Basisjahr 2005 gemäß der Verordnung (EU) 2018/842, die Emissionsdaten für 2021 und 2022 und 2030 sind in den GWP-Werten des 5. Sachstandsberichts (AR5) des IPCC enthalten. Die Daten für 2021 basieren auf den endgültigen Inventarberichten, die Daten für 2022 basieren auf vorläufigen Inventarberichten und der Berechnung der Emissionen im Rahmen der Lastenteilung durch die Europäische Umweltagentur. Die endgültigen Daten für 2021 und 2022 werden nach einer umfassenden Überprüfung im Jahr 2027 erstellt. Das Ziel für 2030 entspricht der prozentualen Veränderung der Emissionen im Basisjahr 2005. Der Abstand zum Ziel ist die Differenz zwischen dem Ziel für 2030 und den prognostizierten Emissionen im Rahmen der Lastenteilung mit bestehenden Maßnahmen (WEM) und mit zusätzlichen Maßnahmen (WAM) in Prozent der Veränderung gegenüber den Emissionen des Basisjahres 2005. Die für die Emissionsprognosen für 2030 enthaltenen Maßnahmen spiegeln den Sachstand wider, der in den Entwürfen der aktualisierten nationalen Energie- und Klimapläne der Mitgliedstaaten oder, falls diese nicht vorliegen, bis zum 15. März 2023 gemäß der Verordnung (EU) 2018/1999 gemeldet wurde. (2) Der Nettoabbau ist in negativen Zahlen ausgedrückt, die Nettoemissionen in positiven Zahlen. Die gemeldeten Daten stammen aus dem für 2024 vorgelegten Treibhausgasinventar. Wert des Nettoabbaus von Treibhausgasen bis 2030 gemäß der Verordnung (EU) 2023/839 – Anhang IIa. (3) Bei den nationalen Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz für 2030 handelt es sich um indikative nationale Beiträge im Einklang mit der Verordnung (EU) 2018/1999 (Governance-Verordnung), der Zielvorgabe für erneuerbare Energien auf EU-Ebene gemäß der Richtlinie (EU) 2018/2001, geändert durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 (überarbeitete Erneuerbare-Energien-Richtlinie) – 42,5 % des Bruttoendenergieverbrauchs mit dem Ziel, 45 % zu erreichen – und der Formel in Anhang I der Richtlinie (EU) 2023/1791 (Energieeffizienzrichtlinie). (4) Batteriebetriebene Elektropersonenfahrzeuge (BEV) und Brennstoffzellen-Elektropersonenfahrzeuge (FCEV). (5) Die Klimaschutzlücke bezieht sich auf den Anteil der durch klimabedingte Katastrophen verursachten nicht versicherten wirtschaftlichen Verluste, basierend auf der Modellierung des Risikos von Überschwemmungen, Waldbränden, Stürmen und der Durchdringungsrate der Versicherungen. Maßstab: 0 (keine Schutzlücke) – 4 (sehr große Lücke) (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung, 2022). (6) Gesamtwasserverbrauch an erneuerbaren Süßwasserressourcen, die für ein Gebiet und einen Zeitraum verfügbar sind. (7) Materialgewinnung für Verbrauch und Investitionen. (8) Lebensjahre, die durch vorzeitigen Tod aufgrund der Exposition gegenüber Feinstaub mit einem Durchmesser von weniger als 2,5 Mikrometer verloren gehen. (9) Anteil der Lebensräume in gutem Zustand laut übermittelten Datensätzen gemäß Artikel 17 der Habitat-Richtlinie (Richtlinie 92/43/EWG) für den Zeitraum 2013-2018.(10) Multiartenindex, der Veränderungen der Populationsabundanz von Feldvogelarten misst. (11) Quelle: Anhang 12 des Vorschlags der Kommission für ein Bodenüberwachungsgesetz, SWD(2023) 417 final. (12) Schätzung des Gehalts an organischem Kohlenstoff auf Ackerland.

In diesem Anhang[61] werden die Fortschritte und Herausforderungen Österreichs bei der Beschleunigung der Energiewende bei gleichzeitiger Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich der sauberen Energie dargelegt.[62]

Österreich hat einige Schritte zur Umsetzung von Reformen unternommen, um den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen, doch liegt der Anstieg im vergangenen Jahr, insbesondere bei der Photovoltaik, immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Österreich will seine derzeitigen Importabhängigkeiten durch vertrauenswürdige Partnerschaften verringern, importiert aber immer noch Gas aus Russland. Es hat eine Reihe von Energieeffizienzmaßnahmen mit Unterstützung mehrerer EU-Fonds durchgeführt. Im Bereich der Herstellung sauberer Energietechnologien ist Österreich in der Solarindustrie und in der Lieferkette für die Batterieherstellung präsent und birgt ein großes Potenzial für eine weitere Kapazitätssteigerung.

Die Energieeinzelhandelspreise für Gas und Strom haben sich 2023 in Österreich uneinheitlich entwickelt. In der zweiten Jahreshälfte 2023 sank der durchschnittliche Gaspreis für Haushalte gegenüber dem Jahresbeginn um 5,5 %, lag aber nach wie vor um 31 % über dem EU-Durchschnitt. Was die durchschnittlichen Strompreise betrifft, so verzeichneten die Haushalte im Jahr 2023 einen Anstieg um 3,6 %, lagen aber immer noch knapp unter dem EU-Durchschnitt. Für Industriekunden gingen die durchschnittlichen Gas- und Strompreise im zweiten Halbjahr 2023 gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 um 22 % bzw. 5 % zurück und blieben damit beide unter dem EU-Durchschnitt.

Abbildung A7.1: **Österreichische Energieeinzelhandelspreise für Haushalte sowie Industrie und Dienstleistungen**



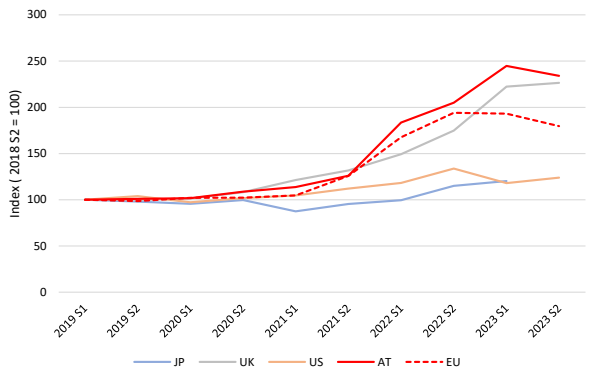
(1) Für die Industrie gelten die Verbrauchsklassen I3 für Gas und IC für Strom, die sich auf mittlere Verbraucher beziehen und einen Einblick in die Erschwinglichkeit geben.
(2) Für Haushalte gelten die Verbrauchsklassen D2 für Gas und DC für Strom.
(3) Industriepreise werden ohne Mehrwertsteuer und andere erstattungsfähige Steuern/Abgaben/Gebühren ausgewiesen, da Nichthaushaltskunden in der Regel die Mehrwertsteuer und einige andere Steuern zurückfordern können.
Quelle: Eurostat.

Relativ gesehen sind die Strompreise für Nichthaushaltskunden im Vergleich zu den USA und Japan erheblich gestiegen, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien in Österreich beeinträchtigen könnte.

61 Er wird durch Anhang 6 ergänzt, da der Schwerpunkt des europäischen Grünen Deals auf der Energiewende liegt, und durch Anhang 8 über die Maßnahmen zum Schutz der schutzbedürftigsten Gruppen, die die laufenden Bemühungen im Rahmen des europäischen Grünen Deals, REPowerEU und des Industrieplans für den europäischen Grünen Deal ergänzen.

62 Im Einklang mit dem Industrieplan zum Grünen Deal und der Netto-Null-Industrie-Verordnung

Abbildung A7.2: **Entwicklung der Strompreise für Nichthaushaltskunden (EU- und ausländische Partner)**



(1) Bei den Eurostat-Daten (EU und AT) bezieht sich die Verbrauchsbandbreite ID auf Großverbraucher mit einem Jahresverbrauch zwischen 2 000 MWh und 20 000 MWh, z. B. im stromintensiven verarbeitenden Gewerbe, und gibt Aufschluss über die internationale Wettbewerbsfähigkeit.
(2) JP = Japan
Quelle: Eurostat, IEA

Bereits 2022 wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Verbraucher und Unternehmen angenommen[63], darunter die bis Dezember 2024 gewährte Strompreisbremse für Privathaushalte und zur Abfederung der erhöhten Netzverluste, die bis Ende 2023 gelten. Mit der ersten Maßnahme werden rund 80 % des durchschnittlichen Verbrauchs österreichischer Haushalte subventioniert und die Differenz zwischen dem Vertragspreis für Strom mit einer Obergrenze von 0,25 EUR/kWh ab Juli 2024 (vor 0,4 EUR/kWh) und einem Referenzpreis vor der Krise von 0,10 EUR/kWh ausgeglichen. Es gibt besondere Vorschriften für einkommensschwache Haushalte und Haushalte mit mehr als drei Personen. Die andere budgetierte Entlastungsmaßnahme ist die Abfederung von Netzverlusten (Ausgleich von rund 80 % der zusätzlichen Kosten in der Netzverlustgebühr), die eine zusätzliche Belastung für die verbrauchsbedingten Kosten darstellt.

Die Stärkung der Verbraucher auf dem Strom- und Gasmarkt in Österreich ist von großer Bedeutung, einschließlich der Einführung intelligenter Zähler. Der Anteil der von Haushalten gehaltenen Festpreisverträge für Strom und Gas ging 2022 auf 55 % bzw. 50 % zurück.[64] Dies war möglicherweise auf weniger Angebote auf dem Markt mit ungewöhnlich hohen Preisen und ohne Einsparpotenzial für Kunden in Österreich zurückzuführen. Ebenso sanken die Wechselraten im Jahr 2022 bei Strom (auf 2,5 %) und Gas (auf etwa 4 %), wobei die Wechselverfahren für beide Betreiber durchschnittlich 15 Tage in Anspruch nehmen. Im Jahr 2022 hatte Österreich 68 % aller Verbraucher mit intelligenten Zählern ausgestattet, mit dem Ziel, im Jahr 2024 80 % zu erreichen. Anfang 2024 werden mehr als 1 000 Energiegemeinschaften gegründet. [65]

Um die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten, strebt Österreich an, seine derzeitigen Importabhängigkeiten, insbesondere von russischem Gas, durch vertrauenswürdige Partnerschaften wie die Erhöhung der Importkapazitäten aus Nachbarländern wie Deutschland und Italien zu verringern. Österreich führt nach wie vor Gas aus Russland ein (im Dezember 2023 lag der Anteil der russischen Gaseinfuhren bei 98 %), obwohl die Mengen infolge der Invasion Russlands in die Ukraine zurückgegangen sind (von 100 Basispunkten im Februar 2022 auf 65 im Dezember 2023).[66] Die Abhängigkeit schwankte im Laufe des Jahres 2023 aufgrund von Faktoren wie der geringen Stromerzeugung aus Gas während des Rückgangs aufgrund eines hohen Anteils erneuerbarer Energien, eines geringeren Gasverbrauchs und voller Gasspeicheranlagen. Österreich betreibt neun unterirdische Gasspeicheranlagen mit einer Gesamtkapazität von rund 9,16 Mrd. m^3, womit die heimische Nachfrage mehr als gedeckt wird (112 %). Österreich hat seine Verpflichtungen zur Befüllung der Gasspeicher im vergangenen Winter erfüllt und bis zum 1. November 2023 eine Quote von 99,5 % erreicht. Am 1. April 2024 waren die Speicher nach Beendigung der Wintersaison zu 73,85 % gefüllt. Österreich konnte seine Gasnachfrage zwischen August 2022 und Jänner 2024 erheblich um 19 % senken. Während im Stromsektor der Anteil

[63] Strategie Bericht 2024 bis 2027/Budgetbericht 2024 und https://www.diepresse.com/18026067/regierung-halbiert-strompreisbremse.

[64] www.acer.europa.eu/Publications/2023_MMR_Energy_Retail_Consumer_Protection.pdf

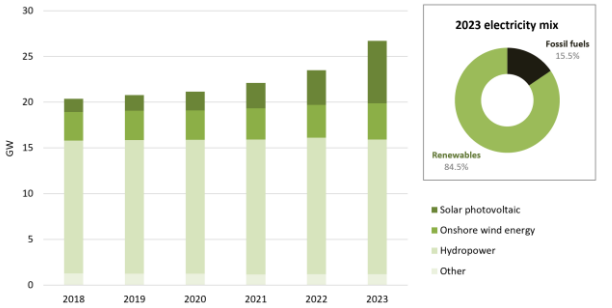
[65] www.klimafonds.gv.at/event/energiegemeinschaften-konferenz-2024/

[66] energie.gv.at/

heimischer erneuerbarer Energien bereits höher ist (75 % im Jahr 2022) als im EU-Durchschnitt (41 % im Jahr 2022), beruht die Energieversorgung insgesamt nach wie vor weitgehend auf importierten fossilen Brennstoffen (74,5 % im Jahr 2022).

Die installierte Kapazität für erneuerbare Energien stieg 2022 um 6 %, was auf einen erheblichen Anstieg der Solarenergie, insbesondere der Photovoltaik, zurückzuführen ist. Dies liegt unter dem EU-Durchschnitt von 10 % und deutlich unter den anderen Mitgliedstaaten mit einem vergleichbaren hohen Anteil an Wasserkraft am Strommix, wie Finnland (+ 26 %). Die Gesamtkapazität an erneuerbarer Energie lag 2022 in Österreich bei 23 GW[67], wobei Wasserkraft (15 GW) mit 64 % dominierte. Die Gesamtwindkapazität Österreichs belief sich 2022 auf 3,7 GW, was 16 % der gesamten Kapazität des Landes im Bereich der erneuerbaren Energien entspricht (ein Anstieg um 10 % gegenüber 2021).

Abbildung A7.3: **Österreichs installierte Kapazität an erneuerbaren Energien (links) und Stromerzeugungsmix (rechts)**



(1) „Sonstige" umfasst feste Biokraftstoffe, erneuerbare Siedlungsabfälle, flüssige Biokraftstoffe, Biogas und geothermische Energie.
Quelle: IRENA, Ember

Was die **Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie** betrifft, so belief sich die installierte Gesamtkapazität im Jahr 2022 auf 3,6 GW[68], was 15 % der gesamten Kapazität für erneuerbare Energien entspricht (ein Anstieg um 27 % gegenüber 2021). Österreich hat Ausnahmen in Bezug auf Genehmigungen für Fotovoltaikanlagen im Haushalt sowie für gewerblich genutzte Anlagen mit einer Leistung von bis zu 200 kW eingeführt und benötigt keine Genehmigung für die Stromerzeugung in kleinstem Maßstab von bis zu 0,8 kW. Seit Jänner 2024 sind Photovoltaik-Anlagen bis zu 35 kWh von der Mehrwertsteuer befreit.

Österreich hat einige Schritte zur Umsetzung von Reformen unternommen, um den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen. Es wurden Rechtsvorschriften eingeführt, mit denen Umweltverträglichkeitsprüfungen gestrafft werden und Projekten zur Energiewende Vorrang eingeräumt wird. Österreich plant die Einführung eines Erneuerbare-Energien-Ausbaugesetzes mit weiteren Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungserteilung für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Sichtbarkeit der Projektpipeline für Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in Österreich ist jedoch nur teilweise klar, da das Land seinen langfristigen Auktionsplan für die nächsten fünf oder drei Jahre nicht veröffentlicht hat und die Einzelheiten des Zeitplans, der Häufigkeit der Auktionsverfahren, der erwarteten Kapazität und des Budgets sowie der förderfähigen Technologien nur für 2024 und 2025 vorliegen.

Der relativ hohe Anteil erneuerbarer Energien an der Wärme- und Kälteversorgung (30,6 % im Jahr 2022) ist in erster Linie auf die Nutzung von Biomasse zurückzuführen, wobei Wärmepumpen einen geringen Anteil ausmachen.

Weitere Anstrengungen zum Kapazitätsausbau im grenzüberschreitenden wie auch im inländischen Stromnetz Österreichs sind bis 2030 und darüber hinaus erforderlich. Österreich geht davon aus, dass bis 2030 zusätzliche Kapazitäten für erneuerbare Energien in Höhe von 18 GW installiert werden[69], was deren Integration in das Stromübertragungs- und -verteilernetz erfordert. In Österreich gibt es Strominfrastrukturprojekte, die in der neuen Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse (PCI) und der Vorhaben von gegenseitigem Interesse (PMI) aufgeführt sind, deren beschleunigte

67 IRENA-Bericht 2023.

68 IRENA-Bericht „Renewable Energy Statistics 2023", die Daten könnten sich von den Eurostat-Daten unterscheiden, da für die Berechnung der Kapazität in AC und DC eine andere Methode verwendet wird.

69 APG Network Development Plan 2023, https://www.apg.at/en/power-grid/grid-expansion/network-development-plan-2023/

Umsetzung wichtig sein wird. Dabei handelt es sich um das Kaunertal Storage Extension Project, die Verbindungsleitungen und die österreichischen Inlandsleitungen im Cluster Österreich-Deutschland, die Verbindungsleitung Würmlach (AT) – Somplago (IT) und die Verbindungsleitung zwischen Lienz (AT) – Venetien (IT). Die Umsetzung der Prioritäten, die im kürzlich gebilligten Aktionsplan CESEC „Strom und erneuerbare Energien" und im CESEC-Aktionsplan für Gase festgelegt sind, wird für eine beschleunigte Infrastrukturentwicklung und Marktintegration von entscheidender Bedeutung sein.

Österreich hat erhebliche Fortschritte bei der Verwirklichung der EU-Energieeffizienzziele für 2030 erzielt. Im Jahr 2022 verzeichnete Österreich einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 4,6 % gegenüber 2021 und einen Rückgang um 4,8 % gegenüber 2012. Der Endenergieverbrauch ging gegenüber 2021 um 5,7 % und gegenüber 2012 um 3,3 % zurück. Im vergangenen Jahr wurden die besten Ergebnisse in den Haushalten erzielt, die ihren Endenergieverbrauch um 15,4 % senkten, und am schlimmsten aus der Industrie, die ihren Endenergieverbrauch um 0,2 % steigerte.

Österreich hat mit Unterstützung mehrerer EU-Fonds, einschließlich der Aufbau- und Resilienzfazilität, eine Reihe von Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt, deren Schwerpunkt auf Gebäuden und der Industrie liegt. Im Rahmen der Kohäsionspolitik fließen 25 % der Österreich insgesamt zugewiesenen Mittel für Investitionen in Energieeffizienz (22,6 % für Unternehmen und 2,47 % für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden). Die meisten dieser Regelungen richten sich jedoch an Unternehmen, z. B. neue Ausrüstung, technologische Entwicklung oder Unterstützung von Forschungs- und Demonstrationsprojekten, um die Energieeffizienz zu verbessern.

In Österreich sind die meisten Energieeffizienzregelungen nach wie vor auf Zuschüssen basierend, und der Einsatz von Finanzinstrumenten (z. B. Fremdfinanzierung oder Steuerermäßigungen und -befreiungen) ist nach wie vor sehr begrenzt. Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf heizungsbezogenen Maßnahmen, die hauptsächlich auf Unternehmen, aber auch auf Haushalte als Begünstigte ausgerichtet sind.

In Bezug auf Gebäude muss Österreich seine Anstrengungen im Wohngebäudesektor verstärken, wenn es einen sinnvollen Beitrag zu dem in seiner jüngsten langfristigen Renovierungsstrategie (LTRS) festgelegten Etappenziel für die Dekarbonisierung von Gebäuden bis 2030 leisten will. Der Endenergieverbrauch von Privathaushalten war im Jahr 2022 niedriger als 2020, ist aber längerfristig um 2,6 % gestiegen.[70]

76 % der Gebäude in Österreich wurden vor 1990 gebaut, also noch vor der Einführung strenger Leistungsanforderungen. Zu den Maßnahmen der langfristigen Renovierungsstrategie gehören regulatorische Anforderungen, steuerliche und wirtschaftliche Anreize, Informationsmaßnahmen sowie die schrittweise Einstellung der Nutzung von Kohle und Öl für Heizzwecke. Im Jahr 2022 wurden rund 60 000 Wärmepumpen verkauft, 57 % mehr als im Vorjahr, was einem Gesamtbestand von rund 430 000 im Wohngebäudesektor entspricht.

Österreich meldet keine Kontrollen von Produkten, die unter das Ökodesign und die Energieverbrauchskennzeichnung fallen, was Anlass zu ernsten Bedenken hinsichtlich des Konformitätsniveaus der betreffenden Produkte gibt.

Im Rahmen seiner Wasserstoffstrategie[71] plant Österreich, bis 2030 eine Elektrolyseleistung von 1 GW zu installieren. Österreich plant eine sehr gezielte Nutzung von Wasserstoff und unterteilt ihn in vier Verwendungszwecke: Rohstoffe in der chemischen Industrie und der Stahlindustrie, in der Luft- und Schifffahrt und als Spitzenlastbilanz im Energiesystem. Auf der ersten PCI/PMI-Liste wurde ein von Österreich gefördertes grenzüberschreitendes Wasserstoffprojekt ausgewählt: der

[70] Endenergieverbrauch in Haushalten von Eurostat (Datentabellen vom Dezember 2023), Klimaberichtigung durch die Gemeinsame Forschungsstelle mit dem Bezugszeitraum 2005-2022 (FEC klimakorrigiert = FEC/(HDD/HDD-Bezugszeitraum)

[71] Wasserstoffstrategie für Österreich (2022).

Wasserstoffkorridor Italien-Österreich-Deutschland besteht aus einer internen Wasserstoffinfrastruktur entlang der Pipelines TAG, WAG und Penta West. Darüber hinaus enthält die PCI-/PMI-Liste einen „allgemeinen Korridor", der darauf abzielt, Wasserstoff aus der Ukraine nach der Slowakei, Tschechien, Österreich und Deutschland zu transportieren.

Österreich hat einen erheblichen Fußabdruck in der Solarindustrie und in der Lieferkette für die Batterieherstellung und birgt ein großes Potenzial für eine weitere Kapazitätssteigerung. In Österreich gibt es mindestens sechs Hersteller von Photovoltaik-Modulen mit einer geschätzten Produktionskapazität von fast 1 GW pro Jahr. Drei davon sind auf flexible Photovoltaik-Module für Gebäudehüllen, -geräte und -fahrzeuge spezialisiert. Österreich gehört auch zu den führenden Wechselrichterherstellern in der EU. Im Bereich Windenergie arbeiten nur wenige österreichische Unternehmen bei der Herstellung wichtiger Windturbinenkomponenten wie Transformatoren oder Hauptlager für die weltweiten Erstausrüster zusammen. In Bezug auf Energiespeichersysteme nimmt Österreich eine starke Position bei Rotoxstrom-Batterien ein und steht zusammen mit Japan und den USA an der Spitze der drei Länder. Dieser Sektor verfügt über ein großes Potenzial für Lithium-Ionen-Technologien. In Wolfurt gibt es einen Hersteller von Lithium-Ionen-Batterien, der Pionierarbeit bei Energiespeichersystemen mit recycelten Lithium-Ionen-EV-Batterien leistet. Das Unternehmen plant, seine Produktionskapazität auf 1 GWh jährlich zu erhöhen. In Bezug auf Elektrolyseure verfügt Österreich nicht per se über Produktionskapazitäten, wurde aber im Juli 2022 EU-Mittel im Rahmen für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse für den weltweit ersten 1 MW-Hochtemperatur-Feststoffoxid-Elektrolyseur auf Basis metallunterstützter Zellen (MSC) gewährt.

Österreich ist ein starker Innovator mit einer Leistung von 119,9 % des EU-Durchschnitts. Die Leistung liegt zwar über dem Durchschnitt, nimmt aber langsamer zu als im EU-Durchschnitt. Österreich verfügt über sehr attraktive Forschungssysteme mit einem Rating von 153,5 % im Vergleich zum EU-Durchschnitt. Österreich gibt relativ hohe Beträge für öffentliche FuI-Investitionen in Energietechnologien aus, z. B. Technologien für erneuerbare Energien, intelligente Lösungen für Verbraucher, integrierte und flexible Energiesysteme, Energieeffizienz in Gebäuden, Energieeffizienz in der Industrie, erneuerbare Brennstoffe und Bioenergie (jeweils 5-7 % der EU-Gesamtausgaben). Österreich zeichnet sich insbesondere bei privaten FuI-Investitionen in Energietechnologien aus, z. B. in erneuerbare Brennstoffe und Bioenergie mit 634 Mio. EUR, d. h. 17 % der EU-Gesamtausgaben in diesem Sektor.

Tabelle A7.1: **Schlüsselindikatoren – Energie**

		Austria				EU			
		2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
ENERGY DEPENDNCE	**Import Dependency [%]**	**71.6%**	**58.4%**	**51.8%**	**74.5%**	**60.5%**	**57.5%**	**55.5%**	**62.5%**
	of Solid fossil fuels	96.7%	97.8%	99.4%	99.9%	43.3%	35.8%	37.3%	45.8%
	of Oil and petroleum products	95.7%	97.5%	90.4%	94.7%	96.7%	96.8%	91.7%	97.7%
	of Natural Gas	122.8%	73.4%	51.0%	149.1%	89.7%	83.6%	83.6%	97.6%
	Dependency from Russian Fossil Fuels [%]								
	of Natural Gas	-	-	-	-	39.7%	41.3%	41.1%	21.0%
	of Crude Oil	4.2%	10.2%	8.1%	1.9%	28.8%	26.7%	26.4%	19.5%
	of Hard Coal	11.3%	12.7%	13.3%	12.0%	43.5%	49.1%	47.4%	21.5%

		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
DIVERSIFICATION OF GAS SUPPLIES	**Gas Consumption (in bcm)**	**8.7**	**9.4**	**8.9**	**9.3**	**8.8**	**9.3**	**8.2**
	Gas Consumption year-on-year change [%]	4.4%	7.5%	-5.3%	4.4%	-4.9%	5.8%	-12.3%
	Gas Imports - by type (in bcm)	**7.5**	**8.5**	**7.8**	**11.4**	**6.5**	**4.8**	**12.2**
	Gas imports - pipeline	7.5	8.5	7.8	11.4	6.5	4.8	12.2
	Gas imports - LNG	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-

		2019	2020	2021	2022	2023
	LNG Terminals - storage capacity m3 LNG					
	Number of LNG Terminals	0	0	0	0	0
	LNG Storage capacity (m3 LNG)	0	0	0	0	0
	Underground Storage					
	Number of storage facilities	9	9	9	9	9
	Technical Capacity (bcm)	8.2	8.4	8.5	8.5	8.7

		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ELECTRICITY/ENERGY	**Gross Electricity Production (GWh) (2)**	**68,308**	**71,324**	**68,618**	**74,234**	**72,558**	**70,757**	**69,228**	-
	Combustible Fuels	18,953	21,296	19,900	20,865	18,368	18,678	18,955	-
	Nuclear	0	0	0	0	0	0	0	-
	Hydro	43,008	42,175	41,219	44,204	45,344	42,540	39,221	-
	Wind	5,235	6,572	6,030	7,450	6,792	6,740	7,245	-
	Solar	1,096	1,269	1,455	1,702	2,043	2,783	3,792	-
	Geothermal	0	0	0	0	0	0	0	-
	Other Sources	15	13	13	13	12	16	15	-
	Gross Electricity Production [%]								
	Combustible Fuels	27.7%	29.9%	29.0%	28.1%	25.3%	26.4%	27.4%	-
	Nuclear	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	-
	Hydro	63.0%	59.1%	60.1%	59.5%	62.5%	60.1%	56.7%	-
	Wind	7.7%	9.2%	8.8%	10.0%	9.4%	9.5%	10.5%	-
	Solar	1.6%	1.8%	2.1%	2.3%	2.8%	3.9%	5.5%	-
	Geothermal	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	-
	Other Sources	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	0.0%	-
	Net Imports of Electricity (GWh)	**7,159**	**6,546**	**8,947**	**3,129**	**2,196**	**7,543**	**8,705**	-
	As a % of electricity available for final consumption	11.1%	10.0%	13.6%	4.7%	3.4%	11.3%	13.2%	-
	Electricity Interconnection [%]	-	**15.3%**	**42.4%**	**38.1%**	**37.6%**	**31.5%**	**31.3%**	**30.3%**
	Share of renewable energy consumption - by sector [%]								
	Electricity	72.5%	71.6%	74.2%	75.1%	78.2%	74.0%	74.7%	-
	Heating/cooling	33.5%	33.7%	34.2%	33.9%	35.0%	33.0%	30.6%	-
	Transport	10.6%	9.7%	9.9%	10.1%	10.3%	9.5%	10.1%	-
	Overall	33.4%	33.1%	33.8%	33.8%	36.5%	34.6%	33.8%	-

		2019	2020	2021	2022	2023
CLEAN ENERGY	**VC investments in climate tech start-ups and scale-ups (EUR Mln)**	**0.52**	**16.74**	**23.15**	**131.07**	**162.44**
	as a % of total VC investment (3) in Austria start-ups and scale-ups	0.2%	5.3%	2.1%	10.5%	23.5%
	Research & Innovation spending in Energy Union R&i priorites					
	Public R&I (EUR mln)	-	-	224.0	-	-
	Public R&I (% GDP)	-	-	-	-	-
	Private R&I (EUR mln)	-	1,219.5	-	-	-
	Private R&I (% GDP)	-	-	-	-	-

(1) Die Rangfolge der wichtigsten Lieferanten basiert auf den neuesten verfügbaren Zahlen (für 2022).
(2) Risikokapitalinvestitionen umfassen Wagniskapitalgeschäfte (alle Phasen), kleine Fusions- und Übernahmegeschäfte und Private-Equity-Wachstumsgeschäfte (für Unternehmen, die zuvor Teil des Portfolios einer Wagnisgesellschaft waren oder Angel- oder Seed-Finanzierungen erhalten haben).
Quelle: Eurostat, Gas Infrastructure Europe, JRC-Ausarbeitung auf der Grundlage von PitchBook-Daten (03/2024), JRC SETIS (2024).

In diesem Anhang werden die Fortschritte Österreichs bei der Gewährleistung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität und ökologischen Nachhaltigkeit, insbesondere für Arbeitnehmer und Haushalte in prekären Situationen, überwacht. Die grüne Wirtschaft hat in den letzten Jahren in Österreich an Bedeutung gewonnen, und ihr Beschäftigungsanteil im Bereich Umweltgüter und -dienstleistungen ist hoch. Von 2015 bis 2021 stieg die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor um 21 % (auf rund 206 000) (EU: 18,2 %) und erreichte einen Anteil von 4,8 % an der Gesamtbeschäftigung, der damit im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten relativ hoch war (EU: 2,7 %). Zwischen 2015 und 2022 ging auch die Treibhausgasemissionsintensität der österreichischen Arbeitskräfte (siehe Abbildung A8.1 und Tabelle A8.1) von 13,8 Tonnen auf 12,4 Tonnen pro Arbeitnehmer zurück und lag damit unter dem EU-Durchschnitt (14,3 Tonnen pro Arbeitnehmer im Jahr 2022)[72], was auf eine positive Entwicklung beim ökologischen Wandel hindeutet. Allerdings nimmt der Fachkräftemangel in Schlüsselsektoren für den ökologischen Wandel zu. Im Hinblick auf die Umsetzung der Empfehlung des Rates von 2022 zur Gewährleistung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität bestehen nach wie vor Herausforderungen bei der Weiterbildung und Umschulung von Arbeitnehmern in schrumpfenden und sich verändernden Branchen und bei der besseren Integration von Frauen, älteren Arbeitnehmern, Geringqualifizierten und Menschen mit Migrationshintergrund in die grüne Wirtschaft.[73] Im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (ARP) werden entscheidende Reformen und Investitionen für einen gerechten ökologischen Wandel dargelegt, die die territorialen Pläne für einen gerechten Übergang und die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) unterstützten Maßnahmen ergänzen.

Die Beschäftigung in den Sektoren Österreichs, die am stärksten vom grünen Wandel betroffen sind, ist stabil. 2023 belief sich die Beschäftigung in den energieintensiven Branchen[74] Österreichs auf 3,2 % der Gesamtbeschäftigung (EU: 3,5 %), ein leichter Rückgang gegenüber 3,3 % im Jahr 2015. Die Beschäftigung im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden ist seit 2015 stabil (mit rund 8 000 Beschäftigten im Jahr 2023). Der Arbeitskräftemangel in

Sektoren, die für die Transformation eine entscheidende Rolle spielen, nimmt zu. Die Quote der unbesetzten Stellen im Baugewerbe (siehe Abbildung A8.2), einem der Schlüsselsektoren für den grünen Wandel, liegt über dem EU-Durchschnitt (6,4 % gegenüber 3,6 % im Jahr 2023), was mit der Wahrnehmung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in diesem Sektor im Einklang steht, von denen 74 % angeben, dass Fachkräftemangel sie in der allgemeinen Geschäftstätigkeit bremst.[75] Der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)[76] zufolge wurde 2023 ein Arbeitskräftemangel in einer Reihe von Berufen gemeldet, die spezifische Kompetenzen oder Kenntnisse für den ökologischen Wandel[77] erforderten, darunter Elektrotechniker, Dachdecker, Klempner und Installateure. Es wird erwartet, dass mindestens 25 % der ESF+-Zuschüsse für selbstständige Erwerbstätigkeit junger Menschen unter 30 Jahren für unternehmerische Projekte in der grünen Wirtschaft vorgesehen sind.

[72] Die Berechnungen im Zusammenhang mit der Belegschaft basieren auf der EU-Arbeitskräfteerhebung. Im Länderbericht Österreich 2023 wurden diese Indikatoren auf der Grundlage von Beschäftigungsstatistiken in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechnet. Dies könnte zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit zwischen den beiden Berichten führen.

[73] Die Empfehlung des Rates vom 16. Juni 2022 zur Gewährleistung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität (2022/C 243/04) erstreckt sich auf Beschäftigung, Kompetenzen, Steuer- und Sozialleistungssysteme, grundlegende Dienstleistungen und Wohnraum.

[74] Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (NACE B), chemische Erzeugnisse (C20), Mineralien (C23), Metalle (C24) und Automobilindustrie (C29)

[75] Eurobarometer zu Qualifikationsdefiziten, Einstellungs- und Bindungsstrategien in kleinen und mittleren Unternehmen.

[76] Auf der Grundlage des EURES-Berichts 2024 der Europäischen Arbeitsbehörde über Arbeitskräftemangel und -überschüsse 2023, d. h. Daten, die von den nationalen EURES-Koordinierungsbüros übermittelt wurden.

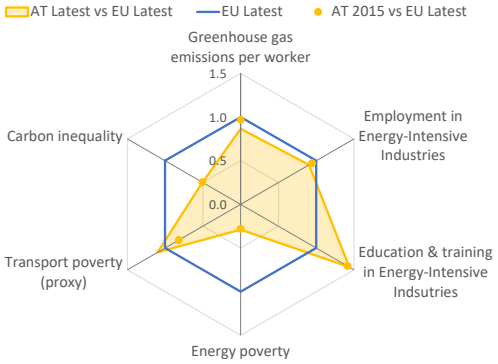
[77] Die Anforderungen betreffend Kompetenzen und Know-how beruhen auf der Klassifizierung der Kompetenzen für den grünen Wandel im Rahmen der europäischen Klassifizierung für Fähigkeiten/Kompetenzen, Qualifikationen und Berufe (ESCO).

Tabelle A8.1: **Wichtige Indikatoren für einen gerechten Übergang in Österreich**

Indicator	Description	AT 2015	AT	EU
GHG per worker	Greenhouse gas emissions per worker – CO_2 equivalent tonnes	13.8	12.4 (2022)	14.3 (2022)
Employment EII	Employment share in energy-intensive industries, including mining and quarrying (NACE B), chemicals (C20), minerals (C23), metals (C24) and automotive (C29)	3.3%	3.2% (2023)	3.5% (2023)
Education & training EII	Adult participation in education and training (last 4 weeks) in energy-intensive industries	15.4%	15.6% (2023)	10.9% (2023)
Energy poverty	Share of the total population living in a household unable to keep its home adequately warm	2.6%	2.7% (2022)	9.3% (2022)
Transport poverty (proxy)	Estimated share of the AROP population that spends over 6% of expenditure on fuels for personal transport	30.5%	40.8% (2023)	37.1% (2023)
Carbon inequality	Ratio between the consumption footprint of the top 20% vs bottom 20% of the income distribution	1.4	1.4 (2021)	2.7 (2021)

Quelle: Eurostat (env_ac_ainah_r2, lfsa_egan2d, ilc_mdes01), EU-Arbeitskräfteerhebung (Zeitreihenbruch 2021), EMPL-JRC GD-AMEDI/AMEDI+ und DISCO(H)-Projekte.

Abbildung A8.1: **Herausforderungen für einen gerechten ökologischen Wandel in Österreich**

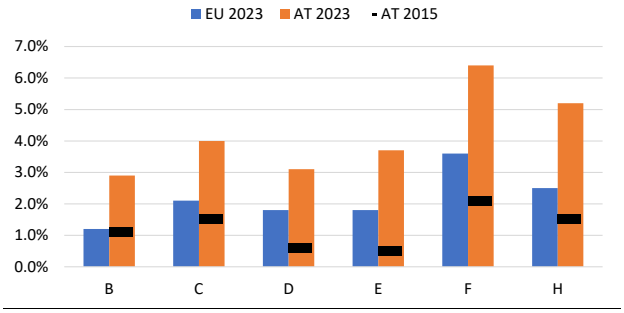


Quelle: Eurostat, EU-Arbeitskräfteerhebung, EMPL-JRC GD-AMEDI/AMEDI+ und DISCO(H)-Projekte (siehe Tabelle A8.1).

Die Weiterqualifizierung und Umschulung in energieintensiven Industriezweigen nahm leicht zu, doch besteht nach wie vor ein Fachkräftemangel. In energieintensiven Branchen stieg die Beteiligung der Arbeitnehmer an der allgemeinen und beruflichen Bildung von 15,7 % im Jahr 2015 auf 15,6 % im Jahr 2023 und lag damit deutlich über dem EU-Durchschnitt (10,9 %). 45 % der österreichischen KMU gaben an, dass die für die Ökologisierung von Unternehmen erforderlichen Kompetenzen an Bedeutung gewinnen (EU: 42 %).[75] Sollte Österreich seinen prognostizierten Beitrag zum EU-Ziel für erneuerbare Energien für 2030 erreichen, werden zwischen 3 500 und 4 400 zusätzliche Fachkräfte für den Einsatz von Wind- und Solarenergie benötigt, was Investitionen in Kompetenzen in Höhe von 45,5 bis 56,8 Mio. EUR erfordern könnte.[78] Um dieser Herausforderung zu begegnen, sehen spezifische Investitionen im Rahmen des ARP und des Mechanismus für einen gerechten Übergang Schulungen für die Umschulung von Arbeitnehmern in den vom Übergang betroffenen Regionen sowie ein breiteres Ausbildungsangebot auf nationaler Ebene und Flexibilitätsmechanismen zur Förderung unternehmensinterner Schulungen vor. In Österreich tragen rund 6 % der ESF+-Mittel dazu bei, grüne Kompetenzen und Arbeitsplätze zu fördern. So bietet das Projekt „CORA“ beispielsweise Computerschulungen für Frauen an, um die für grüne Arbeitsplätze erforderlichen Kompetenzen zu verbessern und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

[78] AMEDI-Projekt EMPL-JRC.

Abbildung A8.2: **Quote unbesetzter Stellen in vom Wandel betroffenen Sektoren sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**



B – Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
C – Verarbeitendes Gewerbe
D – Energieversorgung
E – Wasserversorgung Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen
F – Baugewerbe/Bau
H – Verkehr und Lagerei
Quelle: Eurostat jvs_a_rate_r2

Die Indikatoren für Energiearmut haben sich in Österreich nach dem Anstieg der Energiepreise leicht verschlechtert, liegen aber nach wie vor deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Der Anteil der Bevölkerung, der nicht in der Lage ist, die Wohnung angemessen warm zu halten, ging von 2,6 % im Jahr 2015 auf 1,7 % im Jahr 2021 zurück. Aufgrund von Energiepreissteigerungen aufgrund von Versorgungsengpässen infolge der COVID-19-Pandemie und des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine stieg sie jedoch trotz

der in Österreich ergriffenen Sofortmaßnahmen wieder auf 2,7 % im Jahr 2022 an. Dennoch blieb er deutlich unter dem EU-Durchschnitt (9,3 %).[79] Insbesondere 4,8 % der von Armut bedrohten Bevölkerung (AROP) (EU: 20,1 %) und 1,2 % der Haushalte mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich (EU: 11,6 %) waren 2022 nicht in der Lage, ihre Wohnungen warm zu halten. Andererseits gaben im Jänner 2023 40,8 % der armutsgefährdeten Bevölkerung einen erheblichen Teil ihres Budgets (mehr als 6 %) für Kraftstoffe für den privaten Verkehr aus (EU: 37,1 %).[80]

Obwohl Umweltungleichheiten unter dem EU-Durchschnitt liegen, stellen sie in Österreich nach wie vor ein Problem dar. Im Jahr 2022 war der Konsumfußabdruck der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen 1,4-mal höher als der Fußabdruck der ärmsten 20 % (EU: 1.8).[81] Für beide Gruppen ist der Konsumfußabdruck bei Nahrungsmitteln und Wohnen am höchsten. Darüber hinaus lag die durchschnittliche Luftverschmutzung im Jahr 2021 zwar unter dem EU-Durchschnitt (9,9 vs. 11,4 µg/m³ PM2,5), doch leben 53 % der Bevölkerung immer noch in Regionen, die einer kritischen Luftverschmutzung ausgesetzt sind.[82] Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesundheit, insbesondere gefährdete Gruppen, und jährlich etwa 3 200 vorzeitige Todesfälle haben.[83]

Österreich kommt bei der Umsetzung von Maßnahmen für einen gerechten Übergang zur Klimaneutralität gut voran. Es führt Maßnahmen durch, die darauf abzielen, den Menschen einschlägiges Wissen zur Verfügung zu stellen, um ihre Beschäftigung in der grünen Wirtschaft zu unterstützen und hochwertige Arbeitsplätze für einen gerechten und ökologischen Wandel zu gewährleisten. Die grünen Arbeitsplätze in Österreich werden jedoch von Männern dominiert, und es besteht nach wie vor ein geschlechtsspezifisches Lohngefälle. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die Teilhabe von Frauen im Rahmen des gerechten Übergangs zu verbessern, z. B. bei der Bereitstellung hochwertiger und zugänglicher Betreuungsdienste für Kinder und ältere Menschen, die Langzeitpflege benötigen. Österreich könnte von weiteren Analysen zur Bewertung der Schaffung grüner Arbeitsplätze dank der Maßnahmen profitieren, die auf die Weiterqualifizierung und Umschulung für reibungslose Arbeitsmarktübergänge abzielen.[84]

[79] Energiearmut ist ein mehrdimensionales Konzept. Der verwendete Indikator konzentriert sich auf ein Ergebnis der Energiearmut. Weitere Indikatoren sind auf der Beratungsplattform Energiearmut verfügbar.

[80] Die Erschwinglichkeit privater Kraftstoffe ist ein wichtiger Aspekt der Mobilitätsarmut. Der Indikator wurde im Rahmen der GD-AMEDI/AMEDI±Projekte der GD EMPL/JRC entwickelt. Die Methodik wird in Economic and distributional effects of higher energy prices on households in the EU (wirtschaftliche und Verteilungseffekte höherer Energiepreise auf die Haushalte in der EU) erläutert.

[81] Entwickelt im Rahmen des Projekts EMPL/JRC DISCO(H). Methodik erläutert in Gemeinsame Forschungsstelle, 2024. Carbon and environmental footprint inequality of household consumption in the EU. JRC137520. Der EU-Durchschnitt bezieht sich auf die EU-27 ohne Italien (Daten zu den Haushaltseinkommen in der HBS sind für IT nicht verfügbar).

[82] Doppelt so hoch wie die Empfehlungen in den WHO-Luftqualitätsleitlinien (jährliche Exposition von 5 µg/m³).

[83] EEA- Air Quality Health Risk Assessment

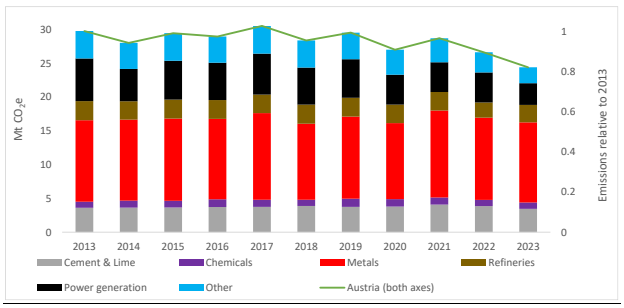
[84] Auf der Grundlage der Überprüfung der Überwachung der Empfehlung des Rates zur Gewährleistung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität, die im Oktober 2023 stattfand.

Der ökologische Wandel in der Industrie und der baulichen Umwelt, insbesondere Dekarbonisierung, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft, ist für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs von entscheidender Bedeutung.[85] In diesem Zusammenhang hat Österreich den Einsatz kreislauforientierter Materialien und Geschäftsmodelle in der Industrie und im Baugewerbe Priorität.

Österreich würde von der Förderung des Übergangs zur Kreislaufwirtschaft profitieren, um die Ziele des EU-Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft zu erreichen, da es eine Wirtschaft mit hohem Wirkungsgrad aufweist. Der Material-Fußabdruck im Jahr 2022 nahm zu und lag nach wie vor deutlich über dem EU-Durchschnitt (23,5 Tonnen gegenüber 14,8 Tonnen pro Kopf). Das Gesamtabfallaufkommen stieg zwischen 2010 und 2022, als Österreich 7,7 Tonnen Abfall pro Kopf erzeugte, was über dem EU-Durchschnitt lag. Im Jahr 2022 nahm Österreich eine umfassende Strategie für die Kreislaufwirtschaft an, um diese Herausforderungen anzugehen und seinen Materialfußabdruck und die kreislauforientierte Materialnutzung zu verringern, einschließlich einer Verringerung des inländischen Materialfußabdrucks um 25 % bis 2030. Die vollständige Umsetzung ihrer Strategie für die Kreislaufwirtschaft wird von entscheidender Bedeutung sein, um die angestrebten Vorteile zu nutzen und die ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

Seit 2013 sind die unter das EU-Emissionshandelssystem (EHS) fallenden Treibhausgasemissionen in Österreich[86] **um 18 % zurückgegangen**[87]**.** Im Jahr 2023 stammten nur 13 % der von den österreichischen EHS-Anlagen emittierten Treibhausgase aus der Stromerzeugung und lagen damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt (57 %). Von den Gesamtemissionen aller Industriezweige gab die Metallindustrie mehr als die Hälfte (56 %), die Zement- und Kalkproduktion 16 %, andere Industriezweige 11 %, Raffinerien 12 % und Chemikalien 4 % ab. Zwischen 2019 und 2023 verzeichnete der Energiesektor eine höhere Emissionsreduktion (44 %) als in den Industriesektoren (11 %), was zu einer Verringerung um insgesamt 17 % führte. Seit 2013 sind die Treibhausgasemissionen bei der Stromerzeugung um 49 % zurückgegangen, während sie in den anderen EHS-Sektoren nur um 10 % zurückgegangen sind, was auf ungünstige Entwicklungen bei der Herstellung von Chemikalien und Zement und die anhaltend hohen Emissionen im Metallsektor zurückzuführen ist.

Abbildung A9.1: **EHS-Emissionen nach Sektoren seit 2013**



Quelle: Europäische Kommission.

Die österreichische Industrie schreitet bei der effizienteren Ressourcennutzung voran, ist aber nach wie vor stärker von Unterbrechungen der Lieferkette betroffen als andere Mitgliedstaaten. Die kreislauforientierte Materialnutzungsrate stieg zwischen 2017 und 2022 auf 13,8 % und lag damit über dem EU-Durchschnitt. Die Abhängigkeit von materiellen Einfuhren ging zwischen 2017 und 2022 – von 43,1 % auf 40,1 % der verwendeten Materialien – zurück, war aber immer noch fast doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt von 22,4 %. Im Gegensatz dazu stieg die Ressourcenproduktivität 2022 auf 2,50 Kaufkraftstandards pro Kilogramm (KKS/kg) gegenüber 2,11 KKS/kg im Jahr 2017. Auf die Wasserentnahme für Herstellungszwecke entfielen im Jahr 2018 49,8 % der gesamten Wasserentnahme, sodass das verarbeitende Gewerbe in Österreich hinsichtlich der Wasseraufnahme der erste Sektor ist. Österreich

[85] Siehe auch Anhänge 6, 7 und 12.

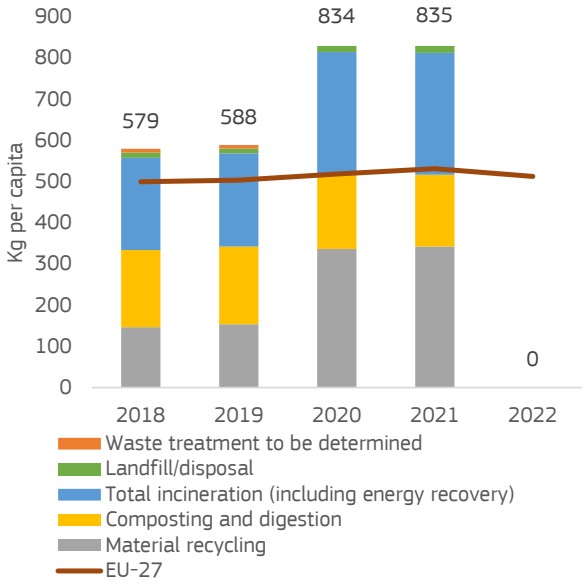
[86] Flugreisen sind bei dieser Analyse nicht berücksichtigt. Weitere Einzelheiten und die Datenquellen finden sich in Weitzel, M. van der Vorst, C. (2024), Uneven progress in reduction emissions in the EU ETS, JRC Science for policy brief, JRC138215, Gemeinsame Forschungsstelle.

[87] Im Zeitraum 2013-2022 schwankten die Treibhausgasemissionen der österreichischen EHS-Anlagen zwischen 27 und 30,5 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalent.

gehört zu den Spitzenreitern der EU im Bereich der nachhaltigen Innovation. Im Öko-Innovationsanzeiger 2022 rangierte Österreich unter den EU-Mitgliedstaaten an dritter Stelle. Darüber hinaus erhielt das Land im September 2023 insgesamt 264 Lizenzen für das EU-Umweltzeichen und 982 Produkte mehr als in den Vorjahren. Österreich belegte bei den Lizenzen für das EU-Umweltzeichen den vierten Platz.

Österreich gehört bei der Abfallbewirtschaftung zu den Spitzenreitern der EU, aber Siedlungsabfälle nehmen weiter zu. Mit einer Recyclingquote von 62,5 % für Siedlungsabfälle im Jahr 2021 hat Österreich die EU-Zielvorgabe von 50 % bis 2020 erreicht und ist auf dem richtigen Weg, das Recyclingziel für 2025 und die Zielvorgabe für die Deponierung bis 2035 zu erreichen. Die Recyclingquote von Kunststoffverpackungen liegt jedoch unter dem EU-Durchschnitt von 30,7 % gegenüber 39,7 %, wodurch Österreich Gefahr läuft, das materialspezifische Ziel für 2025 zu verfehlen. Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan sieht jedoch Investitionen in den Bau neuer und die Nachrüstung bestehender Anlagen zur Sortierung von Kunststoffabfällen vor, um die Menge an recyceltem Material zu erhöhen.

Abbildung A9.2: **Behandlung von Siedlungsabfällen**



Quelle: Eurostat.

Es besteht nach wie vor Spielraum für eine Verringerung der Umweltverschmutzung durch die Industrie. Die Industrie wirkt sich in Österreich weniger auf die Luftqualität aus als in anderen Mitgliedstaaten. Im Jahr 2020 betrugen die PM2,5- und PM10-Emissionen pro Wirtschaftsleistungseinheit (EUR'10)[88] 0,02 bzw. 0,04 Gramm, gegenüber einem EU-Durchschnitt von 0,07 bzw. 0,1. Im Zeitraum 2010-2021 verringerte der österreichische Industriesektor seine Emissionen der wichtigsten Schadstoffe in Luft und Wasser, und das Land zählte zu den fünf Ländern, die die deutlichsten Reduktionen der Emissionen von CO_2 und Schwermetallen (Cadmium, Quecksilber und Blei) in die Luft erreichten. Ein gegenläufiger Trend wurde jedoch bei der Stickstoffbelastung der Gewässer festgestellt, die im Laufe der Zeit leicht zugenommen hat. Die Behandlung gefährlicher Abfälle kann in Österreich verbessert werden. Im Jahr 2020 produzierte das Land pro Kopf 144 kg gefährliche Abfälle, und nur 31,3 % davon wurden

Tabelle A9.1: **Kreislaufwirtschaftsindikatoren**

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	EU-27	Latest year
Industry								
Resource productivity (purchasing power standard (PPS) per kilogram)	2.2	2.2	2.1	2.2	2.5	-	2.5	2022
Circular material use rate (%)	11.9	11.6	11.5	12.8	13.8	-	11.5	2022
Eco-innovation index (2013=100)	153.1	156.5	159.6	157.2	173.9	-	121.5	2022
Recycling of plastic packaging (%)	31.9	30.8	31.6	30.7	-	-	40.7	2021
Cost of air emissions from industry (EUR bn)	6.7	4.9	4.0	4.3	-	-	352.7	2021
Built environment								
Recovery rate from construction and demolition waste (%)	90.0	-	91.0	84.4	-	-	89.0	2020
Soil sealing index (base year = 2006)	102.9	-	-	-	-	-	103.4	2018
Non-residential floor area (m^2 per capita)	21.5	21.6	21.8	-	-	-	18.0	2020
Waste backfilled (%)	4.6	-	5.1	-	3.7	-	9.9	2020

Quelle: Eurostat, Europäische Umweltagentur.

behandelt.

Trotz der jüngsten Verbesserungen verschärft sich durch das System der bebauten Umwelt die Erschöpfung der Ressourcen zunehmend. Die Wohnfläche Österreichs stieg von 62,4 m^2 im Jahr 2018 auf 63,5 m^2 im Jahr 2020 und lag damit über dem EU-Durchschnitt von 54,4 m^2 pro Kopf. Auch die Nichtwohnfläche lag 2020 über dem EU-Durchschnitt. Zwischen 2006 und 2012 verzeichnete Österreich einen relativ geringen Anteil an Landrecycling und -verdichtung mit 7 % EU-Durchschnitt von 13,5 %. Es besteht die Gefahr, dass das Ziel des 8. Umweltaktionsprogramms, die Flächen nachhaltig zu bewirtschaften und bis 2050 keine Nettoflächenverbrauch zu erreichen, nicht erreicht wird. Um dieses Problem anzugehen, hat Österreich vereinbart, eine nationale Bodenschutzstrategie mit dem übergeordneten Ziel zu entwickeln, die Netto-Bodennutzung bis 2030 auf 2,5 ha zu begrenzen. Die Annahme dieser Reform bis 2022 wurde zwar in den Aufbau- und Resilienzplan aufgenommen, steht aber noch aus.

Österreich ist auf dem richtigen Weg, die Ziele der Abfallrahmenrichtlinie für den Bausektor zu erreichen, aber das Pro-Kopf-Abfallaufkommen zählt zu den höchsten in der EU. Abfälle, die fast seit 2010 bei Bau- und Abbruchtätigkeiten anfallen, beliefen sich auf 11,5 Mio. Tonnen. Der Anteil der Verfüllung stieg leicht von 48 % im Jahr 2018 auf 50 % im Jahr 2020. Die Beitreibungsquote Österreichs ist zurückgegangen und liegt 2021 bei 84 %. Es wurden erfolgreiche Pilotprojekte wie Baukarussell entwickelt, mit dem die Wiederverwendung von Gebäuden in großem Maßstab gefördert wird.

Der digitale Wandel ist für die Gewährleistung einer resilienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft maßgeblich. Im Einklang mit dem Politikprogramm für die digitale Dekade und insbesondere mit seinen Zielen für den digitalen Wandel bis 2030 werden in diesem Anhang die Leistung Österreichs in den Bereichen digitale Kompetenzen, digitale Infrastruktur/Konnektivität und Digitalisierung von Unternehmen und öffentlichen Diensten beschrieben. Gegebenenfalls wird auf die Fortschritte bei der Durchführung des Aufbau- und Resilienzplans Bezug genommen. Österreich stellt 36 % seines Gesamtbudgets der Aufbau- und Resilienzfazilität für den digitalen Bereich (1,34 Mrd. EUR) bereit.[89] Im Rahmen der Kohäsionspolitik werden zusätzliche 80 Mio. EUR (7 % der gesamten kohäsionspolitischen Mittel des Landes) für den digitalen Wandel des Landes bereitgestellt.[90]

Das Politikprogramm für die digitale Dekade gibt einen Weg für den erfolgreichen digitalen Wandel der EU bis 2030 vor. Im nationalen Fahrplan Österreichs sind die Maßnahmen dargelegt, die es zu ergreifen gedenkt, um die Ziele und Vorgaben auf nationaler Ebene zu erreichen. Im ersten Bericht über den Stand der digitalen Dekade wurde hervorgehoben, dass die gemeinsamen Anstrengungen zur Erreichung der EU-weiten Ziele und Vorgaben beschleunigt und vertieft werden müssen.[91] So fördert die digitale Befähigung der Bevölkerung die Entwicklung und Einführung digitaler Technologien und führt zu Produktivitätsgewinnen und neuen Geschäftsmodellen. Auch führt sie zu mehr Inklusion und Teilhabe in einem Umfeld, das zunehmend durch den digitalen Wandel geprägt ist.[92] Digitale Technologien, Infrastrukturen und Instrumente spielen allesamt eine Rolle bei der Bewältigung der derzeitigen strukturellen Herausforderungen, einschließlich der strategischen Abhängigkeit in verschiedenen Bereichen, der Cybersicherheit und des Klimawandels.

Der Mangel an Fachkräften der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist im Bereich der digitalen Kompetenzen eine zentrale Herausforderung für Österreich. Der Prozentsatz der Bevölkerung mit zumindest grundlegenden digitalen Kompetenzen liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. Während der Anteil der IKT-Fachkräfte an der Beschäftigung (5,3 %) über dem EU-Durchschnitt liegt (4,8 %), stellt der Mangel an digitalen Experten eine zentrale Herausforderung dar: der Anteil der Unternehmen, die schwer zu besetzende Stellen für IKT-Fachkräfte benötigen, lag 2023 deutlich über dem EU-Durchschnitt.[93]

Was die Infrastruktur betrifft, so liegt Österreichs Netzabdeckung mit sehr hoher Kapazität (VHCN) unter dem EU-Durchschnitt, aber bei 5G gut. Die Versorgung mit VHC-Netzen lag 2023 bei 68 %, was einen guten Fortschritt gegenüber 2022 aufweist, aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt (79 %) liegt. Im Gegensatz dazu ist 5G gut entwickelt, da 96 % der besiedelten Gebiete abgedeckt sind.

Hinsichtlich der Digitalisierung von Unternehmen bietet Österreich ein uneinheitliches Bild. Der Prozentsatz der KMU mit mindestens einer grundlegenden digitalen Intensität entspricht dem EU-Durchschnitt. Eine zentrale Herausforderung besteht darin, dass österreichische Unternehmen noch nicht alle verfügbaren digitalen Technologien in vollem Umfang nutzen. So liegt beispielsweise der Einsatz künstlicher Intelligenz durch österreichische Unternehmen leicht über dem EU-Durchschnitt, aber die Nutzung von Cloud-Diensten und

89 Der Anteil der Mittelzuweisungen, die zu den Digitalzielen beitragen, wurde anhand von Anhang VII der Verordnung über die Aufbau- und Resilienzfazilität berechnet.

90 Dieser Betrag umfasst alle Investitionen, die im Programmplanungszeitraum der Kohäsionspolitik 2021-2027 speziell auf den digitalen Wandel abzielen oder einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Die Quellen sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Kohäsionsfonds, der Europäische Sozialfonds Plus und der Fonds für einen gerechten Übergang.

91 Europäische Kommission (2023): Bericht über den Stand der digitalen Dekade 2023, Bericht 2023 über den Stand der digitalen Dekade | Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (europa.eu).

92 Siehe beispielsweise OECD (2019): OECD-Wirtschaftsausblick, Digitalisierung und Produktivität: Eine Geschichte von Komplementaritäten, OECD Economic Outlook, Ausgabe 2019, Bd. 1 |.OECD iLibrary (oecd-ilibrary.org) und OECD (2019): Going Digital: Shaping Policies, Improving Lives – Summary, https://www.oecd.org/digital/going-digital-synthesis-summary.pdf.

93 Quelle: Eurostat – Erhebung der Europäischen Union über IKT-Nutzung und elektronischen Handel in Unternehmen.

Datenanalysen liegt unter dem EU-Durchschnitt. Dies steht im Einklang mit dem neuen Indikator „KI oder Cloud- oder Datenanalyse“, der die drei Indikatoren für den Einsatz von Technologien zu einer einzigen Zahl kombiniert und einen Wert ausweist, der 8 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt liegt. Es wurden mehrere ARP-Maßnahmen für eine umfassendere Einführung digitaler Technologien in österreichischen Unternehmen eingeleitet, z. B. zur Bereitstellung von Beratungsleistungen und Investitionen für konkrete Digitalisierungsprojekte. 2022 meldeten 3,4 % der Unternehmen in Österreich einen Ausfall von IKT-Diensten aufgrund von Cyberangriffen (z. B. Ransomware-Angriffe, Verweigerung von Dienstangriffen). Im selben Jahr entwickelten oder überprüften 18,6 % der Unternehmen ihre IKT-Sicherheitspolitik in den vorangegangenen 12 Monaten.

Österreichs Leistung bei der Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen entspricht in etwa dem EU-Durchschnitt. Das Land ist seit jeher eine Vorreiterrolle bei elektronischen Behördendiensten, wobei die Zahl der Nutzer von elektronischen Behördendiensten relativ hoch ist. Auf der Angebotsseite liegt Österreich bei der Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger leicht über dem EU-Durchschnitt und bei der Bereitstellung digitaler öffentlicher Dienstleistungen für Unternehmen etwas darunter. Mit dem österreichischen Unternehmerportal-Gesetz wurde der Grundsatz der einmaligen Erfassung eingeführt. Darüber hinaus hat das Land sein Digitalisierungsfondsgesetz veröffentlicht, mit dem die Digitalisierung der österreichischen Bundesverwaltung beschleunigt werden soll. Das elektronische Identifizierungssystem „ID Austria“ ist seit April 2023 voll funktionsfähig. Österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger erhalten bei der Beantragung eines Reisepasses automatisch einen digitalen Ausweis. Mit der Maßnahme „ID Austria“ werden auch weitere Lösungen (z. B. digitale Zulassungsbescheinigung) einschließlich privatwirtschaftlicher Angebote bereitgestellt und der digitale Führerschein eingeführt. Als notifiziertes System im Rahmen der eIDAS-Verordnung (elektronische Identifizierung, Authentifizierung und Vertrauensdienste) bildet die „ID Austria“ auch die Grundlage für die gute Leistungsfähigkeit beim Zugang zu elektronischen Patientenakten. Österreichs Punktzahl liegt bei 88, während der EU-Durchschnitt bei 79 lag.

Tabelle A10.1: **Wichtigste Ziele der digitalen Dekade, die durch die Indikatoren des Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft überwacht werden**

	Austria			EU	Digital Decade target by 2030 (EU)
	2022	2023	2024	2024	
Digital skills					
At least basic digital skills	**63%**	**63%**	**65%**	**56%**	**80%**
% individuals	2021	2021	2023	2023	2030
ICT specialists ([1])	**4.5%**	**5.0%**	**5.3%**	**4.8%**	**20 million**
% individuals in employment aged 15-74	2021	2022	2023	2023	2030
Digital infrastructure/connectivity					
Fixed very high capacity network (VHCN) coverage	**45%**	**55%**	**68%**	**79%**	**100%**
% households	2021	2022	2023	2023	2030
Fibre to the premises (FTTP) coverage ([2])	**27%**	**37%**	**41%**	**64%**	**-**
% households	2021	2022	2023	2023	
Overall 5G coverage	**77%**	**92%**	**96%**	**89%**	**100%**
% populated areas	2021	2022	2023	2023	2030
Digitalisation of businesses					
SMEs with at least a basic level of digital intensity	**64%**	**NA**	**58%**	**58%**	**90%**
% SMEs	2021		2023	2023	2030
Data analytics	**NA**	**NA**	**24%**	**33%**	**-**
% enterprises			2023	2023	
Cloud	**29%**	**29%**	**36%**	**39%**	**-**
% enterprises	2021	2021	2023	2023	
Artificial intelligence	**9%**	**9%**	**11%**	**8%**	**-**
% enterprises	2021	2021	2023	2023	
AI or cloud or data analytics ([3])	**NA**	**NA**	**47%**	**55%**	**75%**
% enterprises			2023	2023	2030
Digitalisation of public services					
Digital public services for citizens	**76**	**78**	**81**	**79**	**100**
Score (0 to 100)	2021	2022	2023	2023	2030
Digital public services for businesses	**81**	**83**	**83**	**85**	**100**
Score (0 to 100)	2021	2022	2023	2023	2030
Access to e-health records	**NA**	**88**	**88**	**79**	**100**
Score (0 to 100)		2022	2023	2023	2030

(1) Das Ziel von 20 Millionen entspricht etwa 10 % der Gesamtbeschäftigung.
(2) Der Indikator für die Abdeckung mit FTTP-Anschlüssen (fibre to the premises – „Glasfaser bis zum Kunden") wird separat aufgeführt, da seine Bewertung ebenfalls separat überwacht und bei der Auswertung der Daten zur VHCN-Abdeckung im Rahmen der digitalen Dekade berücksichtigt wird.
(3) Mindestens 75 % der Unternehmen in der EU haben je nach Geschäftstätigkeit eine oder mehrere der folgenden Techniken eingeführt: i) Cloud-Computing-Dienste, ii) Massendatenverarbeitung (Big Data), iii) künstliche Intelligenz.

Quelle: Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft

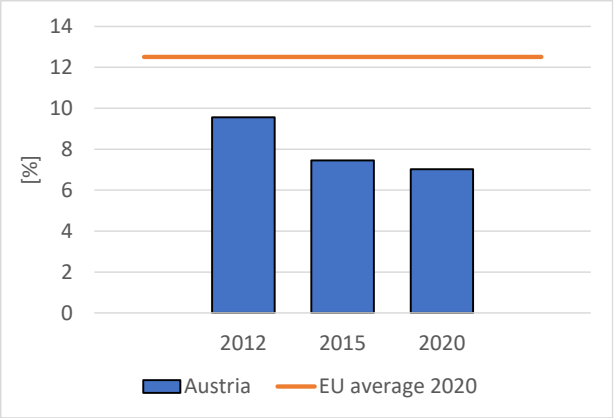
Dieser Anhang gibt einen allgemeinen Überblick über die Leistungsfähigkeit des österreichischen Forschungs- und Innovationssystems, das für die Verwirklichung des grünen und des digitalen Wandels und die Gewährleistung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit von wesentlicher Bedeutung ist.

Österreich ist ein sogenannter starker Innovator, wobei seine Innovationsleistung steigt, wenngleich weniger schnell als die der EU. Laut der Ausgabe 2023 des Europäischen Innovationsanzeigers[94] liegt die Leistung , des Landes bei 119,5 % des EU-Durchschnitts und über dem Durchschnitt der starken Innovatoren (111,6 %). Der Leistungsvorsprung Deutschlands gegenüber der EU wird jedoch kleiner.

Die FuE-Intensität[95] Österreichs ist in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestiegen und lag 2022 in der EU an dritter Stelle (3,20 %). Dieser positive Trend zeigt sich sowohl an der öffentlichen FuI-Intensität (0,98 % im Jahr 2022 gegenüber 0,85 % im Jahr 2010) als auch an der FuI-Intensität der Unternehmen (2,2 % im Jahr 2022 gegenüber 1,87 % im Jahr 2010). Die FuE-Steuergutschriften sind in Österreich im Laufe der Zeit stetig gestiegen und werden von österreichischen Unternehmen als starker Anreiz für FuE-Tätigkeiten angesehen.[96]

Das hohe Niveau der FuE-Investitionen führt jedoch nicht vollständig zu Innovationsergebnissen im Vergleich zu Peer-Ländern, insbesondere im Hinblick auf Unternehmensgründungen, Innovation in der Frühphase und Wachstum im Hochtechnologiesektor. Österreich erzielt im Vergleich zum Umfang seiner Innovationsinvestitionen weniger Innovationsergebnisse.[97] Dies wirkt sich auf die Unternehmensdynamik aus: 2020 waren nur 7,02 % der Österreicher in schnell wachsenden Unternehmen beschäftigt, gegenüber einem EU-Durchschnitt von 12,51 %. Nur 4 % der österreichischen KMU waren als Wachstumsunternehmen einzustufen, was unter dem EU-Durchschnitt von 10 % lag.[98] Mit seiner Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) für 2030 will Österreich zu einem internationalen Innovationsführer werden und hat sich das Ziel gesetzt, „100 % mehr wirtschaftlich erfolgreiche akademische Spin-offs“ hervorzubringen. Seitdem steht die Valorisierung von Forschungsergebnissen zum Nutzen der Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere durch Unternehmensgründungen durch Studierende und Forscher, zunehmend im Mittelpunkt der Wissenschafts-, Unternehmens- und Forschungspolitik.[99]

Abbildung A11.1: **Beschäftigungsanteil wachstumsstarker Unternehmen gemessen an der Beschäftigung (%)**



Quelle: Eurostat.

Die relativ geringe Größe der Risikokapitalmärkte, zu denen Risikokapital-, Wachstums- und Beteiligungskapital gehören, ist ein wesentlicher Grund für die geringe Unternehmensdynamik. Seit Jahren liegt die Risikokapitalintensität Österreichs unter den internationalen Standards, was zu einer begrenzten Skalierbarkeit für bestimmte österreichische Start-up-Unternehmen geführt hat.

94 Europäischer Innovationsanzeiger 2023 (EIS), Länderprofil: Österreich https://research-and-innovation.ec.europa.eu/statistics/performance-indicators/european-innovation-scoreboard_en: Der EIS bietet eine vergleichende Analyse der Innovationsleistung in den EU-Ländern, einschließlich der relativen Stärken und Schwächen ihrer nationalen Innovationssysteme (auch im Vergleich zum EU-Durchschnitt).

95 Definiert als Bruttoinlandsausgaben für FuE in Prozent des BIP.

96 rd-tax-stats-austria.pdf (oecd.org).

97 https://www.wipo.int/edocs/pubdocs/en/wipo-pub-2000-2023-en-main-report-global-innovation-index-2023-16th-edition.pdf

98 https://ec.europa.eu/docsroom/documents/54957.

99 Innovation (bmaw.gv.at).

Tabelle A11.1: **Wichtige Innovationsindikatoren**

Austria	2010	2015	2020	2021	2022	EU average (1)
Key indicators						
R&D intensity (GERD as % of GDP)	2.73	3.05	3.2	3.26	3.2	2.24
Public expenditure on R&D as % of GDP	0.85	0.86	0.96	1	0.98	0.73
Business enterprise expenditure on R&D (BERD) as % of GDP	1.87	2.18	2.23	2.25	2.2	1.48
Quality of the R&I system						
Scientific publications of the country within the top 10% most cited publications worldwide as % of total publications of the country	11	11	10.24	:	:	9.6
Patent Cooperation Treaty patent applications per billion GDP (in PPS)	5.3	5	4.77	:	:	3.4
Academia-business cooperation						
Public-private scientific co-publications as % of total publications	12.6	13.6	14.9	15.6	15.6	7.6
Public expenditure on R&D financed by business enterprise (national) as % of GDP	:	0.046	:	0.063	:	0.054
Human capital and skills availability						
New graduates in science & engineering per thousand pop. aged 25-34	15.5	18.3	19.4	19.2	:	16.9
Public support for business enterprise expenditure on R&D (BERD)						
Total public sector support for BERD as % of GDP	:	0.288	:	0.34	:	0.204
R&D tax incentives: foregone revenues as % of GDP	0.111	0.146	0.274	0.22	:	0.104
Green innovation						
Share of environment-related patents in total patent applications filed under Patent Cooperation Treaty (%)	17.4	13.8	17.9	:	:	14.7
Finance for innovation and economic renewal						
Venture capital (market statistics) as % of GDP	0.02	0.023	0.023	0.075	0.08	0.085
Employment share of high growth enterprises measured in employment (%)	:	7.45	7.02	:	:	12.51

(1) EU-Durchschnitt für das letzte verfügbare Jahr oder das Jahr mit den meisten Länderdaten.
Quelle: Eurostat, OECD, GD JRC, Science-Metrix (Scopus (Datenbank) und Patentstatistik' Datenbank des EPA), Invest EU.

Diese Start-up-Unternehmen expandieren entweder nicht oder haben Schwierigkeiten, dies innerhalb Österreichs zu tun, da sie häufig auf ausländisches Risikokapital angewiesen sind. Folglich kann diese Situation zur Abwanderung von Start-up-Unternehmen beitragen.[100] Die Risikokapitalintensität in % des BIP ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen (0,023 im Jahr 2020, 0,08 im Jahr 2022), liegt aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt (0,085).[101] In der Wirtschaftserhebung zur österreichischen Wirtschaft aus dem Jahr 2021 forderte die OECD Verbesserungen bei der Wirksamkeit von Start-up- und Wachstumsfinanzierungsinstrumenten, unter anderem durch die Vermeidung von Komplexität, die Ausweitung der Finanzierung in der späteren Phase und die Verbesserung der Bedingungen für Investitionen institutioneller Anleger in Risikokapital.[102] Ziel der neu eingeführten Initiative „Startup Invest" ist es, das Risikokapital für österreichische Technologie-Start-ups mit hohem Skalierungspotenzial unter Nutzung der Erfahrungen erfolgreicher Investoren zu erhöhen.[103]

[100] https://www.rat-fte.at/archive/files/rat-fte-pdf/RFTE-TB2023.pdf

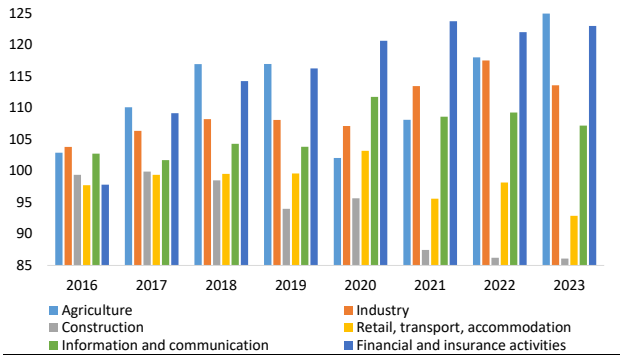
[101] Daten von Invest Europe (Mai 2023) unter Verwendung eines gleitenden Dreijahresdurchschnitts zur Verringerung der Volatilität.

[102] https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/eaf9ec79-en.pdf?expires=1701362724&id=id&accname=oid031827&checksum=0A5F416A4D61661199C194BC5A66FC29

[103] https://www.aws.at/aws-start-up-invest-boosting-scaling-potentials/

Die österreichische Wettbewerbsfähigkeit ist rückläufig. Laut dem IMD-Weltwettbewerbsfähigkeitszentrum rangierte Österreich 2023 an 24. Stelle und büßte damit seit dem letzten Jahr vier Plätze und seit 2020 acht Plätze ein.[104] Der Bericht zeigt, dass die Effizienz der Regierung (insbesondere Steuerpolitik und Reform des Pensions- und Gesundheitssystems) die größte Herausforderung darstellt, während die Infrastruktur in Österreich als die größte Stärke wahrgenommen wird. Auch das vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) entwickelte Wettbewerbsfähigkeitsradar weist denselben Trend auf, wobei das Land vor allem aufgrund niedriger Indikatoren für Beschäftigung und Einkommensverteilung hinter dem oberen Drittel der vergleichbaren EU-Länder zurückbleibt.[105] Darüber hinaus wirken sich die nominalen Lohnstückkosten, die aufgrund der hohen Inflation steigen, und die anhaltende Abhängigkeit von Energieimporten auf die Kostenwettbewerbsfähigkeit Österreichs aus. Während die FuE-Ausgaben hoch sind und weit über dem EU-Durchschnitt liegen, führen ungünstige demografische Entwicklungen zu einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung, und das Wirtschaftswachstum wird gedämpft. Produktivitätswachstum, Investitionen in Infrastruktur, Technologie und Humankapital werden daher für die Steigerung der Wirtschaftsleistung Österreichs von entscheidender Bedeutung sein.

Abbildung A12.1: **Reale Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde auf Branchenebene (Index, 2015 = 100)**



Quelle: Eurostat.

Die Produktivität ist in den letzten Jahren langsam gestiegen, liegt aber nach wie vor über dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitsproduktivität (gemessen am BIP pro geleistete Arbeitsstunde) erreichte im Jahr 2023 119 % des EU-Aggregats (in Kaufkraftstandards). Im Jahr 2023 ging die Arbeitsproduktivität um 1,7 % zurück, und das durchschnittliche Wachstum in den letzten zehn Jahren lag im Einklang mit anderen EU-Peer-Ländern bei nur 0,6 %. Allerdings gibt es große Unterschiede bei der Produktivität nach Sektoren (siehe Abbildung A12.1). Während das Baugewerbe, der Einzelhandel und die Beherbergungsdienstleistungen (die während der Pandemie schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden)[106] einen rückläufigen Trend aufweisen, weisen die Finanzdienstleistungen und das verarbeitende Gewerbe Produktivitätsraten auf, die über dem EU-Durchschnitt liegen. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie ging 2023 um 3,6 % pro Person und um 3,3 % pro Stunde zurück und lag damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Ähnliche Trends gab es bei der totalen Faktorproduktivität, die seit 2015 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,3 % im Einklang mit anderen fortgeschrittenen EU-Volkswirtschaften stagniert. Nach Angaben des Österreichischen Ausschusses für Produktivität ist das schwache Wachstum der Arbeit und der totalen Faktorproduktivität auf eine Verlangsamung des Produktivitätswachstums innerhalb der Sektoren und Unternehmen und nicht auf die Verlagerung des Anteils der Wertschöpfung zwischen Sektoren oder Unternehmen zurückzuführen.[107]

Hohe Investitionen und die entsprechende hohe Kapitalintensität sind wichtige Faktoren für das Wachstum Österreichs. Im Jahr 2022 gehörte die Investitionsquote zu den höchsten in der EU und erreichte 25,3 % des BIP (Unternehmensinvestitionen betrugen 15,7 %, d. h. zwei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt).

104 IMD World Competitiveness Ranking 2023.

105 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2023, WIFO-Monatsberichte, 2024.

106 Es ist wichtig, die Entwicklung des Tourismus hervorzuheben, dessen Beitrag zum BIP im Jahr 2021 auf 2,7 % sank, verglichen mit 5,3 % im Jahr 2019 aufgrund der Pandemie. Der Sektor scheint jedoch 2023 aus der Krise hervorgegangen zu sein, mit Übernachtungen und einer Wintersaison, die bereits 2019 das Vorkrisenniveau erreichte (Statistics Austria, 2024).

107 Österreichischer Ausschuss für Produktivität. Produktivitätsbericht 2023: Die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Die Gesamtinvestitionen stagnieren jedoch, wobei im Baugewerbe (hauptsächlich aufgrund von Wohngebäuden) ein erheblicher Rückgang zu verzeichnen ist, was hauptsächlich auf die hohe Unsicherheit und steigende Finanzierungskosten zurückzuführen ist. Der EIB-Investitionserhebung zufolge bestehen die größten Investitionshemmnisse in der Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal (91 % der Befragten gegenüber dem EU-Durchschnitt von 81 %), den Energiekosten (83 %) und der Unsicherheit über die Zukunft (78 %).[108]

Die österreichische Wirtschaft ist stark in die globalen Lieferketten integriert, insbesondere mit Deutschland und den osteuropäischen Ländern. Zwischen 2008 und 2020 ist der ausländische Anteil der österreichischen Ausfuhren schätzungsweise von 27,4 % auf 30,1 % gestiegen, was über dem OECD-Durchschnitt von 27,6 % liegt. In der Industrie sind Metalle und Kraftfahrzeuge am stärksten integriert.

Die materiellen Engpässe sind nun wieder auf das Niveau vor der Pandemie zurückzuführen, was mit den globalen Trends im Einklang steht. In der jüngsten Unternehmer- und Verbraucherumfrage[109] betrachteten nur 13,3 % der Industrieunternehmen nach wie vor den Mangel an Werkstoffen als Haupthindernis für die Produktion (siehe Tabelle A12.1). In einigen Sektoren wie der Automobilindustrie oder der Maschinenproduktion bestehen jedoch nach wie vor Engpässe in der Lieferkette (20 % aller Automobilunternehmen und 16 % der Maschinenbauunternehmen gaben an, dass Materialengpässe im vierten Quartal 2023 das schwerwiegendste Hindernis darstellten).

Österreich ist Nettoimporteur von Energiequellen und Rohstoffen, wobei energieintensive Industrien und der Verkehrssektor besonders betroffen sind. Einige Risiken ergeben sich aus anhaltenden Erdgaseinfuhren aus Russland, die 2023 immer noch rund 60 % betrugen. Österreich ist stark von Rohstoffimporten abhängig (nur Wolfram und Graphit werden in Österreich hergestellt und verarbeitet). Die metallverarbeitende Industrie und die Elektroindustrie sind in besonderem Maße von Rohstoffen abhängig. Der im Dezember 2021 veröffentlichte Masterplan für Rohstoffe 2030 steht im Einklang mit den im Gesetz zu kritischen Rohstoffen festgelegten Zielen.[110] Ihre Hauptziele sind die Sicherung der Versorgung mit primären und sekundären mineralischen Rohstoffen in Österreich und die Stärkung der Lieferketten, der Innovation und der Kreislaufwirtschaft.

Die Unternehmensfinanzierung konzentriert sich in Österreich stark auf Bankkredite, während die Beteiligungsfinanzierung im internationalen Vergleich gering ist. Der Zinsanstieg wirkte sich erheblich auf die Finanzierungskosten von Unternehmenskrediten aus. Nach Angaben der Österreichischen Zentralbank stieg der durchschnittliche Zinssatz für Unternehmenskredite von 1,7 % im Juni 2022 auf 5,2 % im September 2023. Die steigenden Fremdkapitalkosten im Zusammenhang mit den bestehenden wirtschaftlichen und geopolitischen Unsicherheiten haben daher die Nachfrage nach Unternehmenskrediten drastisch verringert. Nachdem das Wachstum der Unternehmenskredite im August 2022 12,1 % erreichte (das höchste Niveau der letzten 25 Jahre), ging die Jahreswachstumsrate bis September 2023 stetig auf 4,4 % zurück. Allerdings waren 2022 nur 3,2 % der Unternehmen von Kreditbeschränkungen betroffen; dies war die geringste Rate innerhalb der EU.

Die Zahl der verspäteten Zahlungen nimmt im Einklang mit dem EU-Durchschnitt zu. Was den Zahlungsverzug betrifft, so ist es für 53 % der österreichischen Unternehmen immer schwieriger, sich auf faire Zahlungsbedingungen zu einigen. Der Zahlungsrückstand bei B2B-Geschäften stieg 2023 auf 17 Tage (gegenüber 14 Tagen im Jahr 2022) und bei Geschäften mit dem öffentlichen Sektor auf 15 Tage (gegenüber 14 Tagen im Vorjahr), was dem EU-Durchschnitt entsprach (siehe Tabelle A12.1). Auch der Anteil der KMU, die in den letzten sechs Monaten Zahlungsverzug erlitten haben, ist gestiegen. Die österreichischen Unternehmen sind eindeutig besorgt über die Auswirkungen der Inflation auf die Wirtschaft und sind fest davon überzeugt, dass die steigende

[108] EIB Investment Survey – European Union Overview, 2023.

[109] Unternehmer- und Verbraucherumfrage, Europäische Kommission, 2023.

[110] COM(2023) 160 – Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen.

Inflation die größte Herausforderung für das Zahlungsgebaren ist (70 % gegenüber einem EU-Durchschnitt von 59 %), gefolgt von Regulierung und Compliance (67 % der österreichischen Unternehmen gegenüber einem EU-Durchschnitt von 54 %).[111] Angesichts der geringeren Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen blieb außerdem die konsolidierte Quote der notleidenden Kredite bei 2 %. Mitte 2023 lag der Anteil der notleidenden Kredite an Unternehmen und private Haushalte bei 2,7 % bzw. 2,2 %.[112]

Unternehmensinsolvenzen nahmen nach dem Ende der außergewöhnlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit COVID-19 zu. Der österreichischen Zentralbank zufolge sind die Unternehmensinsolvenzen im Juli 2023 gegenüber Juli 2019 gestiegen.[113] Grund hierfür war das Auslaufen großzügiger und sehr unspezifischer Förderregelungen für Unternehmen nach der COVID-19-Pandemie, was zu einem deutlichen Rückgang der Insolvenzen und einem Anstieg der Zinssätze mit einer restriktiveren Kreditpolitik der Banken führte.

In Österreich ist die Unternehmensdynamik rückläufig. Die Gründungs- und Sterberaten von Unternehmen gehören zu den niedrigsten in Europa.[114] Der Anteil von Start-up-Unternehmen und jungen Unternehmen geht zurück, was sich negativ auf die Produktivität auswirkt (während sich der Anteil junger Unternehmen im Jahr 2013 auf 5,4 % belief, ging er 2020 auf 3,8 % zurück und lag damit unter dem EU-Durchschnitt). Auch der Anteil wachstumsstarker Unternehmen liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt (2021: 8,21 % der Unternehmen und 7,29 % der Beschäftigten gegenüber 9,18 % bzw. 12,40 % in der EU). Die im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan vorgesehene Einführung einer neuen Kapitalgesellschaft für Start-up-Unternehmen („FlexKap“) im Jänner 2024 könnte den österreichischen Markt attraktiver machen.

Die geringe Dynamik des Unternehmenssektors und das Angebot an privatem Risikokapital behindern innovative Unternehmen und die Verbreitung von Technologie. Angebot und Nachfrage nach Risikokapital sind in Österreich nicht besonders hoch, was die Gründung und das Wachstum neuer technologieintensiver oder innovativer Unternehmen behindern könnte. Beschränkungen des Zugangs zu Risikokapitalfinanzierungen wirken sich auf innovative KMU und Start-up-Unternehmen aus. Die Risikokapitalfinanzierung ist mit nur 0,14 % des BIP im Jahr 2022 unterentwickelt und lag damit deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 0,42 %, und Risikokapital lag bei 0,041 % des BIP (EU-Durchschnitt 0,09 %).[115]

Die Quote unbesetzter Stellen ist in Österreich eine der höchsten in der EU. Besonders hoch ist der Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen, im Gastgewerbe, in der Datenverarbeitung sowie im Elektro- und Maschinenbau. Darüber hinaus sind rund drei Viertel der KMU in Österreich einem anhaltenden Fachkräftemangel ausgesetzt, wobei IT ein bemerkenswertes Beispiel ist.[116] Gleichzeitig ist auch die berufliche Bildung in den letzten zehn Jahren rückläufig, während der Anteil der von den Unternehmen finanzierten Ausbildungsmaßnahmen von 40 % auf 30 % der gesamten Berufsbildungsförderung zurückgegangen ist.[117] Dieser Mangel dürfte aufgrund des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierungsnachfrage zunehmen: so erreichen beispielsweise nur zwei Drittel der KMU in Österreich zumindest eine grundlegende digitale Intensität, die leicht unter dem EU-Durchschnitt liegt (und deutlich unter dem EU-Ziel von 90 % für 2030). Dies bedeutet, dass

111 Europäischer Zahlungsverkehrsbericht 2023, Intrum, 2023.

112 Oesterreichische Nationalbank, Financial Stability Report 46, 2023.

113 Oesterreichische Nationalbank, Financial Stability Report 46, 2023.

114 Unternehmensdemografie in der EU 2021, Unternehmensdemografiestatistik 2023, Eurostat. Die jüngsten Daten von Statistik Austria zeigen, dass die Registrierung der rechtlichen Einheiten im Jahr 2023 um 7 % niedriger war als 2022. Obwohl sie nicht mit Unternehmensgründungen gleichzusetzen sind, sind Registrierungen ein wichtiger Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung.

115 Investitionen in Europa: Private Equity Activity 2022, Invest in Europe, 2023.

116 Eurobarometer 529: Europäisches Jahr der Kompetenzen: Qualifikationsdefizite, Einstellungs- und Bindungsstrategien in kleinen und mittleren Unternehmen, September 2023.

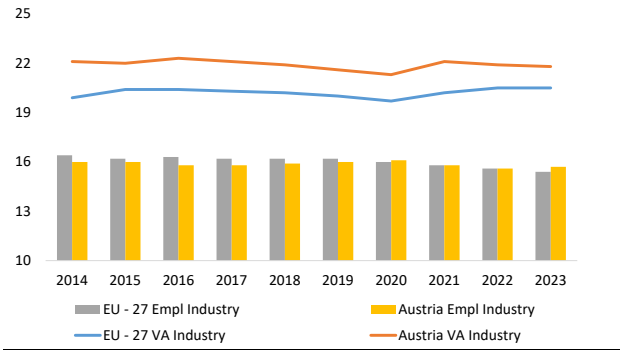
117 Finanzierung der Erwachsenenbildung und Weiterbildung in Österreich und in ausgewählten Vergleichsländern, AK Wien, 2022.

ein ungenutztes Potenzial zur Steigerung der Produktivität in bestimmten Sektoren durch Erhöhung der digitalen Intensität besteht (siehe auch Anhänge 10 und 14).

Der exportorientierte grüne Technologiesektor ist einer der schnell wachsenden Wirtschaftszweige der österreichischen Wirtschaft. Im Jahr 2022 lag Österreich im EU-Öko-Innovationsindex an dritter Stelle. Sie ist zwar führend beim Einsatz erneuerbarer Energien, da über 80 % ihres Strommixes aus erneuerbaren Quellen stammen, doch sind noch erhebliche Investitionen erforderlich, um das Ziel eines 100 %igen Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen bis 2030 zu erreichen. Wasserkraft, Solarthermie, Wärmepumpen, Anlagentechnik und Energiemanagement könnten die Grundlage für Österreichs Netto-Null-Technologien bilden (weitere Informationen zu sauberen Technologien in Österreich siehe Anhang 7).

Die Industrie ist für die österreichische Wirtschaft von zentraler Bedeutung, doch um wettbewerbsfähig zu bleiben, sind umfangreiche grüne Investitionen erforderlich. Auf die Industrie entfielen im Jahr 2023 21,8 % der Bruttowertschöpfung und 15,7 % der Gesamtbeschäftigung (gegenüber 20,6 % bzw. 15,4 % in der EU). Den schwer zu dekarbonisierenden Sektoren (Stahl, chemische Industrie) wird große wirtschaftliche Bedeutung beigemessen, weshalb Verbesserungen bei der Energieeffizienz und der Dekarbonisierung wichtig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Prozesse in Österreich zu erhalten (siehe Abbildung A12.2).

Abbildung A12.2: **Wertschöpfung und Beschäftigung in der Industrie (in % insgesamt)**



Quelle: Eurostat.

Komplexe und langwierige Raumplanungs- und Genehmigungsverfahren wirken sich negativ auf die Investitionen aus, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. Die Bundesländer haben in vielen Bereichen (Bau, Recht, Raumplanung usw.) weitreichende Kompetenzen, die in der Regel zu unterschiedlichen Verfahren und komplexen Anforderungen führen. Ein laufendes das Projekt im Rahmen der Single Market Enforcement Taskforce (Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften) zielt darauf ab, mehrere verfahrensbedingte Hindernisse für die Genehmigung von Anlagen für erneuerbare Energien zu beseitigen, insbesondere den Mangel an Personal oder technischen Kapazitäten, aber auch umfangreiche Anforderungen und Verzögerungen bei den Verwaltungsverfahren. Eine hohe Planungssicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung von Investitionsvorhaben.

Österreich ist stark in den Binnenmarkt integriert, und der Rechtsrahmen ist für die Unternehmen günstig. Die österreichischen Exporte sind relativ breit gefächert, wobei etwa 80 % in die EU gehen. Darüber hinaus entsprechen die Regulierungs- und Verwaltungsvorschriften der Europäischen Investitionsbank[118] den EU-Standards. Dennoch besteht noch Spielraum für weitere Verbesserungen, auch in Bezug auf laufende Vertragsverletzungsverfahren, die für den Binnenmarkt relevant sind. Die durchschnittliche Dauer von Vertragsverletzungsverfahren beträgt rund 50 Monate und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge schneidet Österreich insgesamt recht gut ab: der Prozentsatz der Angebote mit nur einem Angebot liegt bei 27 % und damit leicht unter dem EU-Durchschnitt, und die Direktvergabequote liegt bei nur 7 % (siehe Tabelle A12.1).

Die regulatorischen Beschränkungen sind in Österreich bei vielen reglementierten Berufen höher als im EU-Durchschnitt, insbesondere bei Architekten und Bauingenieuren. Zu diesen Zugangsschranken und restriktiven Vorschriften gehören unter anderem umfangreiche vorbehaltene Tätigkeiten und interdisziplinäre Beschränkungen. Darüber hinaus gehört Österreich

[118] EIB Investment Survey – European Union Overview, 2023.

nach wie vor zu den restriktivsten Mitgliedstaaten im Einzelhandel.[119] Auch die österreichische Bundeswettbewerbsbehörde wies kürzlich auf eine hohe Marktkonzentration sowie höhere Preise im Vergleich zu anderen Ländern hin, die aus territorialen Versorgungsengpässen resultieren könnten.[120]

Österreich ist in Bezug auf digitale Dienste und elektronische Behördendienste im Allgemeinen gut aufgestellt (siehe Anhang 13). Es hat die digitalen öffentlichen Dienste für die Wirtschaft erheblich erweitert, und zwar im Allgemeinen nach dem Grundsatz der einmaligen Erfassung. Österreich löste 70 % der SOLVIT-Fälle (98), die es als federführende Stelle bearbeitete, was unter dem EU-Durchschnitt von 88 % lag (siehe Tabelle A12.1). Viele der ungelösten Fälle sind jedoch auf ein systemisches Problem im Zusammenhang mit Schwierigkeiten bei der Beantragung von Familienleistungen zurückzuführen. Ohne diese Fälle hätte seine Lösungsquote voraussichtlich 83,7 % betragen.

Österreich hat mit dem technischen System zur einmaligen Erfassung (OOTS)[121] **die Produktionsphase erreicht**, das seine Fähigkeit zur Durchführung erster Live-OOTS-Transaktionen unter Beweis stellt. Als Teil der Verordnung über das einheitliche digitale Zugangstor[122] wird das System den automatisierten grenzüberschreitenden Austausch von Nachweisen zwischen den zuständigen Behörden ermöglichen, wodurch der Online-Zugang zu Informationen, Verwaltungsverfahren und Unterstützung innerhalb der EU verbessert wird. Das Einsteigen der zuständigen österreichischen Behörden ist für das reibungslose Funktionieren des Systems und für die Verringerung des Verwaltungsaufwands von entscheidender Bedeutung.

[119] Indikator für Restriktionen im Einzelhandel, Europäische Kommission, 2022.

[120] Sektoruntersuchung Lebensmittel, Österreichische Bundeswettbewerbsbehörde (AFCA), November 2023.

[121] Durchführungsverordnung (EU) 2022/1463.

[122] Verordnung (EU) 2018/1724.

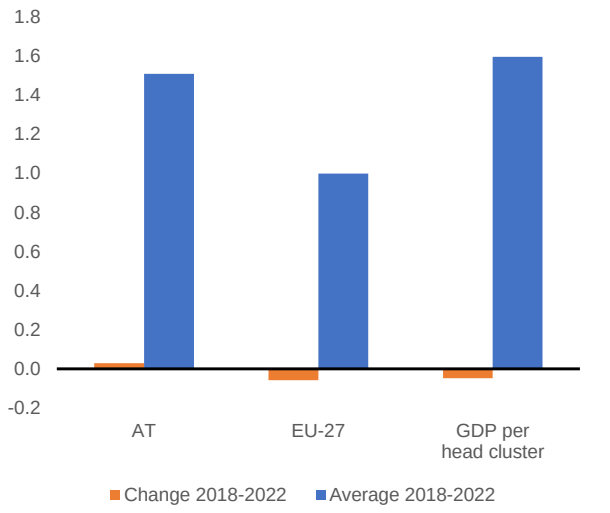
Tabelle A12.1: **Binnenmarkt und Industrie**

Austria							
POLICY AREA	**INDICATOR NAME**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**EU27 average***
HEADLINE INDICATORS							
Economic Structure	Net Private investment, level of private capital stock, net of depreciation, % GDP[1]	6	4.5	5.3	4.9	3.8	**3.8**
	Net Public investment, level of public capital stock, net of depreciation, % GDP[1]	0.6	0.6	0.8	0.7	0.8	**1.2**
	Real labour productivity per person in industry (% yoy)[2]	-0.7	-5.6	10.4	2.7	-3.6	**-1.24**
Cost competitiveness	Nominal unit labour cost in industry (% yoy)[2]	3.3	5.5	-6.5	2.4	11.6	**9.83**
SINGLE MARKET							
Single Market integration	EU Trade integration, % (Average intra-EU imports + average intra EU exports)/GDP[2]	37.8	34.5	38.3	42.3	38.7	**42.9**
Compliance	Transposition deficit, % of all directives not transposed[3]	0.7	1.2	1.9	1	1	**0.7**
	Conformity deficit, % of all directives transposed incorrectly[3]	2	1.9	1.5	1.2	1.4	**1.1**
	SOLVIT, % resolution rate per country[3]	75.3	75.8	74.4	71.9	70.0	**88.3**
	Number of pending infringement proceedings[3]	27	35	35	29	24	**25.9**
Restrictions	EEA Services Trade Restrictiveness Index[4]	0.06	0.06	0.06	0.06	0.06	**0.05**
Public procurement	Single bids, % of total contractors[3]	24	22	25	29	27	**28.6**
	Direct Awards, %[3]	2	13	10	7	7	**8.1**
ECONOMIC STRUCTURE							
Shortages	Material Shortage (industry), firms facing constraints, %[5]	9.0	5.0	28.3	35.2	13.3	**17.2**
	Labour Shortage using survey data (industry), firms facing constraints, %[5]	16.1	7.0	14.5	21.4	18.0	**23.3**
	Vacancy rate, % of vacant posts to all available ones (vacant + occupied)[2]	3.7	3.1	4.3	5.8	5.1	**2.5**
Strategic dependencies	Concentration in selected raw materials, Import concentration index based on a basket of critical raw materials[6]	0.2	0.17	0.17	0.2	0.2	**0.22**
	Installed renewables electricity capacity, % of total electricity produced[2]	0.8	0.8	0.8	0.8		**50**
BUSINESS ENVIRONMENT - SMEs							
Investment obstacles	Impact of regulation on long-term investment, % of firms reporting business regulation as major obstacle[7]	35.8	29.2	35.4	26.0	30.0	**22.2**
Business demography	Bankruptcies, Index (2015=100)[2]	-	-	-	-	-	**105.6**
	Business registrations, Index (2015=100)[2]	-	-	-	-	-	**120.2**
Late payments	Payment gap - corporates B2B, difference in days between offered and actual payment[8]	-	14	12	14	17	**15**
	Payment gap - public sector, difference in days between offered and actual payment[8]	-	12	12	14	15	**16**
	Share of SMEs experiencing late payments in past 6 months, %[9]	38.2	30.4	30.4	32.3	42.1	**48.7**
Access to finance	EIF Access to finance index - Loan, Composite: SME external financing over last 6 months, index values between 0 and 1[10]	0.73	0.72	0.73	0.70	-	**0.49**
	EIF Access to finance index - Equity, Composite: VC/GDP, IPO/GDP, SMEs using equity, index values between 0 and 1[10]	0.15	0.08	0.12	0.12	-	**0.17**

Quelle: (1) AMECO, (2) Eurostat, (3) Binnenmarktanzeiger, (4) OECD, (5) COMEXT-Berechnungen und Berechnungen der Kommission, (6) EIB Investment Survey, (7) Intrum Payment Report, (8) SAFE-Umfrage, (9) EIF KMU-Zugangsindex.
* Eigene Berechnungen der Kommission für den Durchschnitt der EU-27

Die öffentliche Verwaltung Österreichs ist für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung, indem sie insbesondere die Voraussetzungen für den zweifachen Wandel schafft und günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen schafft. Die Wahrnehmung der Wirksamkeit der öffentlichen Verwaltung in Österreich liegt trotz der Herausforderungen bei der staatlichen Koordinierung der Reformen der öffentlichen Verwaltung weiterhin über dem EU-Durchschnitt (Abbildung A13.1). Die Regierung setzt die Reformziele des Programms „Zuständig für Österreich 2020-2024" weiter um. Der Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung, der Prozessvereinfachung, der Entwicklung von Synergien zwischen den verschiedenen Regierungsebenen, der Transparenz und der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber im Verhältnis zum Privatsektor.[123]

Abbildung A13.1: **Leistungsfähigkeit der Regierung**



Durchschnittswert im Zeitraum 2018–2022 und Veränderung im Zeitraum 2018-2022.
Das BIP pro Kopf zeigt den Mittelwert des Indikators für die Wirksamkeit des Staates für die Gruppe von EU-Ländern, die demselben BIP-Cluster wie Österreich angehören (die EU-Länder sind nach ihrem Pro-Kopf-BIP geordnet und in drei gleich großen Clustern zusammengefasst).
Quelle: Weltweite Governance-Indikatoren

Die Annahme von COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen hat weitere Diskussionen über eine faktengestützte Politikgestaltung ausgelöst, die in Österreich zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt hat. Es gibt zwar keine zentralen Koordinierungsstellen oder -einrichtungen, wie z. B. einen wissenschaftlichen Leiter, doch werden Folgenabschätzungen eingesetzt, um eine faktengestützte Politikgestaltung im Gesetzgebungsverfahren zu fördern.[124] Darüber hinaus werden die Empfehlungen verschiedener unabhängiger Beratungsgremien, wie des Fiskalrates, ausführlich erörtert, aber nur teilweise umgesetzt. Die Auswirkungen der jüngsten Reformen zur Verbesserung der öffentlichen Konsultationen zu allen Legislativvorschlägen während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens sind noch zu spüren.

Österreich hat bei der Politikgestaltung in Klimafragen einen neuartigen Ansatz verfolgt, wobei eine neu gegründete Bürgerklimaversammlung Vorschläge für klimabezogene Maßnahmen erarbeitet hat.[125] Das Finanzministerium hat mit der umweltgerechten Haushaltsplanung auf Bundesebene begonnen, wobei der Schwerpunkt auf der Umsetzung im Ministerium liegt.[126]

Die Digitalisierungsbemühungen konzentrieren sich stark auf den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) in der öffentlichen Verwaltung. Staatliche Stellen haben mehrere Berichte erstellt, in denen die Chancen und Herausforderungen der KI, ihre ethische Nutzung und praktische Leitlinien für ihre Nutzung durch Beamte untersucht werden.[127] Was die Erbringung von Dienstleistungen betrifft, so liegt Österreich

[123] Bundeskanzleramt, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024, https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html.

[124] Ministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (N.D.), Wirkungsorientierte Folgenabschätzung, https://oeffentlicherdienst.gv.at/wirkungsorientierte-verwaltung/wirkungsorientierte-folgenabschaetzung/.

[125] Vgl. Ministerium für Klima und Umwelt (n.d.), „Klimarat der Bürgerinnen und Bürger". Verfügbar unter: https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/klimarat.html (abgerufen am 7.12.2023).

[126] Finanzministerium (2023), „Green Budgeting im Bundesministerium für Finanzen". Verfügbar unter: https://www.bmf.gv.at/themen/klimapolitik/green_Budgeting/green_budgeting-/green_budgeting_im_bundesministeriums_f%C3%BCr_finanzen.html (abgerufen am 7.12.2023).

[127] Ministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (2023), Leitfaden – Digitale Verwaltung und Ethik – Öffentlicher Dienst (oeffentlicherdienst.gv.at)

Tabelle A13.1: **Indikatoren für die öffentliche Verwaltung**

AT	Indicator ([1])	2019	2020	2021	2022	2023	EU-27([2])
E-government and open government data							
1	Share of internet users within the last year that used a public authority website or app	n/a	n/a	n/a	78.5	79.0	75.0
2	E-government benchmark overall score ([3])	n/a	84.1	76.3	77.8	81.1	75.8
3	Open data and portal maturity index	0.7	0.9	0.9	0.8	0.9	0.8
Educational attainment level, adult learning, gender parity and ageing							
4	Share of public administration employees with higher education (levels 5-8, %)	38.1	38.0	38.9 (b)	41.2	41.9	52.9
5	Participation rate of public administration employees in adult learning (%)	18.3	13.1	17.8 (b)	20.3	22.7	17.9
6	Gender parity in senior civil service positions ([4])	20.6	22.0	19.0	16.4	16.8	9.2
7	Ratio of 25-49 to 50-64 year olds in NACE sector O	1.3	1.4	1.4 (b)	1.5	1.4	1.5
Public financial management							
8	Medium-term budgetary framework index	0.6	0.7	0.7	0.7	n/a	0.7
9	Strength of fiscal rules index	1.2	1.2	1.2	1.2	n/a	1.4
Evidence-based policy making							
10	Regulatory governance	n/a	n/a	1.86	n/a	n/a	1.7

([1]) Hohe Werte stehen für eine gute Leistung, ausgenommen bei Indikator 6. ([2]) Wert für 2023. Falls nicht verfügbar, wird der aktuellste verfügbare Wert angezeigt. ([3]) Misst die Nutzerorientierung (auch bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen) und die Transparenz digitaler öffentlicher Dienstleistungen sowie die Existenz wichtiger Voraussetzungen für die Bereitstellung dieser Dienstleistungen. ([4]) definiert als absoluter Wert der Differenz zwischen dem prozentualen Anteil von Männern und Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst.

Zeichen: (b) Zeitreihenbruch; (d) = abweichende Definition; (u) geringe Zuverlässigkeit.

Quelle: E-Government-Aktivitäten von Einzelpersonen über Websites, Eurostat (# 1); Bericht zu E-Government-Benchmarks (Nr. 2), Studie zum Reifegrad offener Daten (Nr. 3), AKE, Eurostat (Nr. 4, 5, 7); Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (Nr. 6), Datenbank zur haushaltspolitischen Steuerung (Nr. 8, 9), OECD-Indikatoren zur Regulierungspolitik und Governance (Nr. 10).

bei der Nutzung von Websites für staatliche Aktivitäten in der Nähe des EU-Durchschnitts. Die Einführung einer neuen Online-Identitäts-App Ende 2023 dürfte den Zugang zu Verwaltungsverfahren durch biometrische Identifizierung verbessern.[128]

Der öffentliche Dienst wird in den nächsten 13 Jahren von einer Pensionierungswelle betroffen sein, auch wenn der Anteil der über 55-Jährigen im öffentlichen Dienst derzeit unter dem EU-Durchschnitt liegt. Als Reaktion darauf arbeitet die Regierung daran, die Attraktivität des öffentlichen Sektors zu erhöhen, indem sie ihn für Kandidaten aus der Privatwirtschaft öffnet und das Einstiegsgehalt erhöht.[129] Die Geschlechterparität im öffentlichen Dienst liegt nach wie vor leicht unter dem EU-Durchschnitt, setzt aber den Aufwärtstrend der letzten Jahre fort. Schließlich will die Regierung das Qualifikationsdefizit in der öffentlichen Verwaltung durch die Einrichtung der Austrian School of Government schließen, die dazu beitragen wird, die Qualifikationsanforderungen des Arbeitsplatzes mit den Lehrplänen der Ausbildungseinrichtungen in Einklang zu bringen.

Bei der Bereitstellung offener staatlicher Daten liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt (Tabelle A13.1). Es wurde ein neuer Legislativvorschlag angenommen, der die offizielle Geheimhaltungspflicht durch das Recht des Einzelnen auf Information ersetzt und ab September 2025 gelten wird. Dennoch werden die Beratungen über die Wirksamkeit des Vorschlags und seiner Ausnahmen fortgesetzt.

Das Justizwesen arbeitet insgesamt effizient. Die Dispositionszeiten in streitigen Zivil- und

[128] Europäische Kommission, GD REFORM, Öffentliche Verwaltung und Governance: Österreich, Amt für Veröffentlichungen der EU, 2024 (in Kürze).

[129] Europäische Kommission, GD REFORM, Öffentliche Verwaltung und Governance: Österreich, Amt für Veröffentlichungen der EU, 2024 (in Kürze).

Handelssachen sind nach wie vor sehr gering (142 Tage in erster Instanz im Jahr 2022). Österreich hat die Verwaltungsverfahren in den letzten Jahren weiter verbessert, mit einer relativ hohen Abschlussquote (112 % im Jahr 2022) und einer kontinuierlichen Verringerung der Dispositionszeiten (288 Tage im Jahr 2022 gegenüber 312 im Jahr 2021). Der Digitalisierungsgrad ist sehr weit fortgeschritten, auch wenn bei der Umsetzung bestimmter Instrumente noch einige Lücken bestehen. In Bezug auf die Unabhängigkeit der Justiz wurden keine systemischen Mängel gemeldet.[130]

[130] Weitere Einzelheiten sind dem EU-Justizbarometer 2024 und dem Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit 2024 (in Kürze) zu entnehmen.

ANHANG 14: HERAUSFORDERUNGEN IN DEN BEREICHEN BESCHÄFTIGUNG, KOMPETENZEN UND SOZIALPOLITIK BEI DER EUROPÄISCHEN SÄULE SOZIALER RECHTE

Die europäische Säule sozialer Rechte bildet eine Richtschnur für eine Aufwärtskonvergenz in Richtung besserer Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU. Dieser Anhang gibt einen Überblick über die Fortschritte Österreichs bei der Umsetzung der 20 Grundsätze der Säule sowie der EU-Kernziele und der nationalen Ziele für 2030 in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung.

Tabelle A14.1: **Sozialpolitisches Scoreboard für Österreich**

Policy area	Headline indicator	
Equal opportunities and access to the labour market	Adult participation in learning (during the last 12 months, excl. guided on the job training, % of the population aged 25-64, 2022)	52.2
	Early leavers from education and training (% of the population aged 18-24, 2023)	8.6
	Share of individuals who have basic or above basic overall digital skills (% of the population aged 16-74, 2023)	64.7
	Young people not in employment, education or training (% of the population aged 15-29, 2023)	9.4
	Gender employment gap (percentage points, population aged 20-64, 2023)	7.8
	Income quintile ratio (S80/S20, 2022)	4.3
Dynamic labour markets and fair working conditions	Employment rate (% of the population aged 20-64, 2023)	77.2
	Unemployment rate (% of the active population aged 15-74, 2023)	5.1
	Long term unemployment (% of the active population aged 15-74, 2023)	1.1
	Gross disposable household income (GDHI) per capita growth (index, 2008=100, 2022)	99.4
Social protection and inclusion	At risk of poverty or social exclusion (AROPE) rate (% of the total population, 2022)	17.5
	At risk of poverty or social exclusion (AROPE) rate for children (% of the population aged 0-17, 2022)	21.6
	Impact of social transfers (other than pensions) on poverty reduction (% reduction of AROP, 2022)	41.96
	Disability employment gap (percentage points, population aged 20-64, 2022)	23.8
	Housing cost overburden (% of the total population, 2022)	7.4
	Children aged less than 3 years in formal childcare (% of the under 3-years-old population, 2022)	23
	Self-reported unmet need for medical care (% of the population aged 16+, 2022)	0.5

Critical situation | To watch | Weak but improving | Good but to monitor | On average | Better than average | Best performers

(1) Aktualisierung vom 27. Oktober 2023. Die Mitgliedstaaten werden auf der Grundlage des sozialpolitischen Scoreboards nach einer mit dem Beschäftigungsausschuss und dem Ausschuss für Sozialschutz vereinbarten Methodik kategorisiert. Einzelheiten zur Methodik finden Sie im Anhang des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2024.
Quelle: Eurostat.

Trotz einer Schwächung der Wirtschaft erweist sich der österreichische Arbeitsmarkt als robust. Im Laufe des Jahres 2023 blieb die Beschäftigungsquote stabil und ging im Vergleich zum Vorjahr nur um 0,1 Prozentpunkte auf 77,2 % zurück und blieb damit in der Nähe des nationalen Beschäftigungsziels für 2030. Angesichts der gestiegenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern wird die Beschäftigung im Jahr 2024 voraussichtlich zunehmen. Während die Arbeitslosenquote im Jahresvergleich um 0,3 Prozentpunkte auf 5,1 % im Jahr 2023 gestiegen ist, dürfte sie sich 2024 bei rund 5,3 % stabilisieren.

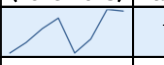
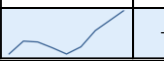
Das Arbeitsmarktpotenzial von Frauen wird nach wie vor nicht ausreichend genutzt, wobei immer noch erhebliche Hürden bestehen. Die Beschäftigungsquote von Frauen war 2023 in absoluten Zahlen hoch (73,3 %). Gleichzeitig verzeichnete Österreich jedoch mit 38,6 Prozentpunkten eines der größten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung in der EU, wobei mehr als die Hälfte der Frauen in Teilzeit arbeitete, was erheblich zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei den Löhnen und Gehältern beigetragen hat. Im Jahr 2022 verringerte sich das unbereinigte geschlechtsspezifische Lohngefälle leicht um 0,4 Prozentpunkte und lag bei 18,4 %. Das geschlechtsspezifische Pensionsgefälle lag bei 34,4 % und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 26 %. Unbezahlte Betreuungsarbeit und ein Mangel an erschwinglicher und hochwertiger frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sind wichtige Gründe, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu erklären. Im Jahr 2023 nahmen nur 24,1 % der Kinder unter drei Jahren an FBBE teil, was nur einem geringfügigen Anstieg um 1,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr entspricht und deutlich unter dem nationalen Barcelona-Ziel von 31,9 % liegt. Darüber hinaus lebt jedes vierte Kind in einkommensschwachen Familien in Haushalten, die einen ungedeckten Bedarf an Kinderbetreuungsleistungen angeben.[131] Zusätzliche Maßnahmen im Einklang mit der Europäischen Garantie für Kinder können zusammen mit der finanziellen Unterstützung im Rahmen des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (ARRP) und des ESF+, mit denen die Verfügbarkeit von FBBE verbessert werden soll, die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen.

Der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel zählt nach wie vor zu den höchsten in der EU

[131] OECD, Childhood socio-economic disadvantage in Austria: A snapshot of key challenges (oecd-ilibrary.org), 2023.

und wirkt sich auf Wachstum, Investitionen und Innovation aus. Zusammen mit der Unterrepräsentation verschiedener Gruppen auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen und den Herausforderungen, die sich aus dem Mangel an bestimmten Qualifikationen ergeben, untergräbt dieser Mangel die Bemühungen Österreichs, seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Während die Quote der unbesetzten Stellen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 4,7 % im Jahr 2023 zurückging, gehörte sie nach wie vor zu den höchsten in der EU und liegt seit Ende 2021 bei über 4 %. Insbesondere im Dienstleistungs- und im Baugewerbe gab es Engpässe. Rund 25 % der Bauunternehmen gaben an, im dritten Quartal 2023 Personalmangel zu verzeichnen. Im Jahr 2023 gaben 62 % der Unternehmer in Österreich an, von Engpässen stark betroffen zu sein. Fast die Hälfte gab an, dass dies Innovationen behindert, und mehr als die Hälfte verzeichnete infolgedessen sinkende Einnahmen.[132] Eine alternde Gesellschaft, die sich ändernden Qualifikationsanforderungen im Zusammenhang mit dem grünen und dem digitalen Wandel und das bestehende Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage sind allesamt Faktoren, die diesen Mangel erklären.[133] Das österreichische System der beruflichen Aus- und Weiterbildung, das kontinuierlich weiterentwickelt wird, unterstützt Nachhaltigkeit und zielt auf den grünen Wandel ab. Im Rahmen des nationalen Umsetzungsplans der Empfehlung des Rates zur beruflichen Aus- und Weiterbildung strebt Österreich an, den Fachkräftemangel zu beheben, die Attraktivität der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu erhöhen und nicht-formale Qualifikationen und informelles Lernen attraktiver zu machen.

Tabelle A14.2: **Stand Österreichs bei den Zielen für Beschäftigung, Kompetenzen und Armutsbekämpfung bis 2030**

Indicators	Latest data	Trend (2016-2023)	2030 target	EU target
Employment (%)	77.2 (2023)		79.9	78
Adult learning[1] (%)	52.2 (2022)		62	60
Poverty reduction[2] (thousands)	158 (2023)		-204	-15,000

(1) Erhebung über die Erwachsenenbildung, Erwachsene, die sich in den letzten 12 Monaten in der Ausbildung befanden, Spezialextraktion, ausgenommen geführte Ausbildung am Arbeitsplatz.
(2) Änderung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen, Referenzjahr 2019.
Quelle: Eurostat, GD EMPL.

Trotz des weitverbreiteten Arbeitskräftemangels und des Missverhältnisses zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage sind einige Gruppen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor unterrepräsentiert. Obwohl die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (55-64 Jahre) in den letzten zehn Jahren kontinuierlich auf 57,3 % im Jahr 2023 gestiegen ist, bleibt sie deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 63,9 %. Mit weniger digitalen Kompetenzen und oft mit diskriminierenden Praktiken aufgrund ihres Alters ist es für Arbeitnehmer über 55 Jahre schwierig, wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau sind besonders schutzbedürftig und stellen den höchsten Anteil der Arbeitslosen dar.[134] Ihre Beschäftigungsquote von 55,6 % im Jahr 2023 liegt 21,6 Prozentpunkte unter der Gesamtbeschäftigungsquote. Während in einem anderen EU-Land geborene Personen fast die gleiche Beschäftigungsquote aufweisen wie in Österreich geborene Personen, sind außerhalb der EU geborene Personen auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Hindernissen konfrontiert. Mit 65,7 % im dritten Quartal 2023 lag ihre Beschäftigungsquote 13,3 Prozentpunkte unter der Quote der in Österreich geborenen Personen. Die Ausschöpfung ihres ungenutzten Arbeitsmarktpotenzials, insbesondere durch die Verbesserung des Qualifikationsniveaus, kann dazu beitragen, den Arbeitskräftemangel zu beheben und die Ziele für 2030 in den Bereichen Beschäftigung und Kompetenzen zu erreichen. Nationale Maßnahmen wie die „Joboffensive

[132] WKO Fachkräfte-Radar: Gemeinsam Fachkräfte sichern, 2023.

[133] Statistik Austria, Fachkräftebedarf in Österreich, 2023.

[134] AMS, Arbeitsmarkt und Bildung, 2022.

50plus“, die Aufstockung der Mittel für die Integration von Flüchtlingen und der österreichische Aufbau- und Resilienzplan konzentrieren sich auf die Verbesserung der Arbeitsmarktergebnisse für ältere Arbeitnehmer, Geringqualifizierte und Migranten. Das Programm „Finanzierung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen“ und die zentrale Anlaufstelle für Leitlinien zur Erwachsenenbildung zielen darauf ab, die Kompetenzen von Menschen, die keine oder nur wenige Qualifikationen haben, zu verbessern und Hindernisse für die Erwachsenenbildung abzubauen.

Der sozioökonomische Hintergrund junger Menschen wirkt sich erheblich auf ihre schulische Leistungsfähigkeit und soziale Integration sowie auf ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt oder die Ausbildung aus. Der Anteil junger Menschen im Alter von 18-24 Jahren, die die allgemeine oder berufliche Bildung vorzeitig verlassen (ELET), stieg 2023 auf 8,6 % und liegt damit über dem EU-Ziel von unter 9 %. Junge Menschen, die außerhalb Österreichs geboren wurden, und Menschen, die in Städten leben, verlassen eher frühzeitig die allgemeine und berufliche Bildung.[135] Zu verhindern, dass junge Menschen die allgemeine und berufliche Bildung vorzeitig abbrechen, ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, verschiedene Risiken in ihrer Zukunft zu verringern, darunter Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit und schlecht bezahlte Beschäftigung mit nur geringen oder gar keinen Aussichten auf eine Ausbildung und einen beruflichen Aufstieg. Angesichts der Schwierigkeiten, die der sozioökonomische Hintergrund bei der Integration in den Arbeitsmarkt hat, insbesondere angesichts des starken Arbeitskräftemangels, können weitere Investitionen in die Bildung dazu beitragen, insbesondere die Herausforderungen der zunehmenden Vielfalt zu bewältigen, z. B. durch Unterstützung in deutscher Sprache, und maßgeschneiderte Maßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung.

Das österreichische Sozialversicherungssystem hat sich im Laufe der Zeit als stabil erwiesen. Während Mindesteinkommensregelungen, Arbeitslosenunterstützung und andere Leistungen in Österreich eine angemessene Abdeckung bieten[136], zeigen einige Indikatoren einen langsam rückläufigen Trend. Da die hohen Energiepreise Druck auf einkommensschwache Haushalte ausüben (Anhang 8), erreichte der Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen mit 17,7 % im Jahr 2023 mit 17,7 % den höchsten Stand von acht Jahren, und die Quote der erheblichen materiellen und sozialen Deprivation stieg deutlich um 1,4 Prozentpunkte auf 3,7 %. Alleinerziehende und außerhalb der EU geborene Personen sind besonders von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Im Jahr 2023 war fast die Hälfte der Alleinerziehendenhaushalte (45,3 %) gefährdet. Gleichzeitig verschlechterte sich die Lage der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder leicht, wobei der Anteil der außerhalb Österreichs geborenen Kinder, die gefährdet sind, nach wie vor deutlich höher ist als bei österreichischen Staatsangehörigen. Weitere politische Maßnahmen zur Unterstützung von Alleinerziehenden und von Armut bedrohten Personen, insbesondere Kindern, können dazu beitragen, das Ziel der Armutsbekämpfung für 2030 zu erreichen.

[135] Education And Training Monitor 2023.

[136] Minimum income report, 2022.

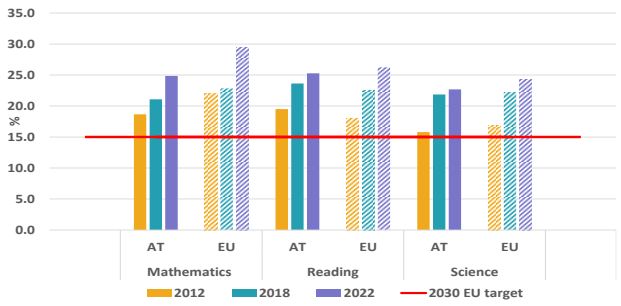
In diesem Anhang werden die wichtigsten Herausforderungen des österreichischen Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung auf der Grundlage des Monitors für die allgemeine und berufliche Bildung 2023 und der Ergebnisse der internationalen Schülerbewertung 2022 der OECD **dargelegt.**

Die sozioökonomische Kluft bei den unterdurchschnittlichen Leistungen bei den Grundfertigkeiten hat sich seit 2012 vergrößert. Laut PISA 2022 ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit schlechten Leistungen in Mathematik und Lesen seit 2012 kontinuierlich gestiegen. Das EU-Ziel von 15 % wurde in den Bereichen Mathematik (24,9 %), Lesen (25,3 %) oder Naturwissenschaften (22,7 %) nicht erreicht. Insbesondere bei Schülern aus benachteiligten Verhältnissen und mit Migrationshintergrund haben die unterdurchschnittlichen Leistungen zugenommen. Im Jahr 2022 fehlte es 45,1 %[137] der Schülerinnen und Schüler aus benachteiligten Verhältnissen an den Grundkenntnissen in Mathematik (gegenüber 35,1 % im Jahr 2012). Ebenso schnitten 45,4 % der im Ausland geborenen Schülerinnen und Schüler unterdurchschnittlich ab (gegenüber 37,8 % im Jahr 2012).

Der Anteil der leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler liegt über dem EU-Durchschnitt. Im Jahr 2022 erreichten 10,3 % der österreichischen Schülerinnen und Schüler die höchsten PISA-Werte in Mathematik, 7,9 % im Lesen und 7,7 % in Naturwissenschaften, was in allen drei Fächern über dem EU-Durchschnitt liegt. Ihr Anteil in Mathematik ging jedoch seit 2012 um etwa ein Drittel (4,0 Prozentpunkte) zurück. Er stieg im Lesen (2,2 Prozentpunkte) und blieb in den Naturwissenschaften unverändert. Dieser Trend entspricht in etwa den Trends in der EU. Sowohl der Anstieg der Leistungsschwäche als auch der Rückgang des Anteils der leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler können Risiken für die erfolgreiche Behebung des Arbeitskräftemangels bergen und so die Innovationskapazität und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

In der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) und in der Pflichtschule herrscht ein erheblicher Personalmangel. In bestimmten Fächern und Regionen herrscht bereits ein ausgeprägter Lehrkräftemangel. In der FBBE dürfte die kontinuierliche Ausweitung des Angebots in Verbindung mit politischen Maßnahmen zur Qualitätssteigerung den Bedarf an zusätzlichem Personal um mindestens 20200 Personen bis 2030 erhöhen.[138] Trotz vergleichsweise hoher Gehälter und attraktiver Arbeitsbedingungen[139] ist es schwierig, genügend Personal für die FBBE einzustellen und auszubilden. Mehr als ein Viertel aller Lehrkräfte in Österreich sind 55 Jahre oder älter, während die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Pflichtschule bis 2030 voraussichtlich um 5-7 % steigen wird.[140] Die Regierung ergreift Maßnahmen, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu erhöhen, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Lehrerausbildung zu reformieren und zu verkürzen und gleichzeitig den Einstieg in den Beruf zu erleichtern.

Abbildung A15.1: **Quoten der unterdurchschnittlichen Leistung nach Bereichen, PISA 2012, 2018 und 2022**



Quelle: OECD (2023).

Die Gewährleistung der Chancengleichheit und die Verbesserung der Grundkompetenzen und des digitalen Lernens stehen ganz oben auf der nationalen Bildungsagenda Österreichs' Die Quote der vorzeitigen Bildungs- und Ausbildungsabbrüche blieb 2023 bei 8,6 % und damit unter dem EU-Durchschnitt; somit wurde das EU-Ziel bereits erreicht. Allerdings ist die Quote der im Ausland geborenen Schüler (15,2 %) etwa doppelt so hoch wie bei im Inland geborenen Personen (6,8 %). Es wurden mehrere Initiativen ergriffen, um den Zugang zu

[137] PISA-2022 unterstes Viertel.

[138] Löffler, R. et al. (2022) Bildungs- und Berufsverläufe

[139] European Education and Training Monitor Austria 2023.

[140] Nationaler Bildungsbericht Österreich 2021.

Tabelle A15.1: **EU-Zielvorgaben und andere kontextbezogene Indikatoren des strategischen Rahmens für den europäischen Bildungsraum**

				2012		2018		2023	
Indicator			Target	Austria	EU-27	Austria	EU-27	Austria	EU-27
[1]Participation in early childhood education (age 3+)			96%	86.5% 2013	91.8% 2013	89.7%	92.2%	89.0% 2021	92.5% 2021,d
[2]Low-achieving 15-year-olds in:		Reading	< 15%	19.5%	18.0%	23.6%	22.5%	25.3% 2022	26.2% 2022
		Mathematics	< 15%	18.7%	22.1%	21.1%	22.9%	24.9% 2022	29.5% 2022
		Science	< 15%	15.8%	16.8%	21.9%	22.3%	22.7% 2022	24.2% 2022
Early leavers from education and training (age 18-24)	[3]Total		< 9 %	7.8%	12.6%	7.3%	10.5%	8.6%	9.5%
	[3] By gender	Men		8.0%	14.5%	8.9%	12.1%	9.3%	11.3%
		Women		7.6%	10.6%	5.7%	8.7%	7.9%	7.7%
	[4] By degree of urbanisation	Cities		10.6% b	11.2%	10.1%	9.4%	11.3%	8.6%
		Rural areas		5.1% b	14.0%	4.4%	11.0%	6.1%	9.9%
	[5] By country of birth	Native		6.2%	11.3%	5.5%	9.2%	6.8%	8.2%
		EU-born		9.7% u	26.2%	10.7% u	22.4%	16.8%	21.0%
		Non EU-born		22.0%	30.1%	22.2%	23.0%	15.2%	21.6%
[6]Socio-economic gap (percentage points)				28.7	:	27.8	29.5	37.8 2022	37.2 2022
[7]Exposure of VET graduates to work-based learning			≥ 60% (2025)	:	:	:	:	91.2%	64.5%
Tertiary educational attainment (age 25-34)	[8]Total		45%	22.8%	34.1%	40.5%	38.7%	43.5%	43.1%
	[8] By gender	Men		21.3%	29.1%	36.1%	33.3%	39.1%	37.6%
		Women		24.3%	39.2%	44.9%	44.2%	48.1%	48.8%
	[9] By degree of urbanisation	Cities		31.8% b	43.5%	48.7%	49.0%	52.6%	53.3%
		Rural areas		15.8% b	24.8%	34.4%	27.7%	36.9%	31.7%
	[10] By country of birth	Native		23.2%	35.4%	42.0%	39.7%	43.6%	44.2%
		EU-born		30.7%	29.3%	46.0%	36.7%	50.1%	40.2%
		Non EU-born		14.7%	24.2%	28.8%	31.0%	37.9%	37.1%
[11]Participation in adult learning (age 25-64)			≥ 47% (2025)	:	:	55.3% 2016	37.4% 2016	52.2% 2022	39.5% 2022
[12]Share of school teachers (ISCED 1-3) who are 55 years or over				23.5% 2013	22.7% 2013	28.0%	23.8%	27.3% 2021	24.5% 2021

Anmerkungen: b = Zeitreihenbruch; d = abweichende Definition; e = geschätzter Wert; p = vorläufig; u = geringe Zuverlässigkeit : = keine Daten verfügbar.
Quelle: 1,3,4,5,7,8,9,10,12=Eurostat; 11= Eurostat, Erhebung über Erwachsenenbildung; 2,6 = OECD, PISA.

hochwertiger Bildung, insbesondere für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, zu verbessern. Dazu gehören die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams (2017-2022) für 500 Primar- und Pflichtschulen, die vor Herausforderungen stehen, sowie die Initiative „100 Schulen – 1000 Chancen“, die bis 2024 verlängert wurde. Im Jahr 2023 reformierte Österreich die Lehrpläne, um den Erwerb von Grundkompetenzen zu fördern und die Lehrmethoden zu modernisieren. Es hat auch Maßnahmen ergriffen, um die während der COVID-19-Pandemie entstandenen Lernlücken zu schließen. Das 2022 eingeführte landesweite standardisierte Instrument zur Bewertung von Kernkompetenzen zielt darauf ab, Grundfertigkeiten zu stärken. Ziel ist es, das Erlernen der deutschen Sprache durch die Weiterentwicklung deutschsprachiger Unterstützungsmaßnahmen, einschließlich einer Lesestrategie, zu fördern.

Die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) liegt nach wie vor unter dem EU-Durchschnitt und dem EU-Ziel. Die Teilnahme

Die Teilnahmequote der Kinder zwischen drei Jahren und dem Pflichtschulalter lag 2021 bei 89,0 % und ist seit 2017 weitgehend stabil geblieben.[141] Sie liegt 3,5 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt und 7 Prozentpunkte unter dem EU-Ziel von 96 % bis 2030. Im Jahr 2022 schloss die Bundesregierung mit den Ländern eine 5-jährige Vereinbarung, die eine Erhöhung des jährlichen Beitrags aus dem Bundeshaushalt um 40 % (200 Mio. EUR) vorsah, ergänzt durch einen jährlichen Beitrag der Regionen in Höhe von 63 Mio. EUR. Die wichtigsten Ziele sind die Beibehaltung der verpflichtenden Teilnahme von 5-Jährigen an der FBBE, die Ausweitung des Angebots an FBBE-Plätzen, die Förderung des frühen Spracherwerbs und mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren. Das Abkommen bietet zwar Möglichkeiten für Qualitätsverbesserungen, doch ist es nach wie vor nicht gelungen, einen

[141] Eurostat: educ_uoe_enra21.

umfassenden Qualitätsrahmen zu schaffen. Die Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt auch die Ausweitung der verfügbaren Plätze in der FBBE (siehe Anhang 3).

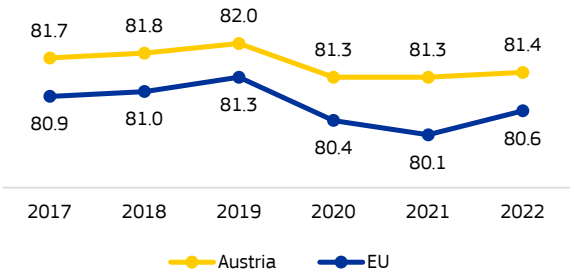
Österreich steigert die Quote der tertiären Bildungsabschlüsse weiter, aber der Zugang wird stark vom Hintergrund der Studierenden beeinflusst. Im Jahr 2023 verfügten 43,5 % der jungen Menschen zwischen 25 und 34 Jahren über einen Hochschulabschluss, und in den letzten zehn Jahren hat sich die Abschlussquote fast verdoppelt (von 22,8 % im Jahr 2012). Ähnlich wie der Trend in der EU ist die Quote der Frauen (48,1 %) höher als bei den Männern (39,1 %). Bei jungen Menschen aus benachteiligten sozioökonomischen Verhältnissen und/oder mit Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Hochschulstudium abschließen, geringer als ihre bevorzugten Gleichaltrigen. Die nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung aus dem Jahr 2017 zielt darauf ab, die Hochschulbildung inklusiver zu gestalten. Die Halbzeitbewertung 2022 zeigt qualitative Verbesserungen und viele von Hochschuleinrichtungen ergriffene Maßnahmen in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit, aber nicht genügend Fortschritte bei den nationalen quantitativen Zielen.

Insgesamt verfügt Österreich über ein sehr gutes System der beruflichen Aus- und Weiterbildung, was auch für das System der Erwachsenenbildung der Fall ist, aber es gibt Qualifikationsdefizite und -ungleichheiten (siehe Anhang 14).

Eine gesunde Bevölkerung und ein wirksames, zugängliches und resilientes Gesundheitssystem sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Anhang bietet eine Momentaufnahme des Gesundheitszustands der Bevölkerung und des Gesundheitssystems in Österreich.

Im Jahr 2022 lag die Lebenserwartung in Österreich über dem EU-Durchschnitt. Im Vergleich zu den Vorjahren stieg die Lebenserwartung 2022 leicht an, was teilweise auf einen erheblichen Rückgang der Zahl der COVID-19-Toden im Jahr 2022 zurückzuführen ist.[142] Die Lebenserwartung liegt jedoch immer noch unter dem Niveau vor der Pandemie. Im Allgemeinen ist die behandelbare und vermeidbare Sterblichkeit niedriger als im EU-Durchschnitt. Die häufigsten Todesursachen im Jahr 2021 waren Kreislauferkrankungen („kardiovaskuläre Erkrankungen"), gefolgt von Krebs und COVID-19. Die Krebssterblichkeitsraten lagen unter dem EU-Durchschnitt.

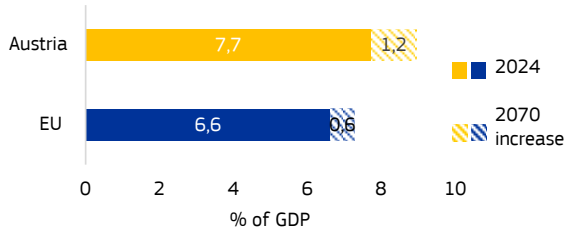
Abbildung A16.1: **Lebenserwartung bei der Geburt, Jahre**



Quelle: Eurostat.

Im Jahr 2021 beliefen sich die Gesundheitsausgaben in Österreich auf 12,1 % des BIP und lagen damit über dem EU-Durchschnitt von 10,9 %. Österreichs Gesundheitsausgaben pro Kopf (bereinigt um Kaufkraftunterschiede) gehörten 2021 zu den höchsten in der EU und lagen damit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Der größte Teil der Gesundheitsausgaben (30 %) entfiel auf stationäre Versorgung, wobei der Anteil über dem EU-Durchschnitt lag. Dies spiegelt zum Teil die hohe Zahl von Krankenhausbetten in Österreich im Vergleich zum EU-Durchschnitt wider. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben an den gesamten Gesundheitsausgaben ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und lag 2021 bei 78,3 %, liegt aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt von 81,1 %. Dies deutet auf hohe Kostenteilungsgebühren für Haushalte beim Zugang zur Gesundheitsversorgung hin, vor allem für ambulante Arzneimittel und ambulante medizinische Versorgung. Vorläufige Daten deuten darauf hin, dass die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen 2022 wieder auf 11,4 % des BIP zurückgingen. Ausgehend vom Altersprofil der österreichischen Bevölkerung dürften die öffentlichen Gesundheitsausgaben bis 2070 um 1,2 Prozentpunkte des BIP steigen (gegenüber 0,6 Prozentpunkten für die EU insgesamt), was die Bedenken hinsichtlich der mittel- und langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen aufwerfen würde (siehe Abbildung 16.2 und Anhang 21).

Abbildung A16.2: **Voraussichtlicher Anstieg der öffentlichen Gesundheitsausgaben im Zeitraum 2024-2070**



Basisszenario
Quelle: Europäische Kommission/EPC (2024).

Im Jahr 2021 beliefen sich die Ausgaben für Prävention in Österreich auf 10,3 % der Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen, der höchste Anteil unter den EU-Ländern und deutlich höher als der Anteil von 6,0 % für die EU insgesamt. Darüber hinaus meldete Österreich einen hohen proportionalen Anstieg der Ausgaben für Prävention, wobei sich die Haushaltsanteile zwischen 2019 und 2021 mehr als verdreifacht haben, was über dem Anstieg von 106 % für die EU insgesamt liegt. Proportional dazu stiegen die Haushaltsmittel für Prävention in der gesamten EU am stärksten für Notfallmaßnahmen, Krankheitserkennungs- und Immunisierungsprogramme. In Österreich sind die

[142] Auf der Grundlage von Daten, die die Mitgliedstaaten dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten im Rahmen des Europäischen Überwachungssystems direkt übermitteln.

Hauptfaktoren für den Anstieg der Ausgaben für die Vorsorge im Jahr 2021 ein starker Anstieg bei Programmen zur Früherkennung von Krankheiten und Immunisierungsprogrammen (auch für COVID-19). Ein weiteres Problem, das für die öffentliche Gesundheit von Bedeutung ist, ist der Verzehr antimikrobieller Mittel zur systemischen Verwendung. In Österreich belief sich der Verbrauch 2022 auf 10,5 definierte tägliche Dosen pro 1000 Einwohner und Tag, was deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 19,4 lag, was auf eine umsichtige Verwendung antimikrobieller Mittel im Gesundheitssystem hindeutet.

Die Dichte an Ärzten und Pflegekräften liegt in Österreich über dem EU-Durchschnitt, doch bestehen Bedenken hinsichtlich regionaler und sektoraler Unterschiede. Die Zahl der Ärzte pro 1 000 Einwohner ist leicht auf 5,5 (2022) gestiegen und liegt damit über dem EU-Durchschnitt von 4,1 (2021). Es gibt jedoch eine Debatte über den Ärztemangel in bestimmten Fachrichtungen und Sektoren, in ländlichen Gebieten und bestimmten Regionen, wobei die Dichte von 4 je 1000 Einwohnern im Burgenland bis hin zu fast 7 in Wien liegt.[143] Wichtig ist, dass der Anteil der Allgemeinmediziner von 16 % im Jahr 2010 auf weniger als 14 % im Jahr 2021 zurückgegangen ist und heute einer der niedrigsten in der EU ist. Die Zahl der Pflegekräfte pro 1000 Personen betrug 10,6 (2021), verglichen mit einem EU-Durchschnitt von 7,9 (2021). Was das Altersprofil der Pflegekräfte betrifft, so war 2016 etwa ein Viertel der Krankenschwestern und Krankenpfleger mindestens 55 Jahre alt. Dies gibt Anlass zu Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit des derzeitigen Personalbestands in der Pflege.

Im November 2023 legte die österreichische Regierung ein Gesundheitsreformpaket für 2024-2028 vor. Das Reformpaket zielt darauf ab, die digitalen Gesundheitsdienste auszuweiten und zu stärken, die ambulante Versorgung zu stärken, Strukturreformen im Krankenhaussektor fortzusetzen, die Arzneimittelversorgung und die Impfprogramme zu verbessern, Pflege und Langzeitpflege sowie Gesundheitsförderung und -prävention zu stärken.[144] Die Reformen können Österreich dabei helfen, die geringe Akzeptanz digitaler Gesundheitslösungen zu überwinden. Beispielsweise deuten die Daten für 2022 auf einen Rückgang der Verbreitung der Telemedizin seit 2020 hin, ein Muster, das dem stetigen Anstieg der Telemedizin in der EU insgesamt zuwiderläuft.

Im Rahmen seines ARP plant Österreich, 254 Mio. EUR (6,4 % der gesamten ARP-Mittel) in die Gesundheitsversorgung zu investieren. Die größte Investition im Gesundheitsbereich im Rahmen des ARP zielt darauf ab, multiprofessionelle Grundversorgungseinheiten im gesamten Land auszubauen. Diese Investitionen werden durch eine Reform ergänzt, die darauf abzielt, die medizinische Grundversorgung zu stärken, indem die Attraktivität der Arbeitsbedingungen für Allgemeinmediziner und andere Gesundheits- und Sozialberufe in der medizinischen Grundversorgung gefördert wird. Darüber hinaus enthält der ARP Investitionen in „Community Nursing", den nationalen Roll-out der „Frühen Hilfen" für sozial benachteiligte Schwangere, ihre Kleinkinder und Familien , sowie die Entwicklung einer elektronischen Mutter-Kind-Pass-Plattform.

[143] ÖÄK (2023), Ärztestatistik für das Jahr 2022 https://www.aerztekammer.at/daten-fakten.

[144] https://eurohealthobservatory.who.int/monitors/health-systems-monitor/analyses/hspm/austria-2018/new-health-care-reform-2024-2028-strengthens-digital-and-ambulatory-care

Tabelle A16.1: **Wichtige Gesundheitsindikatoren**

	2018	2019	2020	2021	2022	EU average (latest year)
Treatable mortality per 100 000 population (mortality avoidable through optimal quality healthcare)	75.2	73.2	70.4	71.2	NA	93.3 (2021)
Cancer mortality per 100 000 population	234.0	229.6	230.5	224.7	NA	235.4 (2021)
Current expenditure on health, % GDP	10.4	10.5	11.4	12.1	11.4	10.9 (2021)
Public share of health expenditure, % of current health expenditure	74.7	75.1	76.8	78.3	NA	81.1 (2021)
Spending on prevention, % of current health expenditure	2.1	2.1	3.4	10.3	NA	6.0 (2021)
Available hospital beds per 100 000 population	727	719	705	691	NA	525 (2021)
Doctors per 1 000 population	5.2	5.3	5.3	5.4	5.5	4.1 (2021)*
Nurses per 1 000 population	6.9	10.3	10.3	10.6	NA	7.9 (2021)
Total consumption of antibacterials for systemic use, daily defined dose per 1 000 inhabitants per day ***	NA	11.6	8.8	8.8	10.5	19.4 (2022)

Anmerkung: Der EU-Durchschnitt wird für alle Indikatoren gewichtet, mit Ausnahme von Ärzten und Krankenpflegekräften je 1000 Einwohner, für die der einfache EU-Durchschnitt verwendet wird. Die Daten zur Ärztedichte beziehen sich auf praktizierende Ärzte in allen Ländern außer Griechenland, Portugal (mit Approbation) und der Slowakei (beruflich tätig). Die Daten zur Pflegepersonaldichte beziehen sich auf praktizierende Pflegekräfte in allen Ländern außer Irland, Frankreich, Portugal, der Slowakei (beruflich tätig) und Griechenland (nur in Krankenhäusern tätig).

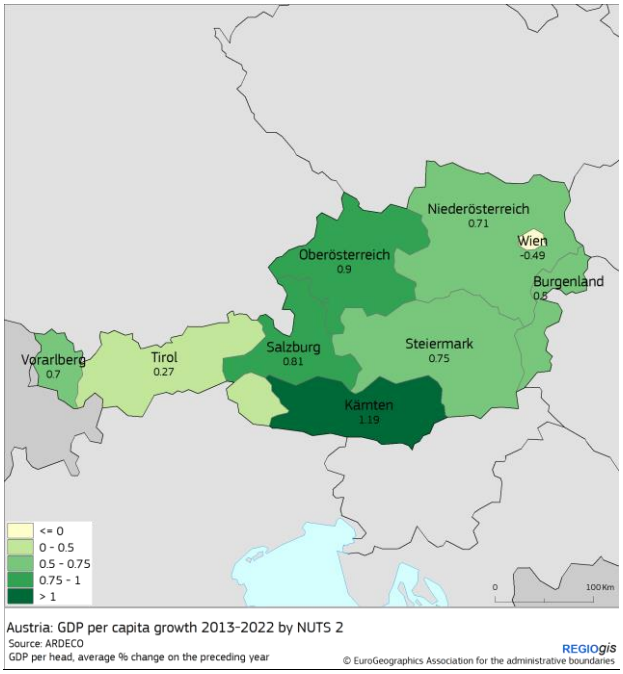
Quelle: Eurostat-Datenbank; Ausgenommen: * OECD, ** Gemeinsamer Fragebogen zu nichtmonetären Gesundheitsstatistiken, *** ECDC, **** Empfehlung des Rates zur Intensivierung der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“.

Anhang 17 zeigt die wirtschaftliche und soziale regionale Dynamik in Österreich. Er enthält eine Analyse des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts in den österreichischen Regionen und bewertet den Bedarf an neuen Investitionen und subnationalen Reformen zur Förderung des Wirtschaftswachstums, der sozialen Entwicklung und der Wettbewerbsfähigkeit des Landes.

[Überblick über die wirtschaftliche und soziale Leistung auf regionaler Ebene]

Österreich weist eines der geringsten regionalen Unterschiede unter allen EU-Mitgliedstaaten auf. Im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten und dem EU-Durchschnitt ist Österreich nach wie vor eine relativ ausgewogene Verteilung von Wohlstand, Ressourcen und Chancen auf die Regionen des Landes.

Karte A17.1: **Österreich, NUTS 2: BIP-Wachstum pro Kopf 2013-2022**

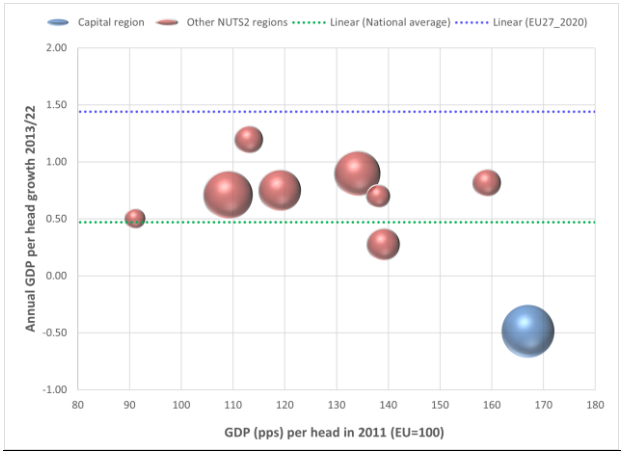


Quelle: GD REGIO

Allerdings bestehen nach wie vor einige regionale Unterschiede. Sie ergeben sich hauptsächlich aus Unterschieden beim Pro-Kopf-BIP, der Arbeitsproduktivität und der Verteilung der FuE-Investitionen. Auch bei Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation gibt es geringfügige regionale Unterschiede, die im Vergleich zum EU-Durchschnitt nach wie vor stark sind.

Darüber hinaus könnten demografische Veränderungen mittel- bis langfristig zu regionalen Ungleichheiten führen. Österreich verzeichnet derzeit einen Netto-Bevölkerungszuwachs, der auf Migration zurückzuführen ist. Dieses Bevölkerungswachstum konzentriert sich jedoch auf städtische Gebiete in stärker entwickelten Regionen. Gleichzeitig ist in einigen ländlichen Gebieten mit einer geringeren Wirtschaftsleistung ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der mit einem steigenden Anteil der über 65-Jährigen einhergeht.

Abbildung A17.1: **Österreich, NUTS 2: Durchschnittliches Pro-Kopf-Wachstum im Vergleich zum Pro-Kopf-BIP**



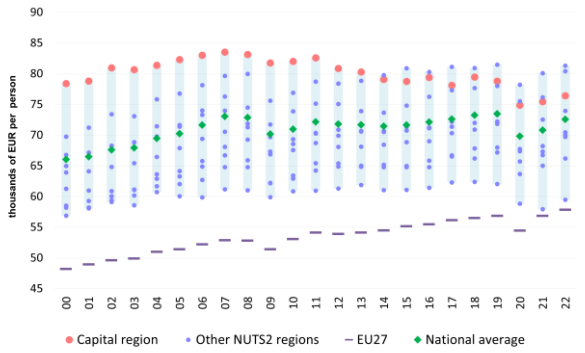
Quelle: Berechnungen der GD REGIO auf Grundlage von JRC (ARDECO) und Eurostat-Daten

Im Zeitraum 2013-2022 stieg das jährliche reale BIP-Wachstum (+ 0,47 %), lag aber in allen Regionen unter dem EU-Durchschnitt (1,44 %) (Karte A17.1). Das jährliche Wachstum des Pro-Kopf-BIP war in Wien negativ (-0,5 %) und erreichte in den anderen Regionen mit Ausnahme von Kärnten (1,2 %) einen leichten Anstieg von 0,3-0,9 %. Wien verzeichnete einen längeren Zeitraum (> 16 Jahre) mit einem unterdurchschnittlichen Wachstum des Pro-Kopf-BIP, der Produktivität und der Beschäftigung, während seine Bevölkerung um mehr als 10 % wuchs (von 1,75 auf 1,96 Mio. zwischen 2013 und 2022).

Im Zeitraum 2013-2022 stieg das jährliche reale BIP-Wachstum pro Kopf (+ 0,47 %), lag aber in allen Regionen unter dem EU-Durchschnitt (1,44 %) (Karte A17.1). Das jährliche Wachstum war in Wien negativ (-0,5 %)

und erreichte in anderen Regionen einen bescheidenen Anstieg um 55-0,9 %, mit Ausnahme von Kärnten, das 1,2 % erreichte.

Abbildung A17.2: **Entwicklung der Arbeitsproduktivität (tatsächliche BWS je Arbeitnehmer) in Österreich**



Quelle: ARDECO, GD REGIO, Ausarbeitung

Bei der Arbeitsproduktivität bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den österreichischen Regionen. Die Gesamtleistung des Landes bei der Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttowertschöpfung (BWS) je Beschäftigten, belief sich 2022 in Kaufkraftstandards (KKS) auf 114 % des EU-Durchschnitts. Sie reichte von 139 % in Vorarlberg, 124 % in Salzburg, 120 % in Wien bis 97 % im Burgenland. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität lag zwischen 2013 und 2022 (0,1 %) unter dem EU-Durchschnitt von 0,7 %. Das Wachstum konzentrierte sich auf leistungsschwache Regionen innerhalb Österreichs, wie Kärnten, mit einem durchschnittlichen Wachstum von 0,8 %. Der größte Rückgang der Arbeitsproduktivität war in der stärker entwickelten Region Wien mit -0,6 % zu verzeichnen.

Österreichs FuE-Intensität (106) lag 2021 in der EU an dritter Stelle. Die FuE-Ausgaben wiesen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen auf. 2021 lag Steiermark an der Spitze (5,2 % des BIP), gefolgt von Oberösterreich und Wien (mehr als 3,5 %) und dem Burgenland (0,8 %). Die FuE-Investitionen sind auf nationaler Ebene kontinuierlich gestiegen, angekurbelt durch den öffentlichen und den privaten Sektor, wobei Wien in wissensintensiven und Hightech-Sektoren hervorragt. Dies hat sich jedoch nicht in einer großen Zahl technologie- und wissensintensiver Start-up-Unternehmen niedergeschlagen. Dies könnte die künftige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden, da die Regionen am unteren Ende des Wettbewerbsindex auch die Regionen mit den niedrigsten FuE-Ausgaben sind.

Alle österreichischen Regionen lagen 2022 in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit über dem EU-Durchschnitt. Niederösterreich und Wien (120) rangierten an erster Stelle, Kärnten und Burgenland rangierten untere (106).

Die Unterschiede bei den Investitionen, gemessen am Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP, sind begrenzt, und die Gesamtleistung von 25 % liegt über dem EU-Durchschnitt von 22 %. Kärnten und Burgenland haben mit einer Investitionsquote von 27 % den höchsten Platz erreicht. Die Region Vorarlberg mit der niedrigsten Investitionsquote in Österreich mit 23 % liegt leicht unter dem österreichischen Durchschnitt, liegt aber nach wie vor über dem EU-Durchschnitt.

Österreichs Innovationsleistung liegt über dem EU-Durchschnitt, wobei zwischen den österreichischen Regionen geringfügige Unterschiede bestehen. Im Jahr 2023 wurde Ostösterreich als „Leader" eingestuft, Westösterreich und Südösterreich als „starke Innovatoren".[145] Österreich liegt bei den Nicht-FuE-Innovationsausgaben hinter dem EU-Durchschnitt zurück.

Die niedrige Arbeitslosigkeit (2023 unter 5,3 % in allen Regionen außer Wien) hat in Kombination mit der hohen Quote unbesetzter Stellen (4,8 % im Jahr 2022) zu einem Arbeitskräftemangel geführt. Die Arbeitslosenquote war in Salzburg und Tirol mit 3,0-3,1 % am niedrigsten und im Raum Wien mit 9,6 % am höchsten.

Demografische Herausforderungen könnten sich künftig erheblich auf den Arbeitsmarkt auswirken. Österreich verzeichnet ein Nettobevölkerungswachstum, das von der Migration angetrieben wird. Die Bevölkerung ist zwischen 2012 und 2021 um durchschnittlich 6,7 pro 1000 Einwohner pro Jahr gewachsen. In den NUTS-3-Regionen Wien und Graz (11 pro 1 000 Jahre) waren deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Umgekehrt verzeichneten Kärnten,

[145] Auf der Grundlage der Methodik des Europäischen Innovationsanzeigers 2023.

Tabelle A17.1: **Ausgewählte Indikatoren auf regionaler Ebene in Österreich**

Region name	GDP per head (purchasing power standard/PPS)	GDP per head growth	Productivity (GVA, PPS) per person employed	Real productivity growth	Population growth	Total population aged >65	Unemployment rate	R&D expenditure	Regional competitiveness
	EU27 = 100 2022	Average % change on the preceding year 2013-2022	EU27 = 100 2022	Average % change on the preceding year 2013-2022	Average annual change per 1000 residents 2013-2021	% of total population 2023	% of labour force 2023	% of GDP 2021	EU27 = 100 2022
European Union (27 MS)	100	1.44	100	0.7	1.9	21.3	6.1	2.3	100
Austria	124	0.47	114.2	0.1	6.7	19.6	5.1	3.3	113.8
Burgenland	88	0.5	97	-0.3	4.1	23.3	5.2	0.8	106.4
Niederösterreich	105	0.71	112.5	0.2	5.4	20.9	4.3	1.8	118.9
Wien	142	-0.49	120.1	-0.6	11.5	16.4	9.6	4	118.9
Kärtnten	110	1.19	107.8	0.8	1.8	23.1	4.5	3	105.9
Steiermark	112	0.75	101.5	0.1	3.8	21.2	4.3	5.2	109.6
Oberösterreich	127	0.9	113.7	0.6	6.6	19.3	3.5	3.6	113.6
Salzburg	148	0.81	123.9	0.7	6.2	19.7	3	1.8	110.9
Tirol	129	0.27	113.1	-0.1	7.3	19	3.1	3.2	110.1
Vorarlberg	147	0.7	138.7	0.4	8.4	18.2	3.4	1.9	110.6

Quelle: Eurostat, EDGAR-Datenbank

Steiermark und Salzburg einen demografischen Rückgang (-2,5 auf -4,2 pro 1000 pro Jahr). Diese Trends spiegeln die anhaltenden Übergänge zwischen Stadt und Land in ganz Österreich wider und tragen zum Wachstum der städtischen Bevölkerung und zum Ausbau der Ballungsgebiete bei.

Bei der frühkindlichen Bildung bestehen nach wie vor große regionale Unterschiede. Obwohl der Anteil der Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren, die einen Kindergarten besuchen, gestiegen ist und mit der Einführung der Garantie für Kinder in Österreich mehr Investitionen zu erwarten sind, ist das entsprechende Angebot in einigen Regionen doch noch gering. Während im Zeitraum 2021/22 in Wien 45,6 % der Kinder unter drei Jahren den Kindergarten besuchten, war der Anteil in Oberösterreich (22 %) und in der Steiermark (22,9 %) nur halb so hoch.

Die Alterung der Bevölkerung stellt für Österreich eine große Herausforderung mit starken gesellschaftlichen Auswirkungen dar. Zwischen 2012 und 2021 verzeichnete die Bevölkerung ab 65 Jahren eine jährliche Wachstumsrate von 15 je 1000 Einwohner. Im selben Zeitraum stieg ihr Anteil auf 19 %, was zwar nach wie vor zu den niedrigsten in der EU gehört, aber beträchtlich ist. Bestimmte NUTS-3-Regionen im Burgenland, Steiermark, Kärnten und Niederösterreich weisen den höchsten Anteil an Einwohnern über 65 Jahren auf, wobei das Pro-Kopf-BIP unter dem EU-Durchschnitt liegt. Demografische Veränderungen können die Fähigkeit Österreichs beeinflussen, mittel- bis langfristig zu wachsen und die Herausforderungen im Zusammenhang mit einer alternden Bevölkerung zu bewältigen.

[Investitionsbedarf und künftiger Bedarf auf subnationaler Ebene]

Die Investitionsprioritäten der Kohäsionspolitik in Österreich konzentrieren sich hauptsächlich auf die Unterstützung des ökologischen und digitalen Wandels des Landes und die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch natürlicher Ressourcen. Die im Programmplanungszeitraum 2021-2027 festgelegten und 2022 angenommenen Prioritäten bleiben unter den derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Umständen gültig.

Für Österreich wäre es von Vorteil, die Effizienz seines Forschungs- und Innovationssystems im Einklang mit den nationalen und regionalen Strategien für intelligente Spezialisierung weiter zu verbessern und das Potenzial der Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft voll auszuschöpfen. Weitere vorrangige Bereiche der österreichischen Kohäsionspolitik sind die Förderung der Energieeffizienz und die Verringerung des CO_2-Fußabdrucks des Landes, unter anderem durch die Entwicklung und Verbreitung neuer grüner Technologien. Darüber hinaus wäre es von Vorteil, weiterhin in integrierte territoriale Entwicklungsansätze zu investieren, um eine inklusive und nachhaltige lokale Entwicklung in städtischen und ländlichen Gebieten zu unterstützen.

Österreich wird ferner ermutigt, weitere Schritte zu unternehmen, um den Ausbau der frühkindlichen Bildung sicherzustellen (siehe Anhang 14). Das Ziel sollte darin bestehen, dass Mütter früher ihren Arbeitsplatz zurückkehren können, was wiederum die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in Bezug auf Teilzeitbeschäftigung und das Lohngefälle verringern würde.

Österreich könnte von den Möglichkeiten der Plattform „Strategische Technologien für Europa“ (STEP) profitieren, um Investitionen in kritische Technologien zur Unterstützung des industriellen Wandels zu fördern.

ANHANG 18: WICHTIGE ENTWICKLUNGEN IM FINANZSEKTOR

Die Banken sind die wichtigsten Finanzintermediäre in Österreich, und die nachhaltige Finanzierung nimmt stetig zu. Im Jahr 2023 lag das Verhältnis der Gesamtaktiva der monetären Finanzinstitute zum BIP bei 211,6 % und damit leicht unter dem EU-Durchschnitt von 257 % (Tabelle A18.1). Österreich hat mehrere große Kreditinstitute, und die beiden größten Bankengruppen (Erste Group Bank und Raiffeisen Bank International) sind in Mittel-, Ost- und Südosteuropa umfassend tätig. Obwohl sich der Bankensektor überwiegend in inländischem Besitz befindet (87,9 % der gesamten Vermögenswerte des Bankensektors im Jahr 2023), befinden sich zwei große Banken (Unicredit Austria und BAWAG) mehrheitlich in ausländischem Eigentum. Der Einsatz von Kapitalmarktfinanzierungen durch Unternehmen blieb begrenzt, da die Marktfinanzierungsquote 2022 bei 29,6 % lag und damit unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 50,8 % lag. Die nachhaltige Finanzierung hat in den letzten Jahren stetig zugenommen, und der Anteil der ausstehenden grünen Anleihen an den Gesamtanleihen erreichte 2023 3,7 %, d. h. knapp dem EU-Durchschnitt von 4 %. Um die Entwicklung des Marktes für grüne Anleihen und die Finanzierung umweltfreundlicher Projekte zu unterstützen, hat die österreichische Regierung im Mai 2022 ihre erste grüne Anleiheemission (4 Mrd. EUR) eingeleitet. Im April 2023 nahm die Regierung weitere 2,75 Mrd. EUR aus ihrer zweiten Emission grüner Anleihen für Umweltprojekte auf. Neben längerfristigen grünen Anleihen war die österreichische Regierung auch die erste in der EU, die kurzfristige Instrumente wie Schatzwechsel und Commercial Paper in ihr Green-Debt-Programm aufgenommen hat.

Die österreichischen Banken haben die Herausforderungen, die sich aus einem schwächeren Wirtschaftswachstum, einer höheren Inflation und steigenden Zinssätzen ergeben, bisher gut überstanden. Die systemweite Solvabilitätsquote lag im dritten Quartal 2023 bei 19,4 % und damit knapp unter dem EU-Durchschnitt. Obwohl sich die Kapitalausstattung der österreichischen Banken in den letzten Jahren verbessert hat, haben die größten Banken immer noch geringere Kapitalpuffer als ihre Konkurrenten im Euroraum. Die Qualität der Vermögenswerte hat sich leicht verschlechtert, wobei die Quote notleidender Kredite im dritten Quartal 2023 (im EU-Durchschnitt) auf 1,8 % zurückging. Die Rentabilität des Bankensektors war mit einer Eigenkapitalrendite von 14,2 % im dritten Quartal 2023 (über dem EU-Durchschnitt von 9,9 %) sehr hoch. In den ersten neun Monaten des Jahres 2023 meldete der österreichische Bankensektor einen Rekordgewinn von mehr als 11 Mrd. EUR, von denen ein erheblicher Teil von Tochtergesellschaften in Mittel-, Ost- und Südosteuropa stammte. Aufgrund der Bemühungen der Banken, ihre Kosten zu senken und ihr Filialnetz zu rationalisieren, sank das Kosten-Ertrags-Verhältnis im dritten Quartal 2023

Tabelle A18.1: **Indikatoren für finanzielle Solidität**

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	EU	Median
Total assets of the banking sector (% of GDP)	219.5	217.9	219.6	253.0	246.8	227.4	211.6	257.0	184.6
Share (total assets) of the five largest banks (%)	36.1	36.0	36.0	38.5	38.7	40.1	-	-	69.6
Share (total assets) of domestic credit institutions (%)[1]	76.3	77.4	82.4	83.0	85.9	88.2	87.9	-	62.9
NFC credit growth (year-on-year % change)	6.9	9.3	7.0	5.0	8.5	7.9	2.4	-	2.4
HH credit growth (year-on-year % change)	3.0	3.6	4.3	4.5	5.9	3.8	-1.9	-	1.4
Financial soundness indicators:[1]									
- non-performing loans (% of total loans)	3.5	2.6	2.2	2.0	1.8	1.8	1.8	1.8	1.8
- capital adequacy ratio (%)	18.9	18.6	18.7	19.5	19.3	19.2	19.4	19.6	20.1
- return on equity (%)[2]	8.7	8.6	7.8	4.1	6.4	10.0	14.2	9.9	13.2
Cost-to-income ratio (%)[1]	65.5	63.8	63.1	60.8	59.3	50.3	46.1	52.8	44.9
Loan-to-deposit ratio (%)[1]	97.8	98.8	100.9	90.4	88.6	92.7	95.6	93.3	80.2
Central bank liquidity as % of liabilities	3.1	3.0	2.5	8.3	10.3	6.4	2.0	-	0.7
Private sector debt (% of GDP)	122.3	122.9	121.5	130.6	130.7	121.9	-	133.0	118.4
Long-term interest rate spread versus Bund (basis points)	26.6	28.9	31.5	28.6	28.8	56.9	64.9	107.7	104.2
Market funding ratio (%)	35.0	33.8	32.5	34.2	32.3	29.6	-	50.8	39.8
Green bonds outstanding to all bonds (%)[3]	-	-	-	0.8	1.2	2.3	3.7	4.0	2.7

1-3 | 4-10 | 11-17 | 18-24 | 24-27 — Colours indicate performance ranking among 27 EU Member States.

(1) Letzte verfügbare Daten: drittes Quartal 2023.
(2) Die Daten werden auf Jahresbasis berechnet.
(3) Die Daten liegen nur für die Euro-Länder vor, der EU-Durchschnitt bezieht sich auf das Euro-Währungsgebiet.
Quelle: EZB, Eurostat.

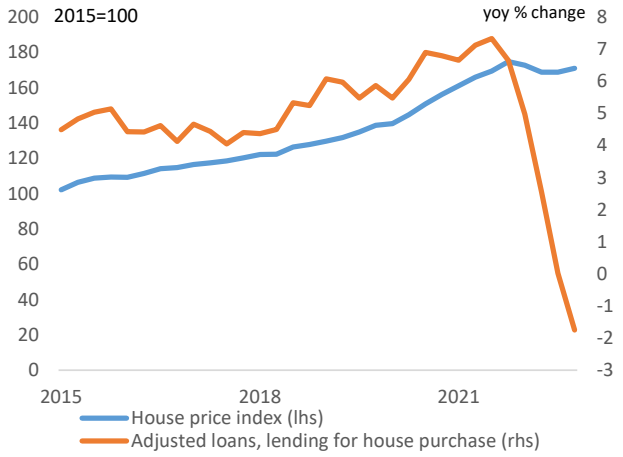
auf 46,1 %. Die Banken verfügen über eine komfortable Liquiditätsposition und Liquiditätsdeckungsquoten, die über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen. In den letzten Jahren haben die Banken von einem Anstieg der Einlagen, insbesondere der Privatkundeneinlagen, und von der umfangreichen Zentralbankliquidität profitiert.

Trotz der allgemeinen Widerstandsfähigkeit des Bankensektors erfordern mehrere Anfälligkeiten eine genauere Überwachung. Einige Sektoren (einschließlich des Verarbeitenden Gewerbes) sind von höheren Energiepreisen und Engpässen in der Lieferkette betroffen. Dies schwächt die Schuldendienstfähigkeit anfälligerer Unternehmen und könnte sich in Zukunft auf die Qualität der Vermögenswerte der Banken auswirken. Gleichzeitig sehen sich die verschuldeten Haushalte mit höheren Schuldendienstzahlungen und einem Rückgang ihres verfügbaren Einkommens konfrontiert. Obwohl der Anteil der variabel verzinslichen Kredite in den letzten Jahren stetig zurückgegangen ist, werden immer noch rund 50 % der neuen Hypothekarkredite an private Haushalte zu variablen Zinssätzen gewährt. Auch das Engagement des österreichischen Bankensektors gegenüber Russland (das aus Sicht des Bankenkapitals beherrschbar ist und sich auf ein Kreditinstitut konzentriert) rechtfertigt eine genaue Überwachung. In jüngerer Zeit begannen Risiken im Segment Gewerbeimmobilien (mit dem Ausfall eines großen Unternehmens). i) Gegenwind sowohl zu den Ratings der Kreditnehmer als auch zu den damit verbundenen Immobilienbewertungen, die sich aus einem höheren Zinsniveau ergeben; und ii) strukturelle Veränderungen, z. B. die zunehmende Hervorhebung der Umweltkriterien von Gebäuden oder Änderungen der Nachfrage aufgrund von Online-Einkäufen und Telearbeit.

Das Kreditwachstum hat sich seit Ende 2022 vor dem Hintergrund steigender Zinsen verlangsamt. Die robuste Nachfrage nach Wohneigentum und Unternehmensliquidität hatte in den letzten Jahren in Österreich die Kreditvergabe angetrieben. Im dritten Quartal 2023 sank die Jahreswachstumsrate der Hypothekarkredite jedoch auf -1,7 % gegenüber dem Vorjahr (von 6,7 % im dritten Quartal 2022), während die Gesamtkreditvergabe an private Haushalte gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % zurückging. Das Volumen der ausstehenden Konsumentenkredite war etwas höher als ein Jahr zuvor. Während die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften auf den Finanzierungsbedarf für Vorrats- und Betriebskapital zurückzuführen ist, hat sie sich im steigenden Zinsumfeld abgeschwächt. Die Straffung der Geldpolitik führte auch zu einem Anstieg der Kosten für Kredite an private Haushalte und Unternehmen, insbesondere seit dem zweiten Halbjahr 2022. Insbesondere stieg der Zinssatz für neue Hypothekarkredite im November 2023 auf 4,66 %, 1,93 Prozentpunkte höher als Anfang 2022 und den höchsten Stand seit 2009.

Der Wohnungsmarkt in Österreich kühlt seit Mitte 2022 ab, während die Nachfrage nach Hypothekarkrediten abnimmt. In den letzten zehn Jahren haben sich die Preise für Wohnimmobilien in Österreich verdoppelt, was die Erschwinglichkeit von Wohnraum verringerte. Der Anstieg der Wohnimmobilienpreise war im Zeitraum von Anfang 2020 bis zum dritten Quartal 2022 besonders ausgeprägt. Der jüngste Rückgang fällt mit einer langsameren Nachfrage der privaten Haushalte nach Hypothekarkrediten zusammen, vor dem Hintergrund höherer Bankkreditzinsen und einer unsicheren Wirtschaftslage. Im Anschluss an die Empfehlung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken aus dem Jahr 2021 zum österreichischen Immobiliensektor führte die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde verbindliche kreditnehmerbasierte Maßnahmen ein, um die mit Anfälligkeiten im Immobilienbereich verbundenen Risiken zu mindern. Die angenommenen Maßnahmen, die ab August 2022 für neue Hypothekarkredite galten, umfassten Obergrenzen für die Beleihungsquote (90 %), das Verhältnis zwischen Schuldendienst und Einkommen (40 %) und die Kreditlaufzeiten (35 Jahre). Im April 2023 wurden diese Maßnahmen gelockert, indem Brückendarlehen ausgeschlossen wurden und die Mindestschwelle für Paare angehoben wurde, um für mehr operative Flexibilität zu sorgen. Die Verschuldung des privaten Sektors als Prozentsatz des BIP ging von 130,7 % im Jahr 2021 auf 121,9 % Ende 2022 zurück.

Abbildung A18.1: **Wohnimmobilienpreise und Hypothekarkredite**



(1) Die Daten zu den Wohnimmobilienpreisen werden als vierteljährlicher Index (2015=100) ausgedrückt.
Quelle: Eurostat.

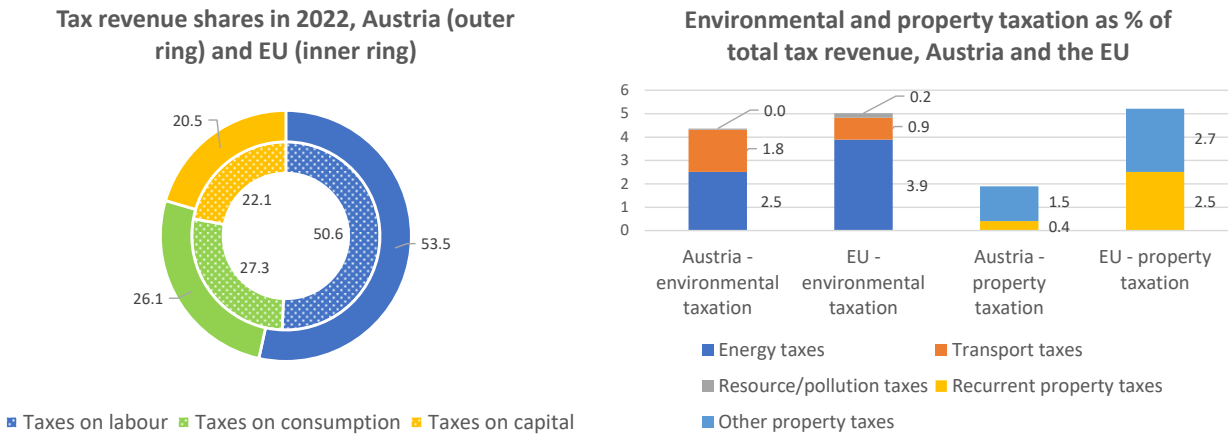
Der österreichische Versicherungssektor ist nach wie vor widerstandsfähig. Der österreichische Versicherungsmarkt wird traditionell von Kompositversicherungsunternehmen beherrscht, die neben der Lebensversicherung auch Tätigkeiten in mindestens einer anderen Bilanzgruppe ausüben. Wie die größten Bankengruppen weisen auch die wichtigsten österreichischen Versicherungsunternehmen einen erheblichen internationalen Fußabdruck auf. Seit mehreren Jahren hat das Niedrigzinsumfeld die traditionelle Geschäftstätigkeit der Lebensversicherungsunternehmen belastet, doch hat der Zinsanstieg seit Juli 2022 diese Risiken abgemildert. Die Solvenzkapitalanforderungen verbesserten sich bis Mitte 2023, als sie immer noch über dem EU-Durchschnitt lagen. Bei den Anlagen konzentrierten sich die Versicherungsunternehmen weiterhin auf verzinsliche Wertpapiere, während die Beteiligungsinvestitionen nach wie vor gering waren.

Dieser Anhang bietet einen indikatorbasierten Überblick über das österreichische Steuersystem. Er enthält Informationen über die Steuerstruktur, d. h. die Steuerarten, aus denen Österreich die meisten Einnahmen erzielt, die Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitskräften sowie die Progression und den Umverteilungseffekt des Steuersystems. Ferner liefert er Informationen über die Steuererhebung und Einhaltung der Steuervorschriften.

Die Steuereinnahmen Österreichs sind im Verhältnis zum BIP hoch, und das Steuersystem beruht in hohem Maße auf der Besteuerung des Faktors Arbeit, während wachstumsfreundliche Steuerbemessungsgrundlagen offenbar nicht ausreichend genutzt werden. Trotz einer Reihe von Steuerreformen (2005, 2010, 2015 und zwei im Jahr 2022) bleibt Österreich ein Hochsteuerland mit einer über dem EU-Durchschnitt liegenden Steuerquote. Wie aus Tabelle A19.1 hervorgeht, gehörten die Einnahmen aus der Besteuerung der Arbeit in Prozent des BIP im Jahr 2022 zu den höchsten in der EU. Die Einnahmen aus Verbrauchssteuern und Umweltsteuern in Prozent des BIP lagen sehr nahe am EU-Aggregat. Die Einnahmen aus Vermögens- und Immobiliensteuern lagen unter dem EU-Aggregat. Die periodischen Immobiliensteuern in Prozent des BIP gehören in Österreich zu den niedrigsten in der EU, zum Teil aufgrund weitgehend veralteter Katasterwerte, die als Steuerbemessungsgrundlage herangezogen werden. Außerdem gibt es in Österreich keine Erbschafts-, Liegenschafts-, Vermögens- oder Schenkungssteuer. Die Umweltverschmutzungs- und Ressourcensteuern machen nur 1 % der Umweltsteuern aus, sodass die Anwendung des Verursacherprinzips gestärkt werden könnte. Österreich hat nur zwei der sechs wichtigsten Arten von Umwelt- und Ressourcensteuern eingeführt (d. h. Steuern auf Deponierung und Verbrennung sowie Einleitung von Abfällen in Gewässer). Es gibt keine Steuern auf NOx-Emissionen, Pestizide, Kunststoffprodukte und Düngemittel. Österreich hat vormals eine Düngesteuer eingeführt, die jedoch später abgeschafft wurde.

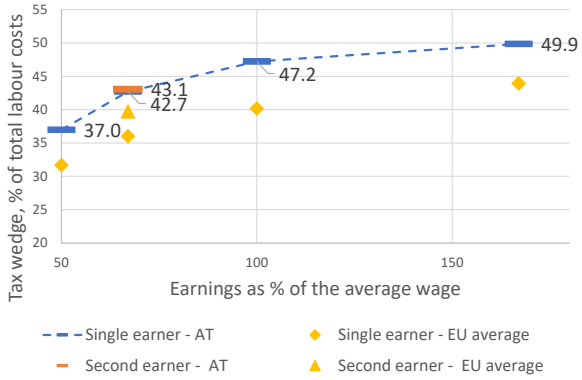
Das österreichische Steuer- und Sozialleistungssystem trägt zur Verringerung der Einkommensungleichheit bei, aber die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist auf verschiedenen Lohnniveaus relativ hoch. Im Jahr 2023 lag die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit bei verschiedenen Einkommensniveaus deutlich über dem EU-Durchschnitt, d. h. für Alleinstehende mit 100 % des Durchschnittslohns sowie mit 50 %, 67 % und 167 % des Durchschnittslohns (siehe Abbildung A19.2). Zweitverdiener mit einem Lohnniveau von 67 % des Durchschnittslohns, deren Ehepartner den Durchschnittslohn verdient, sind ebenfalls einer höheren Steuer- und Abgabenbelastung als im EU-Durchschnitt ausgesetzt, obwohl sie nur wenig höher besteuert werden als Alleinstehende mit demselben Lohnniveau. Im Allgemeinen wirkt das Steuer- und Sozialleistungssystem der Einkommensungleichheit wirksam entgegen. Das Steuer- und Sozialleistungssystem trug dazu bei, die Ungleichheit (gemessen durch den Gini-Koeffizienten) im Jahr 2022 um mehr als den EU-Durchschnitt zu verringern.

Abbildung A19.1: **Steuereinnahmen aus verschiedenen Steuerarten, % der gesamten Einnahmen**



Anmerkung: Werte für die EU sind BIP-gewichtete EU-Durchschnitte (EU-Aggregate).
Quelle: Europäische Kommission.

Abbildung A19.2: **Steuer- und Abgabenbelastung für Allein- und Zweitverdiener als Prozentsatz der Gesamtarbeitskosten, 2023**



Bei der Berechnung der Steuer- und Abgabenbelastung für Zweitverdiener wird davon ausgegangen, dass der Erstverdiener 100 % des Durchschnittslohns erhält und es sich um einen kinderlosen Haushalt handelt. Zur Methodik der Steuer- und Abgabenbelastung für Zweitverdienende , siehe OECD, 2016, *Taxing Wages 2014–2015*. Besteuerung der Einkommen 2014–2015.
Quelle: Europäische Kommission.

Steuerverwaltung und Steuerehrlichkeit. Österreich schneidet bei der Einhaltung der Steuervorschriften und der Steuerverwaltung relativ gut ab, auch was die Digitalisierung betrifft. Österreich erzielt bei der Digitalisierung der Steuerverwaltung mäßige Fortschritte, was

Tabelle A19.1: **Indikatoren zur Besteuerung**

		Austria					EU-27				
		2010	2020	2021	2022	2023	2010	2020	2021	2022	2023
Tax structure	Total taxes (including compulsory actual social contributions) (% of GDP)	41.1	42.2	43.4	43.2		37.9	40.0	40.4	40.2	
	Labour taxes (as % of GDP)	23.1	24.2	24.2	23.1		20.0	21.3	20.7	20.3	
	Consumption taxes (as % of GDP)	11.6	11.0	11.2	11.3		10.8	10.7	11.2	11.0	
	Capital taxes (as % of GDP)	6.4	6.9	8.0	8.8		7.1	8.0	8.6	8.9	
	Of which, on income of corporations (as % of GDP)	2.0	2.2	2.8	3.5		2.4	2.5	3.0	3.4	
	Total property taxes (as % of GDP)	0.7	0.9	0.9	0.8		1.9	2.3	2.2	2.1	
	Recurrent taxes on immovable property (as % of GDP)	0.2	0.2	0.2	0.2		1.1	1.2	1.1	1.0	
	Environmental taxes as % of GDP	2.3	2.1	2.2	1.9		2.4	2.2	2.3	2.0	
Progressivity & fairness	Tax wedge at 50% of average wage (Single person) (*)	38.4	36.8	37.2	34.2	37.0	33.9	31.7	32.1	31.8	31.7
	Tax wedge at 100% of average wage (Single person) (*)	48.2	47.5	47.8	46.9	47.2	41.0	40.1	39.9	40.0	40.2
	Corporate income tax - effective average tax rates (1) (*)		23.9	23.9	23.9			19.5	19.0	19.0	
	Difference in Gini coefficient before and after taxes and cash social transfers (pensions excluded from social transfers) (2) (*)	10.3	9.7	10.1	9.5		8.6	8.1	8.2	7.9	
Tax administration & compliance	Outstanding tax arrears: total year-end tax debt (including debt considered not collectable) / total revenue (in %) (*)		10.3	8.6				40.9	35.5		
	VAT Gap (% of VAT total tax liability, VTTL)(**)	9.9	6.6	2.8				9.7	5.4		

(1) OECD, „Forward-looking Effective Tax Rate“ (zukunftsorientierte effektive Steuersätze).
(2) Ein höherer Wert bedeutet eine stärkere Umverteilungswirkung der Besteuerung.
(*) Einfacher Durchschnitt der EU-27.
(**) Prognostizierter Wert für 2022, sofern verfügbar. Für weitere Einzelheiten über die Mehrwertsteuerlücke siehe Europäische Kommission, Generaldirektion Steuern und Zollunion, 2023, „VAT gap in the EU“, https://data.europa.eu/doi/10.2778/911698.
Weitere Daten zu den Steuereinnahmen und zur angewandten Methodik finden Sie auf der Website „Data on Taxation“, https://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation-1/economic-analysis-taxation/data-taxation_en.
Quelle: Europäische Kommission und OECD

dazu beitragen kann, Steuerrückstände zu verringern und die Einhaltungskosten zu senken. Die ausstehenden Steuerrückstände beliefen sich 2021 auf 8,6 % der Gesamteinnahmen und lagen damit unter dem EU-Durchschnitt. Die Mehrwertsteuerlücke (die Lücke zwischen den tatsächlich erhobenen Einnahmen und der theoretischen Steuerschuld) verringerte sich 2021 auf 2,8 % und lag damit deutlich unter der EU-weiten Mehrwertsteuerlücke von 5,3 %. Im Hinblick auf die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wurden Digitalisierungsfonds eingeführt, um die Digitalisierung in der Bundesverwaltung durch die Finanzierung von dienststellenübergreifenden Projekten zu beschleunigen. Im Jahr 2023 ersetzte Österreich die Mobiltelefon-Signatur durch ein ID-Österreich-Konto. Dies ist ein moderner und sicherer Weg, sich digital zu identifizieren, damit man seine Identität online nachweisen und auf digitale Dienste wie FinanzOnline zugreifen kann. Unternehmen werden künftig die ID Austria auf unterschiedliche Weise nutzen können.

Österreich hat mehrere Steuerreformen durchgeführt. Österreich entlastete den Faktor Arbeit durch Indexierung der Einkommensteuerstufen um zwei Drittel der Inflationsrate ab 2023.[146] Darüber hinaus führte Österreich im Rahmen der ökosozialen Steuerreform von 2022 und seines Aufbau- und Resilienzplans einen Preispfad für CO_2-Emissionen in Sektoren ein, die derzeit nicht unter das Europäische Emissionshandelssystem fallen. Darüber hinaus senkte Österreich im Rahmen seines Aufbau- und Resilienzplans seinen niedrigsten Einkommensteuersatz von 25 % auf 20 % und verlängerte die Anwendung des höchsten Einkommensteuersatzes von 55 % bis 2025 für Einkommen über 1 Mio. EUR. Eine weitere Verringerung der Steuerlast des Faktors Arbeit über eine einfache Anpassung an die Inflation hinaus (insbesondere für Geringverdiener) und eine stärkere Nutzung wachstumsfreundlicher Steuern (z. B. periodische Grundsteuern sowie Erbschafts- und Schenkungssteuern) könnten das Wirtschaftswachstum ankurbeln und das Steuersystem gerechter machen.

[146] Das verbleibende Drittel muss für weitere diskretionäre Entlastungsmaßnahmen verwendet werden, die jedes Jahr vom Ministerrat beschlossen werden.

Tabelle A20.1: **Wichtige Wirtschafts- und Finanzindikatoren**

	2004-07	2008-12	2013-20	2021	2022	2023	forecast 2024	forecast 2025
Real GDP (y-o-y)	3.0	0.6	0.4	4.2	4.8	-0.8	0.3	1.6
Potential growth (y-o-y)	.	1.0	1.1	1.0	1.1	1.0	0.8	0.8
Private consumption (y-o-y)	1.9	0.9	-0.4	4.2	5.7	-0.3	1.3	2.0
Public consumption (y-o-y)	2.1	1.2	0.9	7.5	0.0	-0.4	0.1	0.5
Gross fixed capital formation (y-o-y)	1.7	-0.2	1.9	6.1	0.1	-2.4	-2.2	2.3
Exports of goods and services (y-o-y)	7.6	1.2	1.6	9.1	11.2	-0.2	1.2	2.4
Imports of goods and services (y-o-y)	6.2	1.3	1.8	14.3	7.9	-1.8	1.0	2.7
Contribution to GDP growth:								
Domestic demand (y-o-y)	1.9	0.7	0.4	5.2	2.9	-0.8	0.1	1.7
Inventories (y-o-y)	0.4	-0.1	0.0	1.3	-0.2	-0.9	0.0	0.0
Net exports (y-o-y)	0.9	0.0	0.0	-2.2	1.9	1.0	0.1	-0.1
Contribution to potential GDP growth:								
Total Labour (hours) (y-o-y)	.	0.0	0.3	0.2	0.3	0.5	0.4	0.3
Capital accumulation (y-o-y)	.	0.5	0.5	0.6	0.5	0.4	0.4	0.4
Total factor productivity (y-o-y)	.	0.5	0.2	0.2	0.2	0.1	0.1	0.2
Output gap	0.2	-0.4	-0.6	-2.2	1.4	-0.5	-1.0	-0.3
Unemployment rate	5.7	5.1	5.8	6.2	4.8	5.1	5.3	5.1
GDP deflator (y-o-y)	2.1	1.7	1.9	2.1	5.3	7.6	4.1	2.6
Harmonised index of consumer prices (HICP, y-o-y)	2.0	2.3	1.5	2.8	8.6	7.7	3.6	2.8
HICP excluding energy and unprocessed food (y-o-y)	1.6	2.0	1.8	2.1	5.7	7.8	4.2	2.9
Nominal compensation per employee (y-o-y)	2.5	2.2	2.2	2.9	4.7	7.7	7.1	3.2
Labour productivity (real, hours worked, y-o-y)	2.4	0.6	0.8	-0.5	2.3	-1.7	-0.3	0.3
Unit labour costs (ULC, whole economy, y-o-y)	0.9	2.5	2.6	0.7	2.6	9.7	7.2	2.3
Real unit labour costs (y-o-y)	-1.2	0.8	0.6	-1.4	-2.6	1.9	2.9	-0.3
Real effective exchange rate (ULC, y-o-y)	-0.4	0.4	0.8	0.5	-1.3	2.1	2.2	-0.3
Real effective exchange rate (HICP, y-o-y)	0.1	-0.4	0.6	0.3	-1.5	2.3	.	.
Net savings rate of households (net saving as percentage of net disposable income)	11.2	10.0	8.3	11.2	9.2	.	.	.
Private credit flow, consolidated (% of GDP)	5.9	2.2	3.4	7.6	5.0	.	.	.
Private sector debt, consolidated (% of GDP)	124.1	129.7	124.2	130.7	121.9	.	.	.
of which household debt, consolidated (% of GDP)	50.9	53.1	50.8	52.2	48.7	.	.	.
of which non-financial corporate debt, consolidated (% of GDP)	73.2	76.6	73.4	78.4	73.2	.	.	.
Gross non-performing debt (% of total debt instruments and total loans and advances) (1)	.	3.4	3.5	1.6	1.5	.	.	.
Corporations, net lending (+) or net borrowing (-) (% of GDP)	0.0	1.9	1.1	4.2	1.0	0.9	0.8	1.4
Corporations, gross operating surplus (% of GDP)	26.9	25.3	24.4	25.6	25.1	23.2	21.6	21.2
Households, net lending (+) or net borrowing (-) (% of GDP)	5.2	4.0	2.8	3.5	2.5	3.2	3.9	2.7
Deflated house price index (y-o-y)	0.7	2.7	4.1	9.1	3.9	-9.9	.	.
Residential investment (% of GDP)	4.4	4.3	4.5	5.4	5.6	5.1	.	.
Current account balance (% of GDP), balance of payments	2.9	2.6	2.1	1.6	-0.3	2.7	2.8	2.6
Trade balance (% of GDP), balance of payments	3.8	3.2	3.3	0.7	0.3	3.6	.	.
Terms of trade of goods and services (y-o-y)	-0.7	-0.7	0.3	-0.6	-3.8	2.5	0.7	0.2
Capital account balance (% of GDP)	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	0.1	0.1	.	.
Net international investment position (% of GDP)	-12.8	-5.1	6.7	15.6	17.6	16.6	.	.
NENDI - NIIP excluding non-defaultable instruments (% of GDP) (2)	-9.8	-11.3	-6.7	-2.6	-1.5	-2.3	.	.
IIP liabilities excluding non-defaultable instruments (% of GDP) (2)	175.9	193.7	157.2	155.6	145.9	146.6	.	.
Export performance vs. advanced countries (% change over 5 years)	.	.	-2.6	0.2	-1.5	-0.4	.	.
Export market share, goods and services (y-o-y)	-0.5	-4.8	0.4	-4.4	-2.3	-1.2	-2.2	-1.2
Net FDI flows (% of GDP)	1.4	2.8	0.8	2.3	-0.4	1.1	.	.
General government balance (% of GDP)	-2.8	-3.2	-1.9	-5.8	-3.3	-2.7	-3.1	-2.9
Structural budget balance (% of GDP)	.	.	-1.3	-4.5	-4.1	-2.4	-2.5	-2.7
General government gross debt (% of GDP)	66.5	79.1	79.7	82.5	78.4	77.8	77.7	77.8

(1) Inländische Bankengruppen und Einzelbanken, ausländisch (EU und nicht-EU) kontrollierte Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen.
(2) Net International Investment Position (NIIP) ohne Direktinvestitionen und Portfolio-Eigenkapitalbeteiligungen.
Quelle: Eurostat und EZB, Stand: 17.5.2024, sofern verfügbar; Europäische Kommission bei prognostizierten Zahlen (Frühjahrsprognose 2024).

In diesem Anhang werden die kurz-, mittel- und langfristigen Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen Österreichs bewertet. Dabei wird der mehrdimensionale Ansatz des Berichts über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2023 zugrunde gelegt, der auf der Grundlage der Frühjahrsprognose 2024 der Kommission aktualisiert wurde.

1 – Die kurzfristigen Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sind gering. Der Frühwarnindikator der Kommission (S0) weist auf keine größeren kurzfristigen Haushaltsrisiken hin (Tabelle A21.2).[147] Der Bruttofinanzierungsbedarf des Staates dürfte im Zeitraum 2024-2025 geringfügig auf durchschnittlich rund 16 % des BIP zurückgehen (Tabelle A21.1, Tabelle 1). Die Finanzmärkte beurteilen das staatliche Ausfallrisiko als gering, was durch die Einstufungen der wichtigsten Ratingagenturen bestätigt wird.

2 – Die Risiken für die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erscheinen hoch.

Die Baseline der für Österreich angestellten Schuldentragfähigkeitsanalyse zeigt, dass die gesamtstaatliche Schuldenquote mittelfristig auf relativ hohe Werte ansteigen dürfte (auf rund 90 % des BIP im Jahr 2034) (Abbildung 1, Tabelle 1).[148] Der Schuldenanstieg ist auf das angenommene strukturelle Primärdefizit (ohne Veränderungen bei den Kosten der Bevölkerungsalterung) von 1,1 % des BIP ab 2024 zurückzuführen. Dies erscheint im historischen Vergleich plausibel, da die früheren Haushaltspositionen zu 95 % weniger stringent waren als im Basisszenario angenommen (Tabelle A21.2).[149] Andererseits profitiert die Schuldendynamik von einem nach wie vor günstigen, wenn auch rückläufigen Schneeballeffekt von jährlich rund -0,9 Prozentpunkten des BIP im Durchschnitt der Jahre 2025 bis 2034.

Die Basisprojektionen werden anhand von vier alternativen deterministischen Szenarien Stresstests unterzogen, um zu bewerten, wie sich Veränderungen der wichtigsten Annahmen gegenüber der Baseline auswirken (Abbildung 1). Nach dem Szenario des *historischen strukturellen Primärsaldos* (d. h. der struktureller Primärsaldo kehrt auf den historischen 15-Jahres-Durchschnitt eines ausgeglichenen Haushalts zurück) würde die Schuldenquote 2034 rund 8 Prozentpunkte unter dem Basisszenario liegen. Im Szenario eines *ungünstigen Zins-Wachstums-Differenzials* (d. h. das Zins-Wachstums-Differenzial verschlechtert sich gegenüber dem Basisszenario um 1 Prozentpunkt) würde die Schuldenquote im Jahr 2034 jedoch rund 7 Prozentpunkte über dem Basisszenario liegen. Im *Finanzstress-Szenario* (d. h. die Zinssätze steigen gegenüber dem Basisszenario zeitweise um 1 Prozentpunkt) würde die öffentliche Schuldenquote 2034 rund 1 Prozentpunkt höher liegen. Im *Szenario eines niedrigeren strukturellen Primärsaldos* (d. h. die projizierte kumulierte Verbesserung des strukturellen Primärsaldos im Zeitraum 2023-2024 halbiert sich) würde die

147 S0 ist ein zusammengesetzter Indikator für das kurzfristige Risiko fiskalischer Stresssituationen. Er stützt sich auf eine Vielzahl von Indikatoren für die Lage der öffentlichen Finanzen und die finanzielle Wettbewerbsfähigkeit, die sich bei der Vorhersage aufkommender fiskalischer Spannungen bewährt haben.

148 Die Annahmen, die dem Ausgangsszenario der Kommission über eine "unveränderte Haushaltspolitik" zugrunde liegen, umfassen insbesondere: i) einen strukturellen Primärüberschuss vor Veränderungen der Kosten der Bevölkerungsalterung von 1,1 % des BIP ab 2024; ii) eine lineare Annäherung der Inflation an den zehnjährigen inflationsindexierten Swapsatz in zehn Jahren (der sich auf die zehnjährigen Inflationserwartungen ab heute bezieht), iii) die lineare Konvergenz der kurz- und langfristigen nominalen Zinssätze für neue und verlängerte Schulden vom aktuellen Wert in Richtung der marktbasierten Nominalzinssätze von T+10 , iv) reale BIP-Wachstumsraten aus der Frühjahrsprognose 2024 der Kommission , gefolgt von Projektionen des Ausschusses für Wirtschaftspolitik/Arbeitsgruppe „Produktionslücken" (EPC/OGWG) nach der „T+10-Methode" für den Zeitraum zwischen T+3 und T+10 (durchschnittlich 1,0 %), v) Alterungskosten im Einklang mit dem Bericht über die Bevölkerungsalterung 2024 (Europäische Kommission, Institutional Paper 279, April 2024. Informationen zur Methodik finden Sie im „Debt Sustainability Monitor 2023" (Europäische Kommission, Institutional Paper 271, März 2024).

149 Diese Bewertung stützt sich auf den Konsolidierungsspielraum-Indikator, der die Häufigkeit misst, mit der in der Vergangenheit eine restriktivere Haushaltslage als in einem gegebenen Szenario zu beobachten war. Technisch beinhaltet dies die Betrachtung des Perzentilrangs des projizierten strukturellen Primärsaldos innerhalb der im jeweiligen Land in der Vergangenheit beobachteten Verteilung unter Berücksichtigung sämtlicher Daten von 1980 bis 2022.

Schuldenquote gegenüber dem Basisszenario 2034 nahezu unverändert bleiben.

Die stochastischen Projektionen deuten auf ein mittleres Risiko hin, was auf die moderate Sensitivität dieser Prognosen gegenüber plausiblen unvorhergesehenen Ereignissen hinweist.[150] Nach diesen stochastischen Simulationen besteht eine Wahrscheinlichkeit von 60 %, dass die Schuldenquote 2028 höher sein wird als 2023, was angesichts des hohen Schuldenstands mittlere Risiken bedeutet. Außerdem sind die Baseline-Schuldenstand-Projektionen (gemessen an der Differenz zwischen dem 10. und dem 90. Perzentil der Schuldenverteilung) mit mittlerer Unsicherheit behaftet (die in fünf Jahren rund 30 % des BIP erreicht) (Abbildung 2).

3 – Die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erscheinen insgesamt mittelhoch. Diese Bewertung beruht auf einer Kombination aus zwei Indikatoren für die Haushaltslücke, mit denen die erforderliche Konsolidierungsanstrengung zur Stabilisierung des Schuldenstands (S2-Indikator) und zur langfristigen Senkung des Schuldenstands auf 60 % des BIP (S1-Indikator) erfasst wird.[151][152] Die Bewertung wird maßgeblich durch die ungünstige Ausgangslage und den projizierten Anstieg der alterungsbedingten Kosten bestimmt. Folglich hängen die Ergebnisse davon ab, dass das Land langfristig einen stattlichen strukturellen Primärsaldo aufrechterhält und die gesetzlichen Rentenreformen ordnungsgemäß umsetzt.

Der S2-Indikator weist auf mittlere Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen hin. Der Indikator zeigt, dass der strukturelle Primärsaldo im Vergleich zur Baseline bis 2025 um 3,8 Prozentpunkte des BIP verbessert werden müsste, um die Schulden auf lange Sicht zu stabilisieren. Dieses Ergebnis wird durch den projizierten Anstieg der alterungsbedingten Kosten (Beitrag von 2,2 Prozentpunkten) und die ungünstige Ausgangsposition (1,5 Prozentpunkte) gestützt. Die Entwicklung der alterungsbedingten Kosten wird vor allem durch den projizierten Anstieg der Pflegekosten (1,3 Prozentpunkte) und der Gesundheitsausgaben (1,3 Prozentpunkte) bestimmt (Tabelle A21.1, Tabelle 2). Auch wenn eine Reihe von Investitionen und Reformen im Rahmen des Aufbau- und Resilienzplans zu mehr Effizienz der österreichischen Gesundheitsversorgung und der Pflege beitragen, könnten zusätzliche Maßnahmen erforderlich sein, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen weiter zu verbessern.

Der S1-Indikator weist auf mittlere Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen

[150] Diese stochastischen Projektionen zeigen die Gesamtwirkung von 10 000 verschiedenen Schocks auf den Schuldenstand, die sich auf die Haushaltslage des Staates, das Wirtschaftswachstum, die Zinssätze und die Wechselkurse auswirken. Damit sind 80 % aller simulierten Schuldenpfade abgedeckt und Ausnahmeereignisse (tail events) somit ausgeschlossen. d.

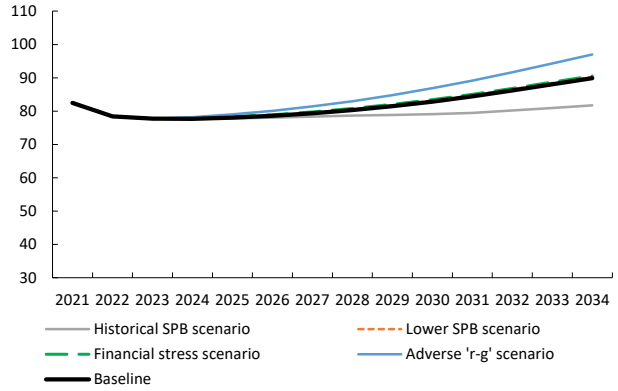
[151] Mit dem S2-Indikator für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird die dauerhafte Anpassung des strukturellen Primärsaldos im Jahr 2025 gemessen, die erforderlich wäre, um die Staatsverschuldung für immer zu stabilisieren. Er wird durch den S1-Indikator ergänzt, der die Haushaltslücke im Jahr 2025 misst, die geschlossen werden müsste, um die Schuldenquote bis 2070 auf 60 % des BIP zu senken. Die Auswirkungen der Antriebsfaktoren von S1 und S2 können aufgrund der beim S2-Indikator zugrunde gelegten Unendlichkeitskomponente unterschiedlich sein. Sowohl für die S1- als auch für die S2-Indikatoren hängt die Risikobewertung vom Umfang der erforderlichen Haushaltskonsolidierung ab: „Hohes Risiko", wenn die erforderliche Anstrengung mehr als 6 Prozentpunkte des BIP beträgt, „mittleres Risiko", wenn sie zwischen 2 und 6 Prozentpunkten des BIP liegt, und „niedriges Risiko", wenn die Anstrengung weniger als 2 Prozentpunkte des BIP beträgt oder der Saldo positiv ist. In der Gesamtklassifikation des langfristigen Risikos werden die aus S1 und S2 abgeleiteten Risikokategorien zusammengefasst. S1 darf die von S2 abgeleitete Risikokategorie unterschreiten, wenn dies ein höheres Risiko als S2 signalisiert. Weitere Einzelheiten sind dem Anzeiger für die Schuldentragfähigkeit 2023 zu entnehmen.

[152] Mit dem S2-Indikator für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wird die dauerhafte Anpassung des strukturellen Primärsaldos im Jahr 2025 gemessen, die erforderlich wäre, um die Staatsverschuldung langfristig zu stabilisieren. Er wird durch den S1-Indikator ergänzt, der die Haushaltslücke im Jahr 2025 misst, die geschlossen werden müsste, um die Schuldenquote bis 2070 auf 60 % des BIP zu senken. Sowohl für die S1- als auch für die S2-Indikatoren hängt die Risikobewertung vom Umfang der erforderlichen Haushaltskonsolidierung ab: „Hohes Risiko", wenn die erforderliche Anstrengung mehr als 6 Prozentpunkte des BIP beträgt, „mittleres Risiko", wenn sie zwischen 2 und 6 Prozentpunkten des BIP liegt, und „niedriges Risiko", wenn die Anstrengung weniger als 2 Prozentpunkte des BIP beträgt oder der Saldo positiv ist. In der Gesamtklassifikation des langfristigen Risikos werden die aus S1 und S2 abgeleiteten Risikokategorien zusammengefasst. S1 darf die von S2 abgeleitete Risikokategorie unterschreiten, wenn dies ein höheres Risiko als S2 signalisiert. Weitere Einzelheiten sind dem Anzeiger für die Schuldentragfähigkeit 2023 zu entnehmen.

Tabelle A21.1: **Schuldentragfähigkeitsanalyse – Österreich**

Table 1. Baseline debt projections	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034
Gross debt ratio (% of GDP)	**82.5**	**78.4**	**77.8**	**77.7**	**78.1**	**78.6**	**79.3**	**80.3**	**81.5**	**82.8**	**84.4**	**86.2**	**88.0**	**89.9**
Changes in the ratio	-0.5	-4.1	-0.6	-0.1	0.4	0.5	0.7	1.0	1.2	1.4	1.6	1.8	1.8	1.9
of which														
Primary deficit	4.7	2.3	1.5	1.7	1.6	1.8	1.9	1.9	2.0	2.1	2.2	2.3	2.4	2.4
Snowball effect	-3.9	-6.8	-3.8	-1.9	-1.6	-1.2	-1.1	-1.0	-0.8	-0.8	-0.6	-0.5	-0.5	-0.6
Stock-flow adjustments	-1.2	0.4	1.6	0.2	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Gross financing needs (% of GDP)	16.4	16.4	17.3	15.5	15.7	15.7	15.9	16.2	16.5	16.9	17.3	17.7	18.1	18.6

Graph 1. Deterministic debt projections



Graph 2. Stochastic debt projections 2024-2028

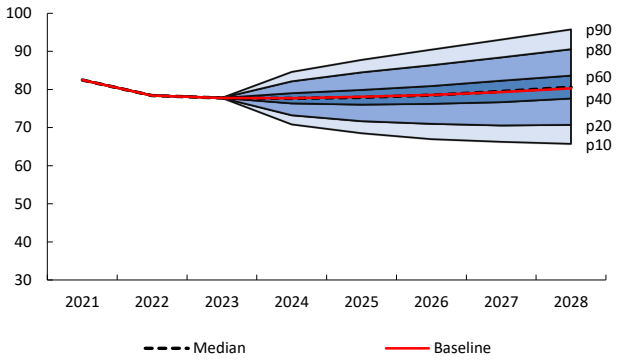


Table 2. Breakdown of the S1 and S2 sustainability gap indicators

		S1	S2
Overall index (pps. of GDP)		**3.0**	**3.8**
of which			
Initial budgetary position		1.0	1.5
Debt requirement		0.4	
Ageing costs		1.6	2.2
of which	*Pensions*	0.3	0.1
	Health care	0.8	1.1
	Long-term care	0.8	1.3
	Education	-0.3	-0.3

Quelle: Kommissionsdienststellen.

Finanzen hin. Der Indikator zeigt, dass das Land seine Haushaltslage im Jahr 2025 um 3 Prozentpunkte verbessern müsste, um seinen Schuldenstand bis 2070 auf 60 % des BIP zu senken. Dieses Ergebnis wird maßgeblich durch den projizierten Anstieg der alterungsbedingten Staatsausgaben (1,6 Prozentpunkte) und die ungünstige Ausgangsposition (Beitrag von 1,0 Prozentpunkten) bestimmt. Darüber hinaus wird der haushaltspolitische Spielraum durch den derzeitigen Abstand der öffentlichen Schuldenquote von der 60 %-Marke zusätzlich eingeschränkt (0,4 Prozentpunkte) (Tabelle A21.1, Tabelle 2).

4 – Schließlich müssen bei der Bewertung mehrere zusätzliche Risikofaktoren berücksichtigt werden. Auf der einen Seite erhöhen der jüngste Anstieg der Zinssätze und die Tatsache, dass rund 60 % der Schulden von Gebietsfremden gehalten werden, das Risiko. Darüber hinaus birgt der Privatsektor einige Eventualverbindlichkeitsrisiken, unter anderem durch den möglichen Abruf staatlicher Bürgschaften. Obwohl sich die Kapitalausstattung der österreichischen Banken in den letzten Jahren verbessert hat, haben die größten Banken immer noch geringere Kapitalpuffer als ihre Konkurrenten im Euroraum. Zu den risikomindernden Faktoren zählen auf der anderen Seite die Verlängerung der Laufzeit von Schuldtiteln in den letzten Jahren und der hohe Anteil der auf Euro lautenden Schuldtitel.

Tabelle A21.2: **Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in Österreich**

Short term	Medium term - Debt sustainability analysis (DSA)								Long term		
Overall (S0)	Overall		Deterministic scenarios					Stochastic projections	S2	S1	Overall (S1 + S2)
			Baseline	Historical SPB	Lower SPB	Adverse 'r-g'	Financial stress				
LOW	HIGH	Overall	MEDIUM	MEDIUM	HIGH	HIGH	HIGH	MEDIUM	MEDIUM	MEDIUM	MEDIUM
		Debt level (2034), % GDP	89.9	81.7	90.3	97.0	90.6				
		Debt peak year	2034	2034	2034	2034	2034				
		Fiscal consolidation space	95%	93%	95%	95%	95%				
		Probability of debt ratio exceeding in 2028 its 2023 level						60%			
		Difference between 90th and 10th percentiles (pps. GDP)						30.0			

(1) Debt level in 2034. Green: below 60% of GDP. Yellow: between 60% and 90%. Red: above 90%. (2) The debt peak year indicates whether debt is projected to increase overall over the next decade. Green: debt peaks early. Yellow: peak towards the middle of the projection period. Red: late peak. (3) Fiscal consolidation space measures the share of past fiscal positions in the country that were more stringent than the one assumed in the baseline. Green: high value, i.e. the assumed fiscal position is plausible by historical standards and leaves room for corrective measures if needed. Yellow: intermediate. Red: low. (4) Probability of debt ratio exceeding in 2028 its 2023 level. Green: low probability. Yellow: intermediate. Red: high (also reflecting the initial debt level). (5) the difference between the 90th and 10th percentiles measures uncertainty, based on the debt distribution under 10000 different shocks. Green, yellow and red cells indicate increasing uncertainty. (For further details on the Commission's multidimensional approach, see the 2023 Debt Sustainability Monitor)

Source: European Commission (for further details on the Commission's multidimensional approach, see the 2023 Debt Sustainability Monitor)

Quelle: Kommissionsdienststellen.